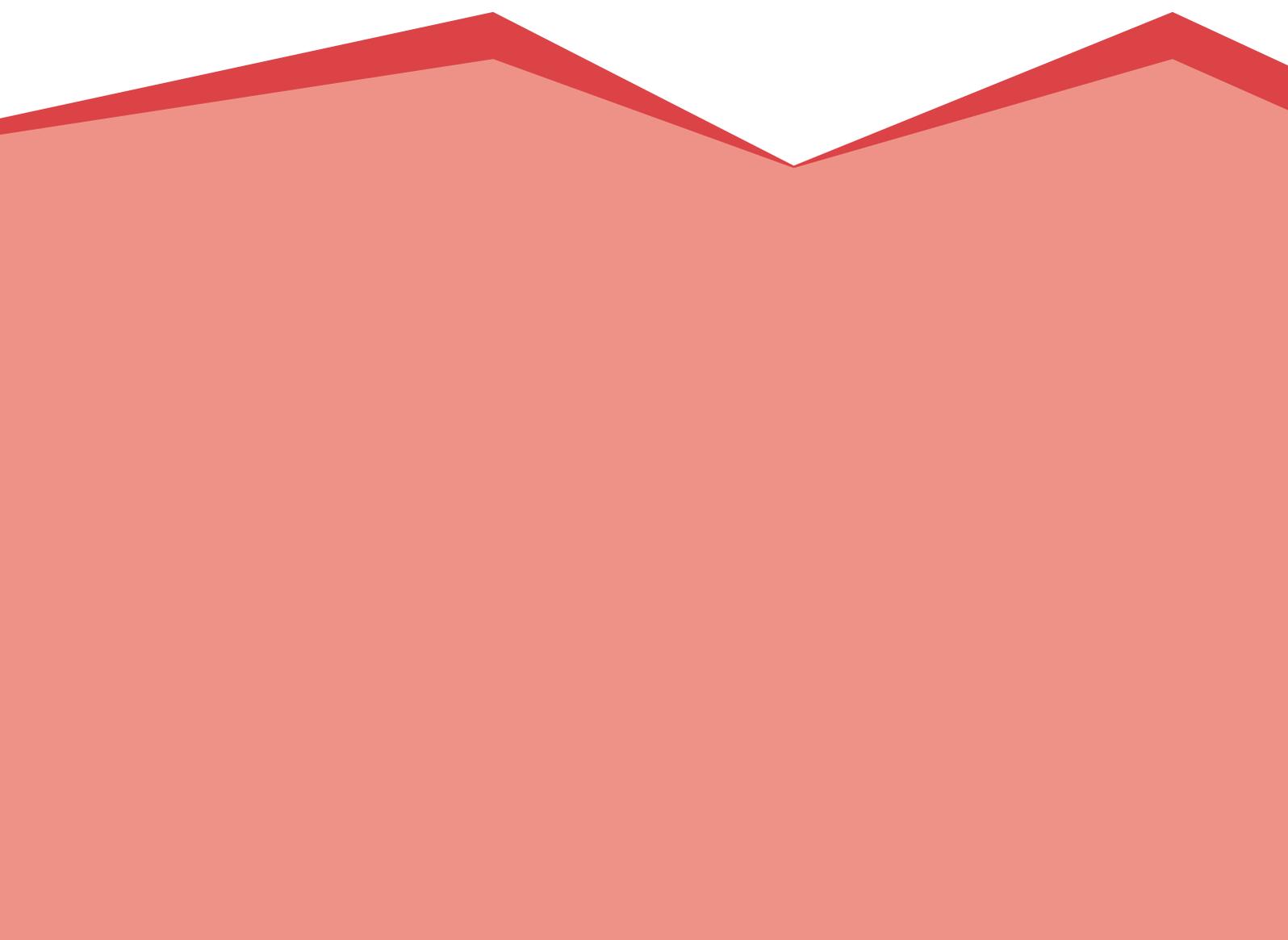




HOCHSCHULE
NEUBRANDENBURG
University of Applied Sciences

Perspektiven für eine zukunftsorientierte Senior*innenpolitik

Ergebnisse und Empfehlungen



Perspektiven für eine zukunftsorientierte Senior*innenpolitik

ERGEBNISSE UND EMPFEHLUNGEN

Vielen Dank für die Förderung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern
aus Mitteln des Sondervermögens
„Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“

Abkürzungsverzeichnis

- AG – Arbeitsgruppe
- AG KLP – Arbeitsgruppe klinische Pflege
- EU – Europäische Union
- HSNB – Hochschule Neubrandenburg
- LH SN – Landeshauptstadt Schwerin
- LK – Landkreis
- MSE – Mecklenburgische Seenplatte
- MV – Mecklenburg-Vorpommern
- ÖPNV – Öffentlicher Personennahverkehr
- PHAC – Public Health Action Cycle
- SPGK – Seniorenpolitische Gesamtkonzepte
- WHO – World Health Organization
- WG – Wohngemeinschaft

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bevölkerungsanteil an Gesamtbevölkerung der Landeshauptstadt Schwerin und Landkreis Mecklenburgische Seenplatte im Vergleich mit Rostock und den anderen Landkreisen des Bundeslandes MV (Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2024 [4], eigene Berechnung)

Tabelle 2: Veränderung des Anteils der über 65-Jährigen an der Bevölkerung in MV 2017 – 2040 (Quelle: Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern 2019 [5])

Tabelle 3: Qualitätskriterien für die (Weiter-)Entwicklung eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts, eigene Darstellung

Tabelle 4: Übersicht Gelingensfaktoren und Hemmnisse bei der (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte, eigene Darstellung

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Grafik Recording der Zukunftswerkstatt Schwerin „Auftaktworkshop Weiterentwicklung Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“ am 03.06.2024, gezeichnet von Gabriele Schlipf

Abbildung 2: Grafik Recording der Zukunftswerkstatt Demmin „Barrierefreiheit im Alter – „Welche Hürden muss ich täglich meistern?““ am 19.06.2024, gezeichnet von Gabriele Schlipf

Abbildung 3: Grafik Recording der Zukunftswerkstatt Bollewick „Vorsorge im Alter – Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“ am 02.07.2024, gezeichnet von Gabriele Schlipf

Abbildung 4: Grafik Recording der Zukunftswerkstatt Neubrandenburg „Informationsaustausch Forum 60+ zu Einsamkeit, Digitalisierung und ehrenamtlichem Engagement“ am 17.07.2024, gezeichnet von Gabriele Schlipf

Abbildung 5: Grafik Recording der Ergebnisdiskussion „Qualitätskriterien und Handlungsempfehlungen“ mit Studienleitungen und Arbeitsgruppe Klinische Pflege am 11.12.2024, gezeichnet von Gabriele Schlipf

3.3.5 Entscheidungen	37
3.3.5.1 Klären und Benennen der Entscheidungsverantwortung	37
3.3.5.2 Zuverlässigkeit und Transparenz in Entscheidungsprozessen	38
3.3.5.3 Einbeziehen und Unterstützen	38
3.3.6 Kommunikation	39
3.3.6.1 Zielgruppengerechte Ansprache	39
3.3.6.2 Ausdruck von Wertschätzung	39
3.3.6.3 Verantwortlichkeiten	40
3.3.6.4 Kompetenzen	41
3.3.6.5 Außenwirkung	41
3.3.7 SPGK als Instrument	42
3.3.7.1 Förderung der Generationengerechtigkeit, Qualität und Nachhaltigkeit	42
3.3.7.2 Möglichkeiten für Engagement erweitern	43
3.3.7.3 Förderung von nachbarschaftlichen Netzwerken	44
3.3.7.4 Mehr Zufriedenheit und Imagewandel	44
3.3.7.5 Stärkung der Teilhabe	45
3.3.7.6 Erleben von Selbstwirksamkeit	45
3.3.7.7 Synergieeffekte schaffen und Ressourceneinsatz verbessern	46
3.3.7.8 Wahrnehmung der Verantwortung	46
3.3.8 Zusammenfassung der Ergebnisse – Teil 1:	
Qualitätskriterien für die (Weiter-)Entwicklung eines SPGK	48
3.4 Handlungsfelder	51
3.4.1 Mobilität	53
3.4.2 Altersarmut	56
3.4.3 Einsamkeit	57
3.4.4 Wohnen	59
3.4.5 Ehrenamt	63
3.4.6 Pflege	64
3.4.7 Prävention	66
3.4.8 Barrierefreiheit und Infrastruktur	67
3.4.9 Digitalisierung	67
3.4.10 Teilhabe, Freizeit und Bildung, Begegnung	68
3.4.11 Altersbild	69
3.4.12 Verwaltungshandeln, politischer Wille und Zusammenarbeit	71
3.4.13 Handlungsempfehlungen	73
3.5 Stadt – ländlicher Raum	76
4 Zusammenfassung der Ergebnisse – Teil 2	81
4.1 Beantwortung der Forschungsfragen	81
4.2 Gelingensfaktoren und Hemmnisse	84
5 Fazit und Ausblick	87
Literatur	90

Studienleitung

Hochschule Neubrandenburg | University of Applied Sciences
Brodaer Straße 2 | 17033 Neubrandenburg

Prof. Dr. rer. medic. Stefan Schmidt

Fachbereich Gesundheit, Pflege, Management
Professur für Klinische Pflege mit dem Schwerpunkt Pflege- und Versorgungskonzepte
Mail: sschmidt@hs-nb.de | Internet: www.hs-nb.de

Prof.n Dr.n Steffi Kraehmer

Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung
Professur für Sozialpolitik, Ökonomie sozialer Einrichtungen und sozialer Dienste
Mail: kraehmer@hs-nb.de | Internet: www.hs-nb.de

Prof. Dr. Peter Dehne

Fachbereich Landschaftswissenschaften und Geomatik
Professur für Planungsrecht/Baurecht
Mail: dehne@hs-nb.de | Internet: www.hs-nb.de

Wissenschaftliche Mitarbeit

Dipl.-Soz., MPH Sylvia Wellhausen

Fachbereich Gesundheit, Pflege, Management
Mail: wellhausen@hs-nb.de | Internet: www.hs-nb.de

M.A. Jenny Pöller

Fachbereich Gesundheit, Pflege, Management
Mail: poeller@hs-nb.de | Internet: www.hs-nb.de

Studentische Mitarbeit

B.Sc. Katharina Schaihadinow

Fachbereich Gesundheit, Pflege, Management

ZUSAMMENFASSUNG

Die „Perspektiven für eine zukunftsorientierte Senior*innenpolitik“ wurden aus dem Forschungsprojekt „Erforschung von Gelingensfaktoren und Hemmnissen der (Weiter-)Entwicklung von Seniorenpolitischen Gesamtkonzepten am Beispiel des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte und der Stadt Schwerin“ generiert.

Die demografischen Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern, geprägt durch eine alternde Bevölkerung, geringe oder fehlende Zuwanderung sowie einen Sterbeüberschuss, wirken sich auf verschiedene Bereiche aus. Rund ein Drittel der Einwohnenden werden in wenigen Jahren die Gruppe der ab 65-Jährigen ausmachen, die ab 60-Jährigen ca. ein Viertel. In einigen Regionen ist diese Quote schon erreicht. Zudem ist Mecklenburg-Vorpommern von einer geringen Bevölkerungsdichte und einer im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands schwächeren finanziellen Ausstattung der Haushalte geprägt. Zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Erhaltung der Lebensqualität für ältere Menschen bedarf es massiver Anstrengungen von Bund, Landesregierungen, Kommunen, sozialen Trägern, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. In der vorliegenden inter- und transdisziplinären Untersuchung wurden im Zuge der (Weiter-)Entwicklung von seniorenpolitischen Konzepten der Landeshauptstadt Schwerin und dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte Gelingensfaktoren und Hemmnisse für die Erstellung jener ermittelt. Als Forschungsdesign wurde eine qualitative Untersuchung im Sinne eines Action-Research-Ansatzes gewählt, mit Expert*inneninterviews, Zukunftswerkstätten und systematischer Desktoprecherche sowie qualitativer Inhaltsanalyse der erhobenen Daten.

Die Ergebnisse des Projekts zeigen, dass für die Entwicklung und Umsetzung eines erfolgreichen seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes entscheidende Faktoren notwendig sind: strategisches Vorgehen, Verankerung und Priorisierung auf wichtigen Hierarchieebenen, ausreichende Ressourcen sowie ein partizipativer und transparenter Prozess. Wertschätzende Kommunikation mit älteren Menschen, ihren Vertretungen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen fördert die Ermittlung von Bedarfen und die Ableitung passender Maßnahmen. Die (Weiter-)Entwicklung von seniorenpolitischen Konzepten ermöglicht es den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen, indem es die Lebensqualität älterer Menschen verbessert und den gesellschaftlich-demokratischen Zusammenhalt fördert.

1 HINTERGRUND

1.1 Forschungsinteresse

1.1.1 Forschungsziel

Gegenstand des Forschungsinteresses ist die wissenschaftliche Begleitung des (Weiter-)Entwicklungsprozesses eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes (SPGK) durch den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte (LK MSE) und der Landeshauptstadt Schwerin (LH SN). Das Vorhaben zielte darauf ab, im Rahmen einer inter- und transdisziplinären Untersuchung mittels Prozess- und Ergebnisevaluation die Erfolgsfaktoren sowie potenzielle Hemmnisse bei der Entwicklung der Gesamtkonzepte zu identifizieren. Das Forschungsinteresse der beteiligten Professuren (Prof. Dr. Stefan Schmidt, Professur für Klinische Pflege mit dem Schwerpunkt Pflege- und Versorgungskonzepte, Prof.n Dr.n Steffi Kraehmer, Professur für Sozialpolitik, Ökonomie sozialer Einrichtungen und sozialer Dienste und Prof. Dr. Peter Dehne, Professur für Planungsrecht/Baurecht) begründet sich in den thematischen Schnittstellen der Professuren und knüpft an vorherige Forschungs- und Projektarbeiten jener an. Auf Basis dieser Erkenntnisse wurden Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung und Übertragbarkeit auf andere Sozialräume und Gebietskörperschaften sowie ein Beitrag zur weiteren Qualifizierung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (MV) abgeleitet.

1.1.2 Expertise der Hochschule Neubrandenburg

Die Hochschule Neubrandenburg (HSNB) fokussiert ihre Forschungsaktivitäten bislang in den Schwerpunkten „Nachhaltiger Strukturwandel und Umbau von ländlichen Regionen“ sowie „Gesundheit und Ernährung“. Sie sind auf die besonderen Herausforderungen der ländlich strukturschwachen Regionen im Allgemeinen und der Regionen in MV im Speziellen ausgerichtet.

Im Schwerpunkt „Nachhaltiger Strukturwandel und Umbau von ländlichen Regionen“ werden Lösungen und Strategien für die besonderen sozialen, infrastrukturellen und planerischen Herausforderungen des gesellschaftlichen Transformationsprozesses gesucht und anwendungsbezogen erprobt.

Im Forschungsschwerpunkt „Gesundheit und Ernährung“ werden anwendungsbezogene Lösungen für aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen wie Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlergehen, Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit entwickelt. Fokussiert wird dabei auf die Schaffung von Wertschöpfungsketten für gesunde Ernährung und Verbesserung der Gesundheit und des Wohlbefindens der Bürger*innen.

Die HSNB widmet sich den besonderen Themen und Problemstellungen der Region und wirkt in ihren Forschungsschwerpunkten regional und überregional als akademischer Impulsgeber in Lehre, Forschung, Weiterbildung und Transfer.

Gemäß ihrem Leitbild sieht sich die HSNB im Sinne einer engagierten Hochschule als ein „Scharnier zwischen regionaler und internationaler Fachöffentlichkeit“. Sie ist offen für die besonderen Themen und Problemstellungen der Region und wirkt als akademisches Zentrum und Impulsgeber in Lehre, Forschung und Wissenschaft.

Eine zentrale Aufgabe der HSNB ist es daher, Hochschulwissen für die Gesellschaft und Wirtschaft – also für Bürger*innen, Vereine, Verbände, soziale Träger, öffentliche Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Gemeinden und Landkreise, Verwaltung und Politik sowie wissenschaftliche Einrichtungen und Unternehmen – nutzbar zu machen.

Der demografische Wandel stellt für die Landkreise, Städte und Gemeinden eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Die Zunahme der Anzahl älterer, hochbetagter und pflegebedürftiger Menschen macht es notwendig, dass die Kommunen seniorenpolitische Gesamtkonzepte (SPGK) entwickeln und umsetzen.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommerns beauftragte deshalb im Jahr 2012 eine Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, die sich bis 2016 umfassend mit den kommunalen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen und einem breiten Spektrum an Fragen, die mit dem „Älter werden“ einhergehen, befasste und Handlungsempfehlungen vorlegte [1].

Das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern erarbeitete in Abstimmung mit dem Städte- und Gemeindetag MV und dem Landkreistag MV Empfehlungen für die Entwicklung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte („Eckpunkte und Empfehlungen für die Entwicklung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte für die Landkreise und kreisfreien Städte“) sowie einen Leitfaden („Leitfaden für Städte, Ämter und Gemeinden zur Umsetzung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes“) zur Umsetzung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes: „Die Eckpunkte und der Leitfaden sollen eine Orientierung für die Kommunen sein, wie sie gemeinsam mit Verbänden, Unternehmen, anderen wichtigen Akteuren und den Seniorinnen und Senioren selbst kommunale seniorenpolitische Gesamtkonzepte landesweit auf einem vergleichbaren und auch qualitätssichernden Niveau entwickeln können.“ [2]

Da der LK MSE vor besonders großen Herausforderungen im Verlauf der demografischen Entwicklung steht sowie sich parallel zu diesem Forschungsvorhaben in der Erstellung (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) und Weiterentwicklung (Landeshauptstadt Schwerin) ihrer SPGK befinden, wurden diese ausgewählt, das Forschungsvorhaben in Kooperation mit der HSNB durchzuführen.

1.1.3 Demografische Rahmenbedingungen

Der LK MSE ist mit einer Fläche von fast 5.500 km² der größte LK Deutschlands [3].

Im Bundesland MV leben 1.628.921 Einwohnende, davon in der LH SN 98.733 und im LK MSE 259.312. Berechnet man die durchschnittliche Anzahl der Einwohnenden pro Quadratmeter, sind es in MV 70, hingegen im LK MSE nur 47, was die siebt niedrigste Bevölkerungsdichte Deutschlands in einem Landkreis bedeutet.

Der LK MSE weist jeweils den höchsten Anteil bei ab 60- (38,4 %) und ab 65-Jährigen (28,5 %) des Landes MV auf, in Schwerin hingegen sind die Anteile im mittleren Bereich (34,1 % und 26,6 %) bezogen auf MV (Stand: 31.12.2023) [4], siehe Tabelle 1.

Die Prognose aus dem Jahr 2019 bewertet die Bevölkerungsbewegungen und -entwicklung so, dass zwar die massiven Abwanderungen gestoppt sind und Schwerin mit leichtem Einwohnenden-Zuwachs rechnen kann. Die Landkreise hingegen werden weiterhin von einer Reduzierung der Einwohnendenzahl ausgehen können, besonders stark betroffen wird unter anderem der LK MSE mit etwa minus 13,0 % sein zwischen 2017–2040 [5].

Tabelle 1: Bevölkerungsanteil in Prozent an Gesamtbevölkerung der Landeshauptstadt Schwerin und Landkreis Mecklenburgische Seenplatte im Vergleich mit Rostock und den anderen Landkreisen des Bundeslandes MV (Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2024 [4], eigene Berechnung)

Hansestadt Rostock	Schwerin	Mecklenburgische Seenplatte	Landkreis Rostock	Vorpommern-Rügen	Nordwestmecklenburg	Vorpommern-Greifswald	Ludwigslust-Parchim
Anteil (%) Bevölkerung ab 60 Jahren an Gesamtbevölkerung des Landkreises/der Stadt zum 31.12.2023							
31,5	34,1	38,4	35,8	38,0	34,9	37,1	36,1
Anteil (%) Bevölkerung ab 65 Jahren an Gesamtbevölkerung des Landkreises/der Stadt zum 31.12.2023							
24,5	26,6	28,5	26,1	28,2	25,9	27,6	26,3

Tabelle 2: Prognose zur Veränderung des Anteils absolut und in Prozent der über 65-Jährigen an der Bevölkerung in MV 2017–2040 (Quelle: Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern 2019, [5])

Landkreise und kreisfreie Städte	Anteil der über 65-Jährigen 2017		Anteil der über 65-Jährigen 2040	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Hansestadt Rostock	49.064	21,8	53.385	23,8
Landeshauptstadt Schwerin	24.034	24,3	27.352	27,7
Mecklenburgische Seenplatte	65.111	28,7	82.408	36,4
Landkreis Rostock	49.758	23,3	69.628	32,6
Vorpommern-Rügen	57.255	27,2	73.799	35,1
Nordwestmecklenburg	35.983	24,0	49.693	33,2
Vorpommern-Greifswald	58.123	27,9	74.660	35,9
Ludwigslust-Parchim	49.156	24,7	67.168	33,8
Gesamt Mecklenburg-Vorpommern	388.848	25,4	498.093	32,5

Für den LK MSE wird dieser Anteil der Über-65-Jährigen bis 2040 auf 36,4 % der Gesamtbevölkerung prognostiziert. Diese Entwicklung zeichnet sich bereits ab und wird sich weiter deutlicher in den Landkreisen zeigen als in den kreisfreien Städten, siehe Tabelle 2 [5].

Zu den demografischen Herausforderungen von Überalterung, zu wenig Zuwanderung und Sterbeüberschüssen in MV kommt die ökonomisch schwache Lage der Einwohnenden. Das Durchschnittseinkommen liegt bei knapp 18.000 € pro Jahr, so niedrig wie in keinem anderen Bundesland [6].

In den regelmäßig durchgeführten Studien zu Rahmenbedingungen und Zukunftsfähigkeit des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung wurden mittels 21 Indikatoren aus den Bereichen Demografie, Wirtschaft, Bildung und Familienfreundlichkeit ein Ranking erstellt. Dabei liegen die MSE und Schwerin mit einem Wert von um die 4 ab (Werte liegen bundesweit zwischen 2,31 (besser) bis 4,71 (schlechter), zwar im unteren Drittel, aber nicht auf den ganz hinteren Plätzen [6].

Die geografischen und demografischen Voraussetzungen von dünner Besiedelung und hoher Überalterung sind im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders prägnant, jedoch ergibt ein Vergleich der Rahmenbedingungen und Zukunftsfähigkeit der Länder für MV, dass andere Faktoren wie zum Beispiel Bildung und Familienfreundlichkeit hier durchaus kompensieren (können).

1.2 Fragestellungen

Vor dem Hintergrund des Forschungsvorhabens ergaben sich folgende Fragen:

- Ob, wie und wodurch gelingt es, die Erstellung eines SPGK kooperativ zu gestalten?
- Wer ist legitimiert mitzuarbeiten und welche Formen von legitimierten Entscheidungsverfahren gibt es im Untersuchungsgebiet?
- Welche Rolle haben die Kommunen?
- Kann der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und oder die Stadt Schwerin eine Aktivierung basisdemokratischer und zivilgesellschaftlicher Instrumente in die eigene Arbeit integrieren und die Förderung subsidiärer Entscheidungsstrukturen mit entwickeln um damit transparente Strukturen in öffentlichen Verwaltungen unterstützen?
- Wie funktioniert/gelingt die Begleitung und Mobilisierung von Gemeinden und relevanten Akteur*innen in den Gemeinden?
- Ist es besser eine Betrachtung einer Gesamtregion oder die Aufteilung in Teilregionen vorzunehmen, um Probleme und Herausforderungen zu identifizieren und konkretisieren sowie gezielt formelle und informelle Akteur*innen zu finden?
- Wie gelingt es, eine hohe und andauernde Motivation aller am Prozess Beteiligten aufrecht zu erhalten?

SENIOREN POLITISCHE WERKSTATT

SCHWERIN

Wohnen

VORHANDENE RÄUME NUTZEN
SCHULE

WOHN-BERÄTUNG

SENIOREN IN SCHWERIN

RATGEBER DIGITAL UND ANALOG

KEINE SEGREGATION

ARZT

EIN-KAUF

OPNV

WOHN-UMFELD

BARRIERE FREI / NIGHT NUR FÜR SENIOREN

JEDER WOHT ANDERS

AUCH JUNGE LEUTE FRAGEN

BEDEARFSERMITTLUNG

BILDUNG

WIE MÖCHTEN WIR IN SCHWERIN LEBEN, WENN WIR ALT SIND?

MODERNES ALTERS BILD

KOMPETENZ FINANZEN DIGITAL DEMOKRATIE

LEBENS-LANGES LERNEN

GRUND GEsETZ

POLITISCHE BILDUNG

ES GIBT VIELE ANGEBOtE

ABER? Wo?

GEISTIG & KÖRPERLICH FIT FÜR'S ALTER

MINDSET

WER VERSTEHt WAS UNTER POLITISCHER TEILHABE

POLITISCHE TEILHABE

WO IST DIE POLITIK?

EXPERTISE

ERFAHRUNG

BETROFFEN

SENIOREN BEIRAT

KOMMUNIKATION NACH AUSSEN

THEMEN

SATZUNG

KONKRET SEIN

EINFACH MACHEN

VERGLEICHEN ENTWICKLUNG

2010 2023 2025

BESTANDS-ANALYSE

MABNAHMEN KATHALOG & UMSETZUNG

LANGER PROZESS

SEIT 2018

PRIORITÄTEN

5

VIELE IDEEN

ZAHLEN-DATEN-FAKTEN

UMSETZBARKEIT PRÜFEN

SEHR VIELE RENTNER Ü.60ig 30%

STADT DIFFERENZIERT BETRACHTEN

ROLLEN & ZUSTÄNDIGKEIT

POLITIK-VERWALTUNG-WISSENSCHAFT

Bei RELEVANTEN THEMEN

PRÄSENT HALTEN

IN DEN KREMIEN

PRÄSENZ VON PROJEKTEN

MöBEWERK

500 WOHNUNGEN

GÜTER BAHNHOF

REGELMÄSISG TREFFEN

ENGAGEMENT

RAHMEN-BEDINGUNGEN FÜR

BÜRGER MEISTER

TRANSFER VON BASIS-PRAXIS-WISSEN

BUND LAND KOMMUNE

NEUE MITGLIEDER SENIOREN BEIRAT

MANPOWER

WOHER KOMMT ES WOHIN GEHT ES

WER INFORMIERT SICH WO

HAUS! POST!

WIR ENTSCHEIDEN

GELD

Abbildung 1: Grafik Recording der Zukunftswerkstatt Schwerin „Aufstartworkshop Weiterentwicklung Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“ am 03.06.2024, gezeichnet von Gabriele Schlipf

2 FORSCHUNGSDESIGN

Entsprechend dem spezifischen Untersuchungsinteresse wurde ein qualitatives Forschungsdesign gewählt, das sich am Ansatz der Begleitforschung orientiert, welcher methodologisch im Action Research (Handlungsforschung) verankert ist. Diese Herangehensweise kombiniert methodisch variierende und situative Verfahren der Datenerhebung, entsprechend dem Erkenntnisinteresse und Forschungsgegenstand ausgewählt, darunter leitfadengestützte Expert*inneninterviews, Durchführung von Zukunftswerkstätten sowie die systematische Desktop-Recherche.

Die Datenauswertung erfolgte in Anlehnung an die Grounded-Theory-Tradition [7] mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring [8]. Dadurch wurde ein regelgeleitetes, nachvollziehbares und systematisches Vorgehen gewährleistet, das eine schrittweise Reduktion und Strukturierung des Datenmaterials ermöglichte. Im Rahmen des Auswertungsprozesses wurde besonderes Augenmerk auf die Ableitung praxisorientierter Handlungsbedarfe und Handlungsempfehlungen gelegt, um die Ergebnisse unmittelbar auf die Anwendungsfelder zu übertragen.

2.1 Methodik

2.1.1 Expert*inneninterviews

Die Forschungsfragen wurden in einem halbstrukturierten Interviewleitfaden operationalisiert. Dieser wurde basierend auf der einschlägigen Literatur sowie einer Voranalyse des Forschungsgegenstandes entwickelt, um sicherzustellen, dass zentrale Themen und Fragestellungen abgedeckt werden, während zugleich genügend Raum für offene Antworten und explorative Einsichten bleibt. Als Dimensionen des Interviewleitfadens wurden festgelegt: 1. Herausforderungen, 2. Beteiligung, 3. Entscheidungsprozesse, 4. Motivation zur Mitarbeit und 5. Gelingensfaktoren.

Der Leitfaden wurde vorab in zwei Pretests innerhalb der interdisziplinären Arbeitsgruppe Klinische Pflege (AG KLP) sowie mit zwei Expert*innen geprüft und entsprechend angepasst, um Verständlichkeit, Praktikabilität, Dauer des Interviews, Relevanz und Kohärenz der Fragen zu gewährleisten. Anschließend wurden die Rückmeldungen aus den Pretests eingearbeitet und der Leitfaden redaktionell überarbeitet.

Für die Auswahl der Expert*innen wurde ein theoretisches Sampling durchgeführt, das darauf abzielte, unterschiedliche Perspektiven und Expertise im Kontext der Lebensverhältnisse älterer Menschen abzubilden. Die Auswahl der Expert*innen erfolgte nach Kriterien wie: langjährige Erfahrungen aus der Arbeit mit oder für Ältere, Schlüsselposition im Landkreis/Bundesland zur Entwicklung und Umsetzung von Strategien zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von älteren Menschen und generationengerechtem Vorgehen oder einer Position in einem koordinierenden Amt im Bereich der politischen Interessenvertretung, Seelsorge oder Gesundheitsversorgung.

Durchgeführt haben wir 18 qualitative Expert*innen-Interviews und ein Gruppeninterview, die entweder in einem persönlichen Kontakt oder per Videokonferenz stattfanden, um organi-

satorische und räumliche Barrieren zu minimieren. Die Interviews wurden unter Einverständnis der Teilnehmenden aufgezeichnet und anschließend transkribiert. Die Transkription folgte den Regeln der inhaltlich-semantischen Transkription nach Dresing und Pehl [9], welche sich durch eine reduzierte und gleichzeitig präzise Erfassung relevanter Inhalte auszeichnet.

2.1.2 Zukunftswerkstätten

Die Durchführung der Zukunftswerkstätten nahmen wir im Zeitraum von Juni bis Juli 2024 vor. Ziel war es, Zukunftswerkstätten für engagierte Bürger*innen / Arbeitskreise / Aktivitäten-Gruppen als partizipative Austausch- und Arbeitsforen durchzuführen, die den Charakter von Workshops hatten und auf bestehendem Engagement aufbauten. Hierfür identifizierten wir engagierte Bürger*innen, wie Seniorenvertreter*innen oder Beteiligte der Verwaltung in den Untersuchungsgebieten, suchten uns gezielt Kooperationspartner*innen und luden zu einem Workshop ein. Dazu gehörten Vertreter*innen von Seniorenorganisationen, Mitarbeitende der kommunalen Verwaltung sowie Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft und dem Ehrenamt.

Die Zukunftswerkstätten begannen mit Informationsaustauschen, die durch Kurzvorträge eingeleitet wurden. Diese Vorträge gaben einen Überblick über die Entwicklung und den aktuellen Stand des SPGK des LK MSE bzw. der LH SN. Ergänzend dazu wurden inhaltliche Inputs zu spezifischen Themen angeboten, wie etwa bürgerschaftliches Engagement, Barrierefreiheit, Dorfmoderation, gesundheitliche Herausforderungen oder andere seniorenpolitisch relevante Handlungsfelder, die von den Teilnehmenden gewählt werden konnten. Im Anschluss an die Vorträge fanden moderierte Arbeitsgruppen statt, die sich mit konkreten Fragestellungen auseinandersetzten.

Ziel war es, Handlungsoptionen vor Ort zu entwickeln sowie Gelingensfaktoren und Hemmnisse für die Umsetzung seniorenpolitischer Maßnahmen zu identifizieren. Der partizipative Charakter der Zukunftswerkstätten ermöglichte es, lokale Perspektiven, Erfahrungen und Wissen systematisch zu erfassen und in die Datengrundlage der Studie einzubinden. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen wurden dokumentiert und flossen in die abschließende Auswertung der Untersuchung ein.

2.1.3 Systematische Desktoprecherche

Als ergänzende Methode führten wir eine systematische Internet- und Literaturrecherche durch. Die Suchparameter lauteten: Seniorenpolitische (Gesamt-)Konzepte, Seniorenpolitische Leitlinien, Senior*innenpolitik, Mitwirkung von Senior*innen, Erfahrungen und Evaluationen mit Seniorenpolitischen Konzepten. Ziel war es, bestehende Erfahrungen, bewährte Praktiken und Evaluationen kennenzulernen und wertvolle Vergleichsdaten sowie Kontextinformationen im Rahmen seniorenpolitischer Maßnahmen zu erhalten. Die Recherche erfolgte digital in Veröffentlichungen verschiedener Bundesländer, dem Bund, bundesweiter Senior*innenvertretungen, aus dem europäischen Ausland, der Europäischen Union (EU) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) [10].

2.2 Auswertung

Die Auswertung der erhobenen Daten fand heuristisch (Such- und Finde-Verfahren) und nach der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring [8] zur systematischen Analyse von Texten und verschriftlichten Aussagen statt. Dabei können einerseits induktive Ableitungen aus dem Material vorgenommen werden (Bottom-up-Ansatz), bei dem die Kategorien aus dem Material selbst abgeleitet werden, ohne vorher festgelegte Hypothesen oder Theorien. Die Methode eignet sich besonders gut, um Strukturen und Zusammenhänge zu identifizieren sowie lebensweltnahe Handlungsoptionen herauszuarbeiten. Gleichzeitig ermöglicht sie, in deduktiver Vorgehensweise bereits bestehende Hypothesen, Theorien und Vorgehensweisen als Grundlage zu nutzen (Top-down-Ansatz) und die Analyse auf dem vorhandenen Wissen aufzubauen. Wir folgten weitergehend der von Gerhard Kleining formulierten Regel zur qualitativen „Analyse auf Gemeinsamkeiten“ [7]. Diese zielen darauf ab, vom Konkreten durch Identifikation von Gemeinsamkeiten und Abstraktion die Struktur herauszuarbeiten, um dann wieder auf das Konkrete zurückzugehen, welches sich neu präsentiert. „Der erforschte Gegenstand ist dann in einem umfassenderen Sinne zu erkennen als das Ausgangs-Konkrete...“ [7]. Die Regel beinhaltet eine „100 %-Forderung“, dass „alle Daten im strukturellen Zusammenhang ihren Platz haben und als Teile des Gesamtbildes verstehbar seien“ [11].

Die Ergebnisse der unterschiedlichen Erhebungsmethoden wurden trianguliert, um eine möglichst ganzheitliche und valide Perspektive auf den Forschungsgegenstand zu ermöglichen. Das Vorgehen war geprägt von einem zyklischen Wechsel zwischen Datenerhebung, Analyse und Reflexion, wie es im Action-Research-Ansatz vorgesehen ist. Dies erlaubte eine kontinuierliche Anpassung des Forschungsprozesses an die sich dynamisch entwickelnden Erkenntnisse.

2.3 Gütekriterien

Die Sicherstellung der wissenschaftlichen Qualität der Studie orientierte sich an etablierten Gütekriterien der qualitativen Forschung, insbesondere an den Prinzipien der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit, kommunikativen Validierung und methodischen Reliabilität. Die intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Studie wird durch eine umfassende Dokumentation des gesamten Forschungsprozesses, einschließlich der Interviewtranskription, der Dokumentation der Zukunftswerkstätten und strukturierten Analyse sichergestellt. Darüber hinaus erfolgte die Analyse-, Codier- und Interpretationsarbeit der Daten regelmäßig in einer wissenschaftlichen Interpretationsgruppe, um eine kommunikative Validierung sicherzustellen [12].

Die Einbeziehung der AG KLP sowie die wissenschaftliche Expertise der drei beteiligten Fachbereiche der Hochschule Neubrandenburg gewährleistete die Qualitätssicherung der Studie. Auch Mayring sieht die Reliabilität dadurch garantiert, dass „die gesamte Analyse von mehreren Personen durchgeführt wird und die Ergebnisse verglichen werden (Intercode-reliabilität)“ [8]. Nach Kleining wird die Bestätigung (Validierung) durch die Kommunikation mit den Betroffenen erlangt sowie die Anwendung der Regeln der „Analyse auf Gemeinsamkeiten“ und „Variation der Perspektiven“ [7]. Auch diesen Gütekriterien folgten wir.

2.4 Wissensstand „Seniorenpolitische Gesamtkonzepte“

Seit den 1990er Jahren setzen sich Bund, Länder und Kommunen auf unterschiedliche Weise und mit verschiedenen Ansätzen mit den Veränderungen und Auswirkungen der demografischen Entwicklung auseinander. Die Bundesregierung veröffentlicht seit 1994 pro Legislaturperiode einen Bericht zur Lage der älteren Generation in Deutschland. Dies geht auf einen Beschluss des Bundestages vom 24. Juni 1994 zurück [13]. Jeder Bericht widmet sich jeweils einem Schwerpunktthema, das die Lebenssituation älterer Menschen und relevante gesellschaftliche Entwicklungen behandelt. So wurden bereits die Themen: Digitalisierung (2020), Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften (2017), Altersbilder in der Gesellschaft (2010), Vielfältigen Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft (2005), Hochaltrigkeit und Demenz (2002) und Wohnen (1998) aufgegriffen. Erweitert wurden die Themenberichte um umfangreiche Analysen 1993 und 2001 [14]. Der aktuelle neunte Bericht beschäftigt sich intensiv mit Teilhabe und deren Stärkung für ältere Menschen [15]. Die Berichte bieten nicht nur wertvolle Überblicke in die aktuelle Lebenssituation älterer Menschen, enthalten fundierte Erhebungen und Handlungsempfehlungen für die interessierte Fachöffentlichkeit sowie politische Entscheidungsträger, sondern spiegeln auch die aktuelle Debatte wider.

Ein Blick in die anderen Bundesländer außerhalb MV zeigt einen breit gefächerten und übertragbaren Fundus an Erfahrungen, Evaluationen und Vorlagen, die wertvolle Anregungen für die Erstellung, Weiterentwicklung und Umsetzung von seniorenpolitischen Leitlinien und Konzepten bieten.

In Brandenburg wurden 2007 die ersten seniorenpolitischen Leitlinien verabschiedet und 2017 evaluiert, überarbeitet und erstmals fortgeschrieben [16, 17]. Im Jahr 2024 erfolgte eine zweite Fortschreibung unter dem Titel „Eine Gesellschaft des langen Lebens gestalten“ in Form von sechs Leitlinien und insgesamt 38 definierten Maßnahmen, die durch gute Beispiele ergänzt werden [18].

Als Instrumente für die Entwicklung und Fortschreibung der Leitlinien kamen im Verlauf Methoden wie Studien, Fachtagungen und Fachgespräche, Senior*innen-Befragungen, Beteiligungsworkshops sowie ressortübergreifende Abstimmungen zum Einsatz. Seit den 1990er Jahren engagieren sich 170 kommunale Seniorenbeiräte, als zentrale Interessenvertretung fungiert der Landesseniorenrat und 2020 wurde zudem ein Landesseniorenbeauftragter berufen. Brandenburg setzte frühzeitig auf die digitale Fitness älterer Menschen und verknüpft Weiterbildungsmaßnahmen zu diesem und anderen Themen mit attraktiven, zielgruppengerechten Lernorten. Ein weiteres Ziel der Brandenburger Bestrebungen ist es, älteren Menschen zu ermöglichen, möglichst lange im vertrauten Umfeld zu leben, selbst wenn Unterstützungsbedarf besteht. Dabei soll dieser Bedarf durch präventive Maßnahmen möglichst hinausgezögert werden, um gleichzeitig die Sozialsysteme zu entlasten. Die Leitlinien sind eng mit Maßnahmen wie dem „Pakt für Pflege“ und „Pflege vor Ort“ verknüpft. Ein hoher Umsetzungsgrad dieser Programme von 80 % in den Brandenburger Kommunen unterstreicht den Erfolg der Initiativen [18].

In Bayern nimmt die Senior*innenpolitik eine besondere Stellung ein. Als einziges Bundesland verpflichtet der Artikel 69 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze seit 2007 die

Landkreise und kreisfreien Städte, integrative und regionale seniorenpolitische Gesamtkonzepte auf Grundlage von Bedarfsermittlungen zu entwickeln [19]. Diese Konzepte sollten dem Ansatz „ambulant vor stationär“ folgen und die Lebenswelt älterer Menschen und die notwendigen Versorgungsstrukturen berücksichtigen, sowie neue Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen prüfen und entwickeln. Ziel war es, über die reine Berechnung von Pflegekapazitäten hinauszugehen und regionale, integrative Lösungen zu schaffen [20].

Die 2008 dazu veröffentlichte Handreichung definierte elf Handlungsfelder, lieferte praktische Arbeitshilfen zur Bedarfserhebung und Ressourcenermittlung sowie Empfehlungen zur Priorisierung von Maßnahmen und wurden mit zahlreichen weiterführenden Literaturangaben, Modellprojekten, guten Beispielen und Informations- und Beratungsstellen ergänzt. Methoden wie Bürgerbefragungen, Arbeitskreise, Workshops und Tischgespräche wurden vorgeschlagen. Die Einbindung der Bürger*innen wurde empfohlen, sowie eine entsprechende Dokumentation und aktive Pressearbeit unter Einbeziehung lokaler Medien [20]. Die so auf den Weg gebrachten seniorenpolitischen Konzepte und deren Umsetzung in den Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns wurden im Jahr 2017 extern evaluiert [19]. Die Ergebnisse verdeutlichen einen Paradigmenwechsel: Weg von einer rein bedarfsorientierten Pflegeplanung hin zu einem neuen Verständnis von Kommunalpolitik im Sinne seniorenpolitischer Konzeptionen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten 75–80% der bayrischen Landkreise und kreisfreie Städte entsprechende Konzepte erarbeitet oder befanden sich in diesem Prozess.

Für die gemeinschaftliche (Weiter-)Entwicklung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte wurden insbesondere die folgende Punkte als förderlich identifiziert: a) Ganzheitliche Ausrichtung der Konzepte, b) Partizipative Entwicklung durch Einbindung aller relevanten Akteur*innen, c) Vernetztes Zusammenwirken verschiedener Akteur*innen, einschließlich Wohlfahrtspflege, Senior*innenvertretungen und weiterer relevanter Organisationen, d) Sozialräumliche Umsetzung der Konzepte, e) Empfängerorientierte Aufbereitung der Ergebnisse aus Bestands- und Bedarfsanalysen [19].

Im Jahr 2020 wurde daraufhin eine Fortschreibung als Bestandsaufnahme und Modernisierung mit den Leitlinien „Aktiv und selbstbestimmt – Seniorenpolitik in Bayern“ vorgelegt [21] mit stärkerer strategischer Ausrichtung der Senior*innenpolitik in Bayern.

In Berlin richtet sich die Senior*innenpolitik unter der Bezeichnung „Generation 60plus“ an die ältere Bevölkerung. Seit 2006 existiert dort ein Seniorenmitwirkungsgesetz, das 2016 aktualisiert wurde [22]. Das Gesetz garantiert die Einbeziehung der Senior*innen auf verschiedenen Ebenen der bezirklichen und städtischen Gremienarbeit. Überdies sind die entsprechenden Mitwirkungsgremien der Senior*innen aktiv in die Entwicklung und Fortschreibung neuer Leitlinien sowie in die Identifizierung und Festlegung von Maßnahmen eingebunden [23]. Im Jahr 2013 wurden die ersten Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik verabschiedet. Diese basierten auf einer Bestandsaufnahme und definierten erreichbare Ziele und Maßnahmen [24].

Im Jahr 2021 folgte eine Überarbeitung und Konzentration der Leitlinien mit dem Fokus auf „Zugehörigkeit und Teilhabe“ und mehr Transparenz, Vergleichbarkeit, Selbstverpflichtung und Flexibilität geschaffen. Regierung und Verwaltung unterstützen die Umsetzung dieser Leitlinien durch Gesetze, Projekte und Initiativen [25]. Die Maßnahmenumsetzung geschieht

ressortspezifisch, während Querschnittsthemen von zugewiesenen Ressorts federführend betreut werden. Dazu werden sie mittels Selbstverpflichtung angehalten spezifische, messbare, erreichbare, relevante und terminierte Ziele zu formulieren und deren Umsetzung zu garantieren. Der Fortschritt der Maßnahmen wird durch einen jährlichen Monitoringprozess überprüft, der im Rahmen einer jährlichen Fachtagung erfolgt. Zudem wird die Öffentlichkeit kontinuierlich über die Fortschritte und Umsetzungen auf einer bereitgestellten Webseite informiert [26].

In Hamburg wird die politische Mitwirkung der Senior*innen ab 60 Jahre seit 30 Jahren auf breiter Basis unterstützt, und 2012 ein Senior*innen-Mitwirkungsgesetz als rechtliche Grundlage eingesetzt, auf Landesebene mit Geschäftsstelle in der entsprechenden Behörde [27]. Die Seniorenbeiräte engagieren sich in den Bezirken und auf Landesebene und legen regelmäßig Berichte vor. Die Leitlinien setzen als zentrale Punkte Digitalisierung, differenzierte Altersbilder, Vielfalt, Teilhabe, Partizipation und Mitgestaltung. Die Bedarfsplanung wird nach definierten Sozialräumen vorgenommen, das Quartier als wesentlicher Aktionsraum verstanden. Demzufolge sind die seniorenpolitischen Aktivitäten und Maßnahmen stark an breit verteilte und geförderte und Begegnungs- und Familienzentren gekoppelt. Wie in Berlin werden die Fortschritte der Maßnahmen jährlich evaluiert. Auch generationenübergreifende Angebote werden in die Betrachtung einbezogen [28].

In Nordrhein-Westfalen wurden „Leitlinien für eine Gesellschaft des langen Lebens“ aufgelegt [29]. Auffallend ist die starke ressourcen- und potentialorientierte Herangehensweise, die bei der Differenzierung des Altersbildes, Teilhabe und Anerkennung von Heterogenität ansetzt und welche ein „Klima des Lernens miteinander“ betont. Die neu zu schaffenden und auszubauenden Beteiligungsmöglichkeiten könnten, „das Verhältnis von Staat und Gesellschaft ausbalancieren“ [29].

Zur Ermittlung von Ausgangssituation und Handlungsbedarf in Bezug auf Altersfreundlichkeit in ländlichen Regionen wurde aktuell ein adäquates Instrument veröffentlicht: „Wie altersfreundlich ist Ihre Gemeinde?“ Entwicklung eines Messinstrumentes zur Erfassung von Altersfreundlichkeit in ländlichen Regionen – eine Delphi-Studie [30].

Die Körber-Stiftung arbeitet in bundesweiten Projekten zu dem Thema „Alter und Demographie“, damit Städte und Gemeinden altersfreundlicher werden. Weitere Schwerpunkte sind in diesem Zusammenhang die Vernetzung, Beratung von verschiedenstem gesellschaftlichem Akteur*innen und das Bereitstellen von Expertise, Material und Veranstaltungen, um den demografischen, digitalen und gesellschaftlichen Wandel partizipativ und potentialorientiert zu gestalten. Ein eigens geschaffener (beispielhafter) offener, niedrighschwelliger Begegnungsort für ein generationenübergreifendes Miteinander der aktiven Teilhabe und Mitgestaltung im Körber-Haus in Hamburg-Bergedorf [31].

Die hier genannten Beispiele und Erfahrungswerte – ein Teil der Regionen sind bereits seit mehr als zwei Dekaden aktiv – geben gute Hinweise zur erfolgreichen Gestaltung und Ausrichtung von landesweiten wie kommunalen Aktivitäten im Bereich des SPGK.

SENIOREN POLITISCHE WERKSTATT

URSACHEN BEKÄMPFEN UND ZUSTÄNDIGKEIT KLÄREN

UNSICHTBARE HÜRDE

GEMEINSAME ORTE

RAT-HAUS KIRCHE

SELBST IN DIE HAND NEHMEN

OBACHT EINSAMKEIT

EIGEN-INITIATIVE EHRENAMT

SEHR VIEL IN DEMMIN IST SCHÖN SEHR SCHÖN!

MÖGLICHST LANGE ZUHAUSE WOHNEN

ENKEL TRICK

BEHINDERUNG VON MOBILITÄT

ZUGANG ZU ARZT-PRAXIS

BARRIERE-FREIHEIT HILFT VIELEN

GEFÄHRLOS UND ANGST-FREI

ALS ALTER MENSCH MUß MÄN IM ZENTRUM-LEBEN

MOBILITÄT

SENIOREN EXPERTEN

LEBENSQUALITÄT STEIGERN

SPG KONZEPT

10 HANDLUNGS-FELDER SPGK KONZEPT

NUR VERSPRECHEN ODER AUCH MACHEN

GEMEINDE ZENTRUM

DEMMIN

BEDARF

NUR DIGITAL NICHT VOR ORT...

BANK POST STROM

KEIN SERVICE, KEINE INFO

EINZEL-HANDEL

WIR SIND DIE EXPERTEN UND WIR FORDERN

PLANUNG

PLANER UND STÄDT BE-AMTE

IM ÖFFENTLICHEN RAUM

INFO BARRIEREN

TERMINAL UND HILFE

SCHLECHTE ÄRZTLICHE VERSORGUNG INFRA-STRUKTUR

HANDLAUF IM KINO

TREFFEN KLÖNSCHNACK

BERATEN

Dienst-Leistung

BARRIERE ARM

BARRIERE FREI

HINTER-INGANG IST BARRIERE FREI

KOSTENLOS ZUR BEGEGNUNG

PLÄTZE UND RÄUME

ÖFFENTLICHER RAUM

INNENSTADT

ANIMIERT ZUM RASEN

RAUM FÜR TREFFEN VON EHREN-AMT

RÄUME IN DER INNENSTADT FÜR GRÖßERE GRUPPEN

AUSSTÄTTUNG

STÄDT MÖBEL

GALLERIE

TREFFPUNKT AN HISTORISCHER MAUER

SCHWER ZU ERREICHEN

MOBILE BÄNKE

Mehrere INFO-PUNKTE

Abbildung 2: Grafik Recording der Zukunftswerkstatt Demmin „Barrierefreiheit im Alter –
„Welche Hürden muss ich täglich meistern?“ am 19.06.2024, gezeichnet von Gabriele Schlipf

3 ERGEBNISSE

3.1 Sample

Der Erhebungszeitraum für die Befragungen und Zukunftswerkstätten erstreckte sich von Januar bis August 2024. Dabei wurden für die Expert*inneninterviews 30 Personen angefragt, von denen 18 (davon n=9 weiblich) an der Datenerhebung teilnahmen. Weiterhin wurde ein Fokusgruppeninterview mit vier Vertreter*innen eines Senior*innenbeirates durchgeführt. Ein Großteil der Interviews (n=14) wurde in Präsenz abgehalten. Um eine flexible Teilnahme zu ermöglichen, wurde bei Bedarf auf die Videokonferenz-Plattform Webex zurückgegriffen. Im Durchschnitt dauerten die Interviews 41 Minuten, wobei die Dauer zwischen mindestens 19 Minuten und maximal 72 Minuten variierte. Die Teilnehmenden waren zum Zeitpunkt des Interviews zwischen 30 und 80 Jahre alt, während das Durchschnittsalter 56,2 Jahre (SD=15,1) betrug.

Insgesamt ließen sich die befragten Expert*innen drei zentralen Tätigkeitsfeldern zuordnen: öffentlicher Dienst und Verwaltung, Gesundheitswesen und Pflege sowie Soziale Arbeit und Projekte. Zum ersten Tätigkeitsfeld gehören beispielsweise Sozialplaner*innen, Koordinator*innen und Mitarbeitende auf kommunaler Ebene. Der zweite Arbeitsbereich, Gesundheitswesen und Pflege, umfasst Vertreter*innen relevanter Institutionen. Während im dritten Tätigkeitsfeld Sprecher*innen aus Seniorenbeiräten und Projektmitarbeiter*innen verortet sind. Neben der Fokussierung auf MV wurden auch Perspektiven aus anderen Bundesländern, wie etwa Bayern und Brandenburg einbezogen. Ergänzend dazu wurde mit einer gemeinnützigen Stiftung gesprochen, die lokal, national und international u. a. zu den Themen „Alter und Demografie“, „Bildung“, „Demokratie und Zusammenhalt“ arbeitet, um eine internationale Sichtweise zu berücksichtigen.

Parallel zu den Interviews wurden Zukunftswerkstätten in vier verschiedenen Orten durchgeführt: Schwerin, Demmin, Bollewick und Neubrandenburg. Diese Orte wurden bewusst gewählt, um eine regionale Streuung zu erreichen und verschiedene Perspektiven aus unterschiedlichen Teilen MVs einzubeziehen. Ursprünglich war eine fünfte Werkstatt in Penzlin geplant, diese musste aus Kapazitätsgründen kurzfristig abgesagt werden. Die Teilnehmenden der vier Zukunftswerkstätten variierte je nach Standort zwischen min. 10 und max. 25 Personen. Im Durchschnitt suchten 10 bis 15 Personen die Zukunftswerkstätten auf.

Die Zukunftswerkstatt in Demmin unterschied sich von den anderen Standorten durch ihren Fokus auf die Zielgruppe der Hochaltrigen. Insgesamt wurde bei der Planung und Durchführung der Zukunftswerkstätten großen Wert auf Niederschwelligkeit gelegt. Aus diesem Grund wurden die Standorte gezielt so gewählt, dass sie einerseits zentral und den Einwohnenden bekannt sind, andererseits barrierefrei und leicht zugänglich sind.

3.2 Analyseergebnisse

Die Analyse der erhobenen Daten gliedert sich in zwei zentrale Bereiche: einen Fokus auf den Prozess der (Weiter-) Entwicklung und einen auf die Handlungsfelder.

Im Hinblick auf die Erstellung, Weiterentwicklung und Umsetzung eines SPGK wurden Aussagen zu verschiedenen Aspekten getroffen, darunter das strategische und methodische Vorgehen, die Einbindung von Beteiligten (Partizipation), die Entscheidungs- und Beteiligungsstrukturen, die Kommunikation sowie die prozessorientierte Herangehensweise und Durchführung.

Weiterhin wurden durch die Analyse der Interviews und die Auswertung der Zukunftswerkstätten Handlungsfelder sowie verschiedene Themen im Hinblick auf die lebensweltlichen Herausforderungen von Senior*innen anhand der Aussagen der Befragten ermittelt.

3.3 Prozess der (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung

Der Prozess der (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung eines SPGK beinhaltet verschiedene Stufen und bedarf vielfältiger Kenntnisse in Strategie und Methoden, den Willen und das Engagement zum Einbeziehen relevanter Akteur*innen sowie der Betroffenen selbst. Die Herangehensweise selbst benötigt Flexibilität und Geduld, um sich auf einen längerfristigen Arbeitszyklus einzulassen und diesen mit Geduld und kommunikativer Transparenz zu begleiten.

3.3.1 Prozessorientierte Vorgehensweise

Bei der (Weiter-)Entwicklung eines SPGK und deren Umsetzung sind idealerweise viele verschiedene Stake-Holder beteiligt. Die Aufgabe ist komplex und vielschichtig. Eine Arbeitsweise, die die verschiedenen Sichtweisen, Tempi und Präferenzen der Beteiligten ebenso berücksichtigt, wie sich ändernde Bedingungen, Ressourcen und Voraussetzungen empfiehlt sich. Auch braucht es eine Offenheit und Strukturen um Initiativen, die aus den beteiligten Netzwerken und von engagierten Bürger*innen kommen, einzubeziehen und im Idealfall länger einzubinden und motivieren.

Wenn das von unten entsteht und nicht von oben „jetzt macht“, dann ist es ja viel tragfähiger. (...)
Weil WIR wollen es, nicht DIE sagen es. Aber vielleicht denke ich da auch zu eng. Ein Landkreis denkt natürlich eher in den eigenen Zuständigkeiten. (SPGK-I_015:80)

Es besteht auch die Möglichkeit ein Konzept innerhalb der Verwaltung auszuarbeiten. Das kann ressourcenbedingt zunächst ein Vorteil sein.

Abgesehen davon, ich kann mir das auch ganz anders vorstellen. Ich kann mir auch vorstellen, dass sich eine Gruppe in einer Kreisverwaltung hinsetzt und in aller Ruhe ein Seniorenpolitisches Gesamtkonzept schreibt und für sich ganz klar strategische Linien (aufstellt, SW) und hier sind unsere Maßnahmen und Handlungsfelder und auf dieser Grundlage dann erst tätig wird und beteiligt und in die Gemeinden geht. Das geht auch. (SPGK-I_015:68)

Die im Verlauf später einsetzende Beteiligung kann jedoch aufwendiger sein und es besteht die Gefahr am Bedarf vorbei geplant zu haben.

Aber für mich am Anfang sind noch wichtiger, dass wir mit den Institutionen, Vereinen, Verbänden sprechen, dass wir mit dem Seniorenbeirat sprechen als Vertretungsgremium aller Seniorinnen und Senioren. Das ist für mich ganz, ganz wichtig, weil kann ich dann beurteilen, was wirklich (...) wie der Bedarf ist. Deswegen finde ich es ganz, ganz wichtig, mit, zum einen mit Vertreterinnen und Vertretern zu sprechen, aber auch mit, ich sage es mal, betroffenen Personen.
Das ist ganz, ganz wichtig. (SPGK-L_073:12)

Die (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung eines SPGKs als dynamischen, sektorenübergreifenden Prozess zu verstehen und dementsprechend zu gestalten, kann die Identifikation mit den Vorgehensweisen und Maßnahmen und das lokale Selbstbewusstsein stärken.

3.3.2 Strategische Vorgehensweise

Ein zentraler Erfolgsfaktor für die (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung SPGK ist ein strategisches Vorgehen in Kombination mit dem fachlich fundierten Einsatz geeigneter Methoden.

3.3.2.1 Verknüpfung des Auftrags mit Hierarchieebene und politischem Willen

Die Ansiedlung eines Vorhabens auf einer hohen Hierarchieebene bietet vielfältige Vorteile. Insbesondere ermöglicht sie den Zugang zu Entscheidungsbefugnissen und Ressourcen, was ausschlaggebend ist, um Maßnahmen und Entwicklungen über verschiedene Ressorts hinweg voranzutreiben. Hierbei ist es nicht nur wichtig, dass jemand mit Engagement das Projekt voranzubringen, sondern dass diese Person auch eine entsprechende hierarchische Position innehat, um als Initiator und Treiber wirksam zu agieren.

Also es braucht sozusagen irgendjemand, der nicht nur Lust hat und treibt, sondern als Initiativperson auch eine gewisse Position in der Hierarchie hat, glaube ich. (SPGK-L_032:26)

Darüber hinaus spielen Vorgaben und Hilfestellungen seitens des Landes eine zentrale Rolle. Es wird als hilfreich wahrgenommen, wenn das Land Unterstützung bietet, etwa durch strategische Orientierung und konkrete Anleitungen zur Erstellung eines Konzepts. Die Einbindung externer Fachberatung mit Expertise, beispielsweise in Form einer professionellen Strategieberatung, wird ebenfalls als wertvoll erachtet, insbesondere wenn das Vorhaben auf einer entsprechend hohen Ebene verankert ist und mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet wird.

... dass das Land dann sagt, „okay, wir unterstützen euch auch dabei“.
Oder auch Orientierung gibt, wie denn so ein Konzept überhaupt erstellt werden soll. (SPGK-L_015:71)

Die Bearbeitung dieses Auftrags erfordert eine Anbindung an Personen mit maßgeblicher Position in der Hierarchie, um den Prozess effektiv zu steuern und durchzusetzen. Eine professionelle Begleitung mit Fachwissen und Expertise von außen einzusetzen im Rahmen einer Beauftragung wird als hilfreich eingeschätzt.

Dann hat man da auch Strategieberatung von außen geholt und ist alles hoch aufgehängt, also auch mit den Ressourcen. (SPGK-I_032:26)

Die Verknüpfung mit einer hohen Hierarchieebene sollte zudem durch den politischen Willen gestützt werden. Dieser manifestiert sich idealerweise in einem klaren Auftrag, beispielsweise in Form eines Beschlusses des zuständigen Parlaments, der die Entwicklung seniorenpolitischer Konzepte explizit fordert.

In erster Linie braucht es einen klaren Auftrag. Und der klare Auftrag kann meiner Meinung nach nur durch [das zuständige Parlament, SW] erfolgen, (...) (als, SW) Beschluss des [Parlamentes, SW], Seniorenpolitische Konzepte zu erstellen. (SPGK-I_093:42)

Neben der Hierarchieansiedlung ist es entscheidend, dass die politische Führungsebene langfristige Unterstützung und Akzeptanz gewährleistet. Insbesondere Führungspersönlichkeiten wie Landrät*innen oder Bürgermeister*innen spielen eine zentrale Rolle, indem sie die Bedeutung des Vorhabens sichtbar machen und kontinuierlich kommunizieren. Falls diese Aufgabe einer Person in beigeordneter Funktion übertragen wird, muss diese über entsprechende Befugnisse und Durchsetzungskraft verfügen, um das Vorhaben erfolgreich voranzutreiben.

Aber da ist dann wieder wichtig, dass das auch am Ende von der Spitze gewollt ist. Das ist bei Kommunen das ganz Entscheidende, ob Gemeinden oder Landkreis. Es wirkt nur, wenn der Landrat sagt, ja, das ist etwas, das für uns wirklich wichtig ist. Oder vielleicht auch, wenn er stark genug ist, ein Beigeordneter. Aber dann muss er stark genug sein. (SPGK-I_015:68)

Wenn Verantwortliche für die Entwicklung und Umsetzung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzepts keinen ausreichenden Wirkungs- und Verantwortungsbereich besetzen, beeinträchtigt dies nicht nur den Fortschritt des Vorhabens, sondern auch die Motivation der beteiligten Mitarbeitenden.

Eine unzureichende Positionierung führt oft zu eingeschränkten Handlungsspielräumen und stockenden Prozessen, während eine höhere Ansiedlung die Außenwirkung und öffentliche Wahrnehmung des Vorhabens stärkt.

Also es nützt nichts, glaube ich, wenn man jetzt in irgendeiner kleinen städtischen Einheit in einem kleinen Referat sagt, ihr macht die Altersstrategie. Solche Beispiele kenne ich auch, aber das ist dann Pflichterfüllung und die Kollegen oder Kolleginnen verzweifeln ein bisschen, weil sie keinerlei Zugänge haben und auch über nichts verfügen können. (SPGK-I_032:27)

Die Wirksamkeit der Kommunikation wird deutlich gesteigert, wenn die Unterstützung durch die Verwaltungsspitze oder Vertreter der politischen Führung öffentlichkeitswirksam kommuniziert wird. Insgesamt wird deutlich, dass eine hohe hierarchische Verankerung, ein klar formulierter politischer Wille und die langfristige Unterstützung durch relevante Akteure zentrale Erfolgsfaktoren sind. Ergänzt durch externe Strategieberatung und Fachwissen kann die Umsetzung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte effektiv gefördert werden.

3.3.2.2 Bestimmung und Kommunikation von Verantwortlichkeiten

Darüber hinaus stellt die Klärung, eindeutige Benennung und transparente Kommunikation von Verantwortlichkeiten einen entscheidenden Erfolgsfaktor für das Gelingen dar. Die Ermittlung, Bearbeitung und Verbesserung von Themen aus den Handlungsfeldern und zur Daseinsvorsorge sind nicht immer klar einem Zuständigkeitsbereich zugeordnet, zum Teil betreffen sie gleichzeitig mehrere dieser. Deshalb ist die Ansiedelung an eine höhere Hierarchieebene wichtig, damit unklare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten geregelt und benannt werden können.

Da gab es einen Stadtrat, also sowohl Mitglied des Stadtparlaments als auch Behördenchef, der gesagt hat, das mache ich zu meinem Thema. Also es war eine ganz zentrale, wichtige Figur. Der besetzt es auch mit seinem Namen und von so jemand ausgehend, natürlich dann sind Leute in der Verwaltung leichter abzustellen, leichter zu gewinnen, zu überzeugen. (SPGK-L_032:26)

Die teils unklar geregelten oder überschneidenden Zuständigkeiten bei der Bearbeitung identifizierter Maßnahmen stellen für die Akteur*innen eine erhebliche Herausforderung dar und erschweren sowohl die Planung als auch die Umsetzung.

Also so, dass wir jetzt [Seniorenpolitische Konzepte, SW] haben, auf die wir uns da auch mit Maßnahmen konzentrieren wollen auf Landesebene. Und insgesamt ist glaube ich wichtig auch zu sagen, dass die Kommunen natürlich diejenigen sind, die da praktisch die zentrale Rolle spielen, weil sie eben vor Ort das Leben gestalten. (SPGK-L_007:34)

Zur Bearbeitung dieser Themen gilt teilweise ein mehrstufiger Prozess zwischen den Verantwortungsbereichen von Land und Kommune. Dies erschwert zum Teil die Klärung von Verantwortlichkeiten.

Das Land guckt immer auf uns, was wir so planerisch machen, (...) um dann dort tätig zu werden. Also ist die Hauptaufgabe wird oftmals bei uns liegen und hier in dieser Frage sehe ich sie auch, dass sie auf der kreislich-kommunalen Ebene vordergründig liegen wird. (SPGK-L_098:28)

In die Bearbeitung sind häufig mehrere Verwaltungsebenen eingebunden, die jedoch nicht immer ausreichend miteinander abgestimmt sind. Dies führt dazu, dass sie teilweise an denselben Themen arbeiten oder sich in ihrer Arbeit gegenseitig übergehen. Die mangelnde Transparenz erzeugt dabei Unsicherheiten und erschwert die Zusammenarbeit.

Ich habe ein bisschen Sorge, dass da was aneinander vorbeiläuft. Wir wissen voneinander, sicherlich, behaupte ich mal, aber wir fangen zu unterschiedlichen Zeitpunkten an und haben unterschiedliche Aufgabenfelder. Aber irgendwie treffen wir uns doch immer an irgendeiner Stelle. Ich finde das ein bisschen undurchsichtig. (SPGK-L_087:72)

Eine ressortübergreifende Abstimmung der anzugehenden Maßnahmen mit Priorisierungen wird insgesamt helfen die Übernahme von Verantwortung und Verpflichtung zur Bearbeitung zu stärken.

... es sind viele Einzellösungen, da wird sich auch der einzelne Adressat genau überlegen, müssen wir die einzelnen Handlungsfelder bedienen, welche Priorisierung er vornimmt, ob er sie überhaupt bedient. Also, das wird dann ein Abwägungsprozess von den Adressaten oder bei den Adressaten werden. (SPGK-I_098:19)

Die Klärung der Verantwortlichkeiten zwischen Landes- und Kommunalebene sowie der Ressorts untereinander im Kontext der (Weiter-)Entwicklung eines Konzepts und der Umsetzung entsprechender Maßnahmen wird durch eine höhere Hierarchieansiedlung signifikant erleichtert. Eine solche strukturelle Verankerung trägt zur Effizienz der Bearbeitung bei und erhöht sowohl die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Prozesses als auch die Qualität der Ergebnisse.

3.3.2.3 Transdisziplinäre Zusammenarbeit

Die (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung über Sektoren und Gruppierungen der Beteiligten hinweg zu gestalten, wird als Möglichkeit eingeschätzt, gegenseitigen Einblick und Verständnis für die unterschiedlichen Arbeitsweisen und Positionen zu erlangen. Dies steigert die Akzeptanz für Kompromisse. So werden die Nachhaltigkeit und Belastbarkeit der Beschlüsse gesteigert.

Dann ist es glaube ich nochmal ein Erfolgsgarant gewesen, dass wir intern hier eine Arbeitsgruppe Seniorenpolitik hatten, [...], wo alle [...] mit vertreten sind, mit Ansprechpersonen, wo wir praktisch vom Beginn des [Weiterentwicklungs, SW]-prozesses an bis zu dessen Ende alle intensiv eingebunden haben. (SPGK-I_007:28)

Förderlich ist eine entsprechende Übereinkunft zur Zusammenarbeit erzielt zu haben.

Und dann haben alle Bereiche, alle Bereiche der Kreisverwaltung zusammenzuarbeiten. (SPGK-I_093:42)

Ein gemeinsames Verständnis darüber, dass die Bearbeitung der Themen durch ein ressortübergreifendes und schrittweises Vorgehen verbessert werden kann, ist nicht vollständig vorhanden.

Was können wir gemeinsam besser machen? Wie kann so ein Thema unter Einbeziehung der Stakeholder Stück für Stück bearbeitet werden (Verständnis für Prozess und Reichweite schaffen)? (SPGK-Z_125:4)

Eine sektoren- und ressortübergreifende (Weiter-)Entwicklung sowie Umsetzung der Themen eines SPGK fördert einerseits die Akzeptanz und Nachhaltigkeit, andererseits stellt diese Form der Zusammenarbeit häufig eine neue und ungewohnte Praxis dar. In vielen Fällen erfordert sie daher auch spezifische Anweisungen und Orientierung zur effektiven Kooperation.

3.3.2.4 Lösungsorientierung

Sowohl die konkret an den ermittelten Bedarfen ausgerichteten Maßnahmen als auch eine insgesamt strukturierte Vorgehensweise fördern den Erfolg und schaffen Transparenz. Dazu kann es auch sehr sinnvoll sein, zunächst die bereits zuvor beschlossenen Änderungen und Bestimmungen zu sammeln.

Also ich hatte dann mit [...] (der Beauftragten, KS) dann so gesprochen, dass wir [...], schauen welche Beschlusslagen haben wir denn? Und dass wir dann die für uns eigentlich wichtigen Dinge hier so mal rausziehen und dann an den einzelnen Punkten dann hier mal benennen, was ist denn da ganz konkret beschlossen worden? Dass man sich da auch ganz konkret drauf berufen kann. (SPGK-L_033:39)

Eine fundierte Analyse von Bedarfen und deren Ursachen sowie die Ermittlung von hilfreichen Maßnahmen ist ein wichtiger Schritt in der Bearbeitung.

Da muss man wirklich tief forschen, um dann auch die, nicht nur die Symptome zu benennen, sondern auch, woher kommt es denn, [...]. Oder woher kommt es denn, dass [...]. Und wie könnte man das ändern. (SPGK-L_036:87)

Dazu ist eine Klärung des Ziels und eine Bestimmung der Strategie zur Erreichung notwendig und hilfreich.

... sondern erstmal wirklich sagen, was wollen wir eigentlich, was, wann ist unsere Stadt besser, wenn sie ein Alterskonzept hat. (SPGK-L_032:56)

Ein solch strukturiertes strategisches Vorgehen erfordert methodisches Wissen und Kenntnisse über die Stakeholder-Landschaft.

Und dann sozusagen, ich glaube, so ein Strategieprozess von den Zielen an ableiten, was sind die Meilensteine, was kann ich wann erreichen, wen hole ich dazu. Also nicht einfach drauflosarbeiten und jetzt mal in die Bürgerversammlung, weil es irgendjemand gesagt hat und die Ergebnisse passen jetzt aber gerade nicht, (...). Also und lieber fokussiert und weniger ist mehr. (SPGK-L_032:56)

Neben der fundierten Analyse mit Zielbestimmung braucht es gute Kenntnisse über die möglichen weiteren Beteiligten in dem jeweiligen Aufgabenfeld.

In der Bearbeitung der Themen empfiehlt sich das Vorgehen mittels Wirksamkeitslogik.

3.3.2.5 Einsatz von Wirksamkeitsmethoden

Noch genauer benannt werden kann der methodische Ansatz in einer Abfolge von Operationalisierungen, Konkretisierungen und Priorisierungen. Dabei ist die Ermittlung von Objektivitätskriterien eine Hilfe.

Und das heißt, die Wertigkeit von Planungen müssen andere sein, also wir müssen weg von der gefühlten Wirklichkeit hin zu sagen, wir müssen uns jetzt wirklich mal einer faktischen, also wir müssen uns dem Thema fachlich objektiv nähern. (SPGK-L_008:21)

Bei der Priorisierung spielen dringende Bedarfe und die Umsetzbarkeit eine wichtige Rolle.

In der Reihenfolge, ja wenn ein Grundkonzept steht, dann muss man natürlich dann evaluieren, man muss schauen, wie greifen die Handlungsfelder, sind sie aufgegriffen worden, wenn sie aufgegriffen wurden, wie wirken sie. Wirkungsanalyse, dann muss man gucken, ob wirklich das Ziel dann auch alles erreicht wird, so wie man sich das vorgestellt hat. Ansonsten muss man halt nachsteuern. (SPGK-I_098:22)

Der Fokus auf Dringliches und Machbares kann helfen, die Abfolge von priorisierten Umsetzungen vorzunehmen und zu begründen.

Das wäre ihre Aufgabe, das auch zu vermitteln, bisschen dazu vermitteln, auch die Frage zu stellen: „Wo wäre denn bei euch hier in der Gemeinde denn hier so, der vordringliche Bedarf? (SPGK-I_033:44)

Die sofort spürbare Verbesserung ist ebenfalls von großer Bedeutung.

Bereits in den letzten Beratungsrunden mit unseren Amtsleitern und dem Bürgermeister sind wir in den Austausch gegangen, wie wir die kleineren Probleme schnellstmöglich angehen und beheben können. (SPGK-Z_143:1)

Es wird empfohlen, die Reihe der Maßnahmen und Aktivitäten und die Ziele zu erarbeiten und verbindlich festzuhalten.

Und das sollte wirklich erarbeitet sein, also im Sinne von, ich halte es wirklich fest, das sind unsere Ziele, das ist ein Maßnahmenkatalog. (SPGK-I_032:28)

Die beschriebene strategische Vorgehensweise erfordert Wissen, Erfahrung und Geduld. Darüber hinaus ist es wichtig sich fortwährend innerhalb der Stakeholder über das weitere Vorgehen zu verständigen.

3.2.2.6 Handlungsfelder und Indikatoren

Im Rahmen der strategischen Vorgehensweise wird neben der Bedarfsermittlung die Verständigung über die relevanten Themenfelder und deren Beziehung zueinander eine zentrale Herausforderung sein. Diese helfen jedoch bei der Ausrichtung und Zielorientierung der gesamten Initiative. Weitaus komplexer ist die Erarbeitung von Indikatoren, mit oder an denen eine Veränderung (und Wirksamkeitsmessung) über einen gewissen Zeitraum nachgewiesen werden können.

Und da bedeutet es für mich, dass man sich darüber verständigt, dass man gemeinsame Indikatoren hat und gemeinsame Handlungsfelder, die man im Land verfolgt, im Land Mecklenburg-Vorpommern, ... (SPGK-I_016:14)

Eine Einigung auf gemeinsame Indikatoren kann eine zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit und weiterführende Analyse unterstützen. Die Entwicklung von belastbaren, robusten Kennzahlen ist jedoch für manche Bereiche wie Gesundheitsprävention und in der Folge weniger Pflegebedürftigkeit ist hochkomplex und langwierig.

Wo ich mich immer schwer tue noch vielleicht, ist das was Sie auch angesprochen haben, sind Kennzahlen und Daten, also wenn alles gut läuft und die Prävention gut funktioniert, haben wir hinten raus weniger Pflegebedürftige und eine geringere Pflegequote, aber die Umwelt ist komplex, die Einflussfaktoren sind vielfältig. (SPGK-I_007:76)

Die strategische Vorgehensweise in der Bearbeitung und Umsetzung eine SPGK wird als nützlich und sinnvoll eingeschätzt, wenn auch die Anwendung komplex und anspruchsvoll beschrieben wird. Letztendlich wird ein objektivierendes, schrittweises, verzahntes Vorgehen nachhaltige Ergebnisse erzielen.

3.3.3 Methodeneinsatz

Als wichtigen Baustein oder auch Ausgangspunkt werden die Bestimmung der Ausgangslage, durch Datenerhebungen und Analyse genannt. Manche würden hier eher mit einer quantitativen Herangehensweise beginnen, andere befürworten eine qualitative unter Verwendung von Alltagstechniken wie Gespräch, Befragung und Austauschformaten. Als weitere wichtiger Faktor wurden die Berücksichtigung der Bezugsgröße genannt sowie die Einordnung in größere Zusammenhänge wie landes- oder bundesweite Strukturen.

3.3.3.1 Bestimmung der Ausgangslage

Die Ermittlung einer Datenbasis als Ausgangslage und die Definition der Optimierungswünsche und Handlungsfelder ist wichtig um positive Veränderungen belegen zu können.

Deswegen ist die Entwicklung eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes wichtig, indem man natürlich dann auch eine valide Datenbasis aufbauen muss um dann auch im Grunde genommen die Handlungsoptimierung, die Handlungsfelder besser zu definieren können. (SPGK-I_098:13)

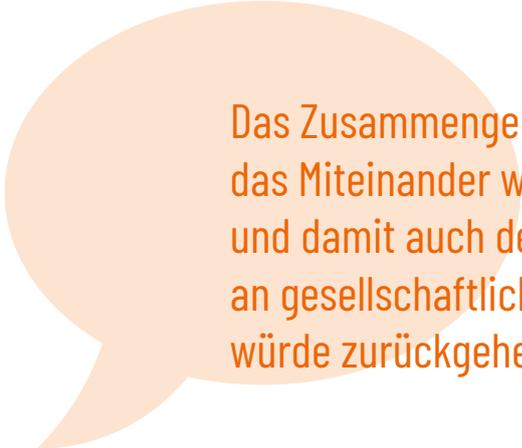
Der auf die zu ermittelnden Bedarfe angepasste, variierende Methodeneinsatz wie Interviews mit unterschiedlichen Personen-Gruppen und die Verknüpfung mit breit geführten Diskussionen wird empfohlen.

Also sowohl Befragungen als eben auch Experteninterviews sein, um herauszufinden, wo wird an welcher Stelle ein Bedarf gesehen, wo gibt es Versorgungslücken? Und (...) ich empfehle immer wieder auch, diese Zwischen- oder Endergebnisse auch im Rahmen der Bedarfsanalyse auf jeden Fall auch noch mal breit zu diskutieren. (SPGK-I_008:34)

Die methodische Vorgehensweise zur Ermittlung der Ausgangslage und der Bedarfe kann sich je nach Bezugsgröße wie Stadt, Kleinstadt und kleines Dorf unterscheiden.

Ich glaube, dass man da ganz unterschiedlich gucken muss, ob es um ein kleines Dorf geht, eine Kleinstadt oder um [Stadt A] oder [Stadt B]. (SPGK-I_015:8)

Nach oder neben der quantitativen Bestimmung der Ausgangslage wird das Erforschen der Situation und die Bedarfsermittlung vor Ort unter Einsatz verschiedener Instrumente empfohlen.



Das Zusammengehörigkeitsgefühl,
das Miteinander würde davon profitieren
und damit auch der teilweise Frust
an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen
würde zurückgehen. (SPGK-L_038:30)

3.3.3.2 Vielfalt und Angemessenheit

Als Erhebungsmethoden eignen sich Umfragen, direktes Gespräch, Werkstätten und Austauschformate, Hinzuziehen von Expert*innen und Bekanntmachen von guten Beispielen. Eine Anwendung von variierenden Methoden ist hilfreich, da es immer persönliche Präferenzen gibt. Auch innovative Formate können attraktiv sein und zur Mitarbeit einladen.

Manche fühlen sich auf gemeinsamen Versammlungen wohl.

| ... Einwohnerversammlung: alle zusammen. (SPKG-Z_165:12)

Je nach Situation, Thema und Bearbeitungsstufe kann ein direktes Gespräch angemessen sein.

| Man muss wirklich, man muss mit den Leuten reden, mit den Menschen reden. (SPGK-L_059:59)

Auch eine Briefbefragung an die gewählte Zielgruppe kann zu einem bestimmten Anlass angebracht sein.

| Man müsste an sich in der Gemeinde oder im Landkreis einfach gezielt an Personen über 80 einfach mal einen Brief rausschicken. Also wir haben mal vor langen Jahren [...] für Senioren eine Bürgerbefragung gemacht. (...) Mal interessant, die wurde [...] initiiert, gab auch 30 Prozent Rückläufer. (SPGK-L_059:63)

Die Vielfalt der möglichen Methoden ist groß. Eine gute Expertise zur Auswahl und Anwendung ist hilfreich.

3.3.3.3 Aktivierung und Limitationen

Aus den veranstalteten Zusammenkünften und Werkstätten können bereits weiterführende Arbeitsgruppen hervorgehen.

| Bis hin zu jeder Art von Zukunftswerkstatt oder von, gibt es in Ostfildern bei Stuttgart, hat man das so Anfang Bürgerversammlung, dann Bürgerwerkstatt, dann runde Tische und da auch so Arbeitsgruppen entstanden. (SPGK-L_032:29)

Die Unterstützung durch Expert*innen oder wissenschaftliche Institute könnten beim Einsatz von Methoden insbesondere Bedarfserhebungen angeraten sein. Ebenso liegen bereits fachlich fundierte Materialien vor, die genutzt werden können.

Also man kann sich, wenn die Chance besteht, sozusagen auch durchaus von Experten da begleiten lassen. (...) Es gibt auch wissenschaftliche Institute, die einem dabei helfen mit ganz elaborierten Bedarfserhebungen. (SPGK-I_032:39)

Die Herausforderung in den Erhebungen besteht darin einerseits „... Repräsentativ ...“ (SPGK-I_073:9) zu sein und andererseits die gesamte Bandbreite der Situation und Bedarfe zu erfassen.

Wir erreichen keine kranken Leute und auch keine armen Menschen zum Beispiel. (SPGK-I_007:15)

Nicht immer ist es leicht, Teilnehmende aus der Bevölkerung zu Datenerhebung und Bedarfsermittlung zu erreichen und motivieren. Attraktiv können innovative und künstlerisch inspirierte Formate sein.

Das kann vielleicht auch den Prozess insgesamt nochmal sehr spannend machen oder gut tun, wenn klar wird, in Format und Erarbeitung wird etwas Innovatives angepackt. Also vielleicht auch einfach eine Methode, die man so nicht kannte, [...] aber irgendeine Art von Auseinandersetzung, von Begegnung, die nicht alltäglich ist, warum nicht, ein Gallery Walk oder so. (SPGK-I_032:53)

Ein gut gewählter Einsatz von adäquaten Methoden zur Bestimmung der Ausgangslage, Bedarfsermittlung und Festlegung von Bearbeitungsschritten in der Bearbeitung eines SPGK ist anspruchsvoll und Limitationen lassen nicht ausschließen. Zur Orientierung können weitreichend verfügbare Quellen und Unterstützungsmöglichkeiten herangezogen werden.

3.3.4 Partizipation

Das Einbeziehen der Akteur*innen und ihrer formellen und informellen Unterstützenden kann einerseits als Methode verstanden werden, ist darüber hinaus auch eine Herangehensweise und Einstellung. Diese erfordert vielseitiges Wissen, Erfahrung, Offenheit und Verständnis. Über Zeitpunkte, Umfang und Dauer, Einzubeziehende und Vorgehensweisen gibt es vielfältige Aussagen und Hinweise.

3.3.4.1 Einbeziehen der Akteur*innen und ihrer Unterstützenden

Das frühe und dauerhafte Einbeziehen der Zielgruppen und ihrer Unterstützenden in die Bedarfsermittlung, die Identifikation von Maßnahmen und deren zielführende Umsetzung ist ein wichtiger Gelingensfaktor.

..., dass man grundsätzlich die Netzwerkpartnerinnen und Partner braucht, das ist ganz, ganz wichtig. Man muss mit Betroffenen reden, man muss mit Vertreterinnen und Vertretern dieser Betroffenen (...) manchmal auch vulnerablen Gruppen sprechen. Ansonsten geht es nicht. (SPGK-I_073:12)

Besonders das frühe Einbeziehen im Verlauf kann das Vertrauen und die Zustimmung erhöhen.

Also im Prinzip da auch Beteiligung frühzeitig zu ermöglichen, hat glaube ich geholfen, alle mitzunehmen ... (SPGK-I_007:28)

Die Gestaltung von längerfristiger Beteiligung ist anspruchsvoll.

Wichtig ist nur, dass man möglichst, wenn man das will, wenn man beteiligen will, dass man die Beteiligung auch so macht, dass die meisten sich bis zum Ende mitgenommen fühlen. (SPGK-I_015:67)

Die Art und Größe der Formate können stark variieren und müssen den Gegebenheiten, Themen und natürlich vorhandenen Ressourcen angemessen sein. Die konkreten Angebote der Beteiligung müssen vor Ort erfragt und ausgetestet werden.

Das muss man, glaube ich, vor Ort herausfinden, wie das konkret ist und wie man die Leute ansprechen kann. Man wird es schlichtweg an der Resonanz merken, ob das, was man dort anbietet (...), an Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten den Nerv der Leute trifft, ob das aktiv genug ist. (SPGK-I_016:37)

Das frühzeitige und umfangreiche Ermöglichen von Partizipation bei der Erstellung und Weiterentwicklung eines SPGK und deren Umsetzung gilt nicht nur für die Zielgruppe, sondern auch für die Unterstützenden in deren Umfeld. Die wichtigen Bedarfe und Problemlagen können so schnell und fundiert identifiziert werden und es fördert die Zustimmung und Vertrauen für das Vorhaben. Es braucht Wissen und Erfahrung für den Einsatz von Partizipation sowie eine Offenheit zum Ausprobieren und Anpassen dessen.

3.3.4.2 Partizipation als Instrument

Aus partizipativen Formaten können weiterführende Aktivitäten entstehen, die sich unterstützend im Bereich der Maßnahmen des SPGK auswirken

Ich persönlich, wenn ich sowas machen müsste, würde es immer verbinden mit Formaten der Aktivierung und Beteiligung vor Ort. (SPGK-I_015:10)

Die gemeinsame, beteiligungsorientierte Bearbeitung kann das Gemeinschaftsgefühl stärken.

Für uns war das Projekt ein voller Erfolg. Wir haben Menschen konkret angesprochen, sodass sie sich aktiv beteiligen und mit uns zusammenarbeiten. Es war toll zu sehen, wie innerhalb weniger Stunden an unterschiedlichen Tischen bzw. Arbeitsgruppen eine Gemeinschaft entstanden ist. (SPGK-Z_143:1)

Aus dem Angebot der Beteiligung kann wertvolle Unterstützung und Mitarbeit in der SPGK-Bearbeitung entstehen sowie das Gemeinschaftsgefühl gestärkt werden.

Die Einladung zur Partizipation bei fundierter Bedarfsermittlung kann als Wertschätzung, als Motivation zur Mitarbeit, um Teilhabe anzubieten, gegen Einsamkeit und als Grundlage für tragfähige Kompromisse dienen. Aus partizipativen Formaten und Arbeitsweisen können sich Arbeitsgruppen und Netzwerke entwickeln, die in Formen von bürgerschaftlichem Engagement münden können. Alle genannten Effekte von Partizipation steigern so die Identifikation mit den weiteren Vorgehensweisen in der SPGK-Bearbeitung und Maßnahmenumsetzung.

Für uns war das Projekt (Zukunftswerkstatt) ein voller Erfolg. Wir haben Menschen konkret angesprochen, sodass sie sich aktiv beteiligen und mit uns zusammenarbeiten. Es war toll zu sehen, wie innerhalb weniger Stunden an unterschiedlichen Tischen bzw. Arbeitsgruppen eine Gemeinschaft entstanden ist. (SPGK-Z_143:1)

3.3.5 Entscheidungen

3.3.5.1 Klären und Benennen der Entscheidungsverantwortung

Im Verlauf der verschiedenen Bearbeitungsstationen wird die Frage nach Entscheidungsbefugnissen und -wegen sowie dem Umgang damit wichtig werden. Transparenz und Kenntnisse über die Entscheidungswege und Einflussmöglichkeiten inklusiver zielgruppengerechter Kommunikation dazu steigern die Motivation zur Mitarbeit und die Identifikation mit den getroffenen Beschlüssen.

Nicht immer sind die unterschiedlichen, festgelegten und verhandelbaren Befugnisse den Beteiligten bekannt.

Unsere Befugnisse sind ja mal gesetzlich festgelegt.
Das sind die Gemeindevertretung, Kreistag. (SPGK-I_087:39)

Eine Wissensvermittlung gegenüber den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu diesen Themen liegt in der Verantwortung der Verwaltung und manchen politischen Gremien.

Und dafür ist es eben wichtig, herauszufiltern, welche Dinge können wir tatsächlich beeinflussen und welche können wir nicht beeinflussen. (SPGK-016:31)

Für die nicht immer leicht zu verstehenden Zusammenhänge bei den Entscheidungsstrukturen wird sich Transparenz gewünscht.

Also ich würde sagen, das Wichtigste ist dabei Transparenz, das mag ja sehr unterschiedlich sein, in einem Fall ist es wirklich nur ein Amt, im anderen Fall entscheidet der Stadtrat oder ähnliches, aber es muss transparent sein, glaube ich, welche Entscheidungsstrukturen da tatsächlich gelten, wie weit Beteiligung geht. (SPGK-I_032:43)

Die Benennung und das Aufklären von Einflussmöglichkeiten und Entscheidungswegen, sowie die Informationen darüber sind für die Beteiligten innerhalb der (Weiter-)Entwicklung eines SPGK von großer Wichtigkeit. Verbindlichkeit und nachvollziehbares Handeln sichert die Zustimmung und Unterstützung.

3.3.5.2 Zuverlässigkeit und Transparenz in Entscheidungsprozessen

Auch wenn im Vorhinein keine Zugeständnisse gemacht werden können oder die Ergebnisse nicht wie gewünscht ausfallen, ist die Zusicherung von deren Berücksichtigung bedeutsam.

Aber dass das nicht sozusagen jetzt Entscheidungsgegenstand sein konnte, auch jetzt in diesem Fortschreibungsprozess, weil da schon mehr dranhängt, sag ich mal, und was Grundsätzliches dranhängt. Also insofern schon der Versuch klarzumachen, die Entscheidung treffen die Ministerinnen und Minister letztendlich bei dem Papier, aber eure Vorschläge fließen da irgendwie mit ein. (SPGK-I_007:63)

Ebenso können finanzielle Voraussetzungen einen Einfluss haben oder bestimmte Themen später als gewünscht auf die Bearbeitungsagenda gesetzt werden,

Das andere ist, was sozusagen die Finanzen hergeben, die sind endlich und begrenzt, auch im Landeshaushalt und dann muss man schauen, wie da Prioritäten gesetzt werden, also das ist natürlich auch dann eine Geschichte, wo man dann nicht letztendlich immer sozusagen dann den Erfolg garantieren kann. Und dann bedarf es natürlich auch immer einer Abstimmung mit allen Ministerien und Häusern, auch was die [...] (SPGK, SW) betrifft, insofern muss es da auch Kompromisse geben. Und das sind so Sachen, die man dann eben auch offen transparent machen muss und dann können alle auch sozusagen eigentlich mit dem Ergebnis umgehen und leben. (SPGK-I_007:22)

Eine verlässliche und ehrliche Kommunikation über die Entscheidungsprozesse sichern das Vertrauen in die Zusammenarbeit und erhöhen die Bereitschaft zu Kompromissen.

3.3.5.3 Einbeziehen und Unterstützen

Die Beteiligungs- und die Einflussmöglichkeiten der zivilgesellschaftlich Engagierten für Entscheidungen auf kommunaler Ebene zu unterstützen ist angebracht und fördert das Vertrauen in die sektorenübergreifende Zusammenarbeit.

Und so eine Vorlage für die kommunale Entscheidung, für die Kommunalpolitik ist ja auch nicht so ganz ohne. Also die zu formulieren, wie ist es richtig, damit ich das auch durchkriege und so. Also da bräuchte man dann wirklich auch die Unterstützung der Bürokraten, die im Hintergrund sitzen und eigentlich auch diese Arbeit machen. (SPGK-I_053:38)

Eine Erweiterung der Kompetenzen für zivilgesellschaftlich Engagierte ist letztendlich ein Zugewinn im Bereich der SPGK-(Weiter-)Entwicklung und Umsetzung. Dabei können Verantwortungsbewusstsein und Identifikation mit den demokratischen Vorgehensweisen gestärkt werden.

Und dass diese Sichtweise auf Seniorenpolitik es möglich macht (...), dass in den jeweiligen Landkreisen, (...) in den kleinen Kommunen tatsächlich basisdemokratische und zivilgesellschaftliche Instrumente die Möglichkeit bekommen, (...) ihre eigene Seniorenpolitik aufzubauen und zu gestalten. (SPGK-I_016:14)

Die Notwendigkeit, Entscheidungswege, Befugnisse und Einflussmöglichkeiten für Bürger*innen und zivilgesellschaftlich Engagierte transparent zu machen sowie Zuverlässigkeit und Unterstützung darin, sind ein weiterer Gelingensfaktor im SPGK-Prozess.

3.3.6 Kommunikation

Die zielgruppengerechte und wertschätzende Kommunikation über Ziele, Vorgehensweisen, Erfolge und Aktivitäten im gesamten Prozess der Erstellung, Umsetzung und Weiterentwicklung eines SPGK sind ein überaus wichtiger Bestandteil und Erfolgsfaktor. Die zuvor besprochene Einbeziehung von Zielgruppen und deren Unterstützenden gelingt nur durch entsprechende Ansprache. Vielfach gewünschte Transparenz kann nur durch aufrichtige Kommunikation hergestellt werden.

3.3.6.1 Zielgruppengerechte Ansprache

Das beständige Zugehen und Einbeziehen auf die beteiligten Zielgruppen wird durch verschiedene Wege der Kommunikation und Ausrichten von Veranstaltungen erreicht werden.

Und das da wieder in erster Linie über Kommunikation aufeinander zugehen oder vielleicht auch über Veranstaltungen. (SPGK-I_015:80)

Oft wird bemängelt, dass nicht genug miteinander gesprochen wurde, was das Zuhören einschließt.

Noch mehr miteinander reden und zuhören. (SPGK-Z_165:14)

Es wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass es vielfältige Formen der Ansprache und der Bereitstellung von Information geben muss, dazu gehören sowohl analoge und als auch digitale Wege. Auch die Begegnungsorte der Senior*innen müssen einbezogen werden.

Das heißt, wir müssen, wir können nicht den reinen Internetauftritt nehmen. Wir können nicht nur Social Media bedienen. Wir müssen praktisch auch mit Papier arbeiten. In diesem Bereich ist es auch ganz wichtig. Wir müssen in die Begegnungsorte gehen und dort auch sozusagen Informationen streuen. Das ist ganz wichtig. Also ich bin der Meinung, man muss immer die Leute transparent auf dem Laufenden halten, wie der aktuelle Stand ist und auch immer wieder dazu einladen, mitzuwirken. (SPGK-I_073:36)

Die verschiedenen Generationen der Zielgruppen können unterschiedliche Präferenzen zu den Wegen der Kommunikation haben. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Altersgruppe der jetzt 55- bis 65-Jährigen digitale Werkzeuge nutzen (werden).

3.3.6.2 Ausdruck von Wertschätzung

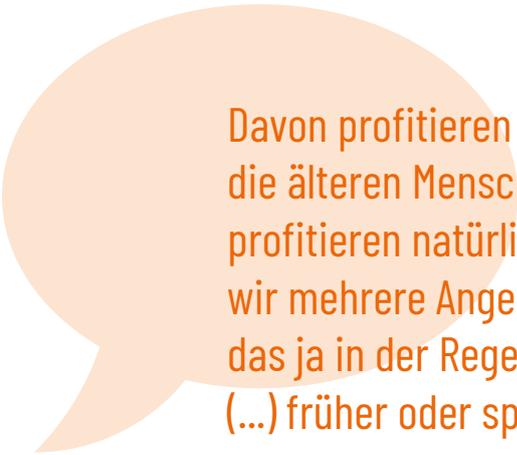
Die Ansprechbarkeit und das ernsthafte Befassen mit den Themen und Problemen der älteren Menschen erzeugt ein Gefühl der Wertschätzung. Dies schafft Vertrauen in der gemeinsamen Bearbeitung der Themen. Gleichwohl muss die Rückkoppelung verbindlich und aufrichtig geschehen.

Also, dass man auch deutlich macht, wir nehmen euch wahr, wir nehmen euch ernst und wir wertschätzen euch auch damit und dann ist es eben nicht immer so zentral, dass man da sofort eine Lösung parat hat, sondern dass man schon deutlich macht, ja, das kommt mit hier sozusagen in die ganze Diskussion, auch in der Verwaltung, in Politik, das transportiere ich und dann müssen wir schauen, wie da dann eine Lösung aussehen kann. (SPGK-I_007:21)

Ein intensiver Austausch bei einer der Zukunftswerkstätten hat die Erfahrung von Wertschätzung bei den Teilnehmenden hervorgebracht und das Gefühl, einen gesellschaftlichen Beitrag leisten zu können.

..., merke ich immer wieder, dass es oft nur einen Raum braucht um a) gesehen und gewertschätzt zu werden, b) Erfahrungen laut auszusprechen, Gedanken zu teilen und gehört zu werden, und c) zu spüren, dass man noch einen wichtigen sozialen/gesellschaftlichen Beitrag leistet/leisten kann. (SPGK-Z_142-24)

Eine wertschätzende Kommunikation dient als ein zentrales Element in der Gestaltung der Zusammenarbeit im Rahmen der Bedarfserhebungen und Konzeptbearbeitungen.



Davon profitieren grundsätzlich erst einmal die älteren Menschen. Aber grundsätzlich profitieren natürlich alle davon. Wenn wir, wenn wir mehrere Angebote schaffen, dann betrifft das ja in der Regel alle Bevölkerungsgruppen (...) früher oder später. (SPGK-I_073:15)

3.3.6.3 Verantwortlichkeiten

Die Verantwortung für die Sicherstellung der Kommunikation im Rahmen eines SPGK liegt auf der Seite der initiiierenden Verwaltung.

Aber dazu gehört eine sehr intensive Aktivität und Kommunikation von Landkreisseite dazu. [...] Also ich kenne Landkreise, die machen das wirklich oder versuchen das wirklich. Und manche Bürgermeister machen da mit. (SPGK-I_015: 39)

Die Bereitstellung von Informationen zu Angeboten und Versorgungsstrukturen der Verwaltung sollten gegebenenfalls darauf geprüft werden, wie diese bei der Zielgruppe ankommt.

... die Senioren aus ihrer Perspektive vieles negativ sehen. Und wenn ich das aber aus Sicht der Verwaltung sehe, denke ich, es ist schon vieles da, was aber die Senioren gar nicht so sehen. (SPGK-I_058:9)

Es ist notwendig eine gute Kommunikation zwischen den Beteiligten bei der (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung eines SPGK aufrechtzuerhalten und die Verantwortlichkeiten diesbezüglich gut abzustimmen. Die Rezeption der geteilten Informationen ist wichtig zu überprüfen.

3.3.6.4 Kompetenzen

Die gelingende Einladung, Vorbereitung und Durchführung von Austauschformaten benötigen Kenntnisse und Erfahrungen. Dazu sind ansprechende, zielgruppenspezifische Werbung notwendig und häufig auch persönliche Kontakte.

Fazit: Es braucht sehr viel Vorbereitung, sehr viel Fach-Expertise, gute und breite Werbung und Ansprache. Hilfreich ist immer die persönliche Ansprache und wenn vor Ort auch Menschen teilnehmen, die den anderen schon bekannt sind. (SPGK-Z_194:11)

Durch das gemeinsame Bearbeiten bei geeigneten Formaten können Teilnehmende Kompetenzen zur Artikulation ihrer Bedürfnisse erlangen.

In der Gruppenarbeit zeigte sich für mich erneut, was ich auf den anderen Veranstaltungen schon wahrgenommen habe: Es fällt den Menschen nicht so leicht Lösungen zu benennen. Die Probleme und gefühlten Herausforderungen zu positionieren, ist so m. E. leichter, vielleicht geübter. (SPGK-Z_200:9)

Mit den Zielgruppen einen intensiven Austausch zu gehen, drückt Wertschätzung aus. Im Rahmen von gut angeleiteten Workshops können Befragte auch Kompetenzen erweitern, um ihre Bedarfe zu formulieren.

3.3.6.5 Außenwirkung

Einen positiven und öffentlichkeitswirksamen Rahmen zu schaffen für einen SPGK-Prozess, quasi eine gute Kampagne, wird als sehr hilfreich eingeschätzt. Dazu gehören auch Print-Produkte und ein guter Name.

Und dann, glaube ich, ist es auch ganz wesentlich, wirklich was zu erarbeiten, was sichtbar ist, was einfach ausformuliert, ein Druckwerk mit einem Titel, mit einem Namen. (SPGK-I_032:28)

Das Setzen eines Rahmens, der positiv und potentialorientiert wahrgenommen wird, ist als gewichtig genannt worden.

Also, es muss sozusagen, es muss immer auf der, es muss immer positiv geframed werden. „Neu starten“, nicht, „Noch nicht aufhören“. (...) Ja, ja, das ist ganz wesentlich, würde ich hier in dem Zusammenhang auch immer wichtig finden. (SPGK-I_032:60)

Zur Wirkungskraft eines solchen Programms gehören gut gewählte Namen und Bezeichnungen um interessant und einladend zu sein.

Also Begrifflichkeiten, glaube ich, sind auch nochmal wichtig, Seniorenpolitisches Gesamtkonzept, da hätte ich keinerlei Interesse. (SPGK-I_032:56)

Die Bedeutung von Kommunikation als Element bei der Bearbeitung eines SPGK und deren Umsetzung wurde aufgezeigt. Dabei sollten nicht nur die Wahl der Wege und Mittel wohlüberlegt sein, sondern auch die zielgruppengerechte Ansprache. Auch dazu braucht es die Klärung der Verantwortlichkeiten und ein differenziertes Verständnis zu Art und Wichtigkeit der Bereitstellung der Informationen und Einladungen bei der Bearbeitung. Zuverlässige und

aufrichtige Kommunikation kann Transparenz und Vertrauen herstellen. All dies braucht bestimmte Kompetenzen, all das ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Zudem kann und sollte ein ansprechender, positiv wahrgenommener Rahmen ähnlich einer Kampagne der Sache sehr dienlich sein.



Das ist der Mehrwert, der aus diesem gemeinsamen Handeln heraus resultiert. Und wir durchbrechen da eben dieses klassische Zuständigkeitsprinzip, wo jeder nur seinen Teil der Welt sieht, aber das Gesamtthema nicht gesehen wird oder nicht gelöst wird. Insofern da auch zu versuchen zu vernetzen und gemeinsam dann die Sachen übergreifend anzugehen, ist glaube ich deutlich der Vorteil auch von so einem Gesamtkonzept. (SPGK-I_007:79)

3.3.7 SPGK als Instrument

Die Frage „Warum soll ein seniorenpolitisches Konzept erstellt werden und was wird uns das bringen?“ kann damit beantwortet werden, dass gerade eine derart umfassende Herangehensweise die verschiedenen, großen Aufgaben der Bewältigung komplexer und sich weiter veränderter Daseinsvorsorge gerecht werden kann. Die Erarbeitung und Umsetzung eines solchen Konzepts kann, wenn es entsprechend gestaltet wird (siehe Qualitätskriterien Kapitel 3.3.9), auf mehreren Ebenen Vorteile bringen, Generationengerechtigkeit fördern und ein Instrument sein um den bestehenden und kommenden Herausforderungen zu begegnen.

3.3.7.1 Förderung der Generationengerechtigkeit, Qualität und Nachhaltigkeit

Die Verpflichtung zur ressortübergreifenden Beteiligung, kann den Mehrwert der Qualitätssteigerung und Ressourceneffizienz bringen und einen Vorteil in der Wahrnehmung und Bearbeitung des Gesamtthemas.

Alle verpflichtet (sind, SW), da auch etwas zu tun. Das ist der Mehrwert, der aus diesem gemeinsamen Handeln heraus resultiert. Und wir durchbrechen da eben dieses klassische Zuständigkeitsprinzip, wo jeder nur seinen Teil der Welt sieht, aber das Gesamtthema nicht gesehen wird oder nicht gelöst wird. Insofern da auch zu versuchen zu vernetzen und gemeinsam dann die Sachen übergreifend anzugehen, ist glaube ich deutlich der Vorteil auch von so einem Gesamtkonzept. (SPGK-I_007:79)

Die Einsetzung und Bearbeitung eines SPGK wird als nachhaltiges und langfristiges Programm gewünscht.

Es wäre mein großer Wunsch, dass das nicht so eine einmalige Sache ist, sondern eben nachhaltig ist. (SPGK-I_087:63)

Wenn durchgängig die Belange der Älteren Menschen beachtet und berücksichtigt werden, da „gibt ja so große Bereiche, die definitiv allen Nutzen“ (SPGK-I_032:18). Insgesamt wird es als Steigerung der Ergebnisqualität gesehen, wenn bei den Bearbeitungen und Beschlüssen zu Maßnahmen die Senior*innen einbezogen wurden.

Naja, bei allen Dingen, die in der Stadtvertretung beschlossen werden, dann umgesetzt werden, daran merkt man es letzten Endes. Oder wenn eine Initiative auch ergriffen wird, (...), die von den Stadtvertretern beschlossen wird, dass man sagt: „Okay, bei allen Dingen, da haben wir an die Senioren gedacht. (SPHK-I_029:17)

Dabei ist die bereits strategische und priorisierte Herangehensweise wichtig, um zeitnahe, erlebbare Erfolgserlebnisse für die Beteiligten zu generieren und eine Strahlkraft für das Unterfangen zu erzeugen.

Und wenn man die gestaltbaren Dinge in den Vordergrund stellt und die Menschen tatsächlich das Erlebnis haben, in den Bereichen Erfolge zu spüren, kann man, glaube ich, auch über einen längeren Zeitraum diese Prozesse gut begleiten, weil „Tue Gutes und rede drüber und erfahre, was du gemacht hast“, ist einfach so ein Grund, eine Grundlage, um uns selbst zu engagieren, merken wir ja bei uns auch. (SPGK-I_016:31)

Insbesondere für ältere Menschen ist es wichtig, beizeiten zu erleben, dass konkret Maßnahmen getroffen werden und sich Verbesserungen einstellen.

Also es ist viel (...) gedacht und auch geschrieben, aber umgesetzt ist ganz, ganz, oder wird ganz wenig und es dauert alles viel zu lange. (SPGK-I_038:17)

Die ressortübergreifende, generationenübergreifende und zügige Bearbeitung von Themen wirken sich positiv auf die Nachhaltigkeit aus.

3.3.7.2 Möglichkeiten für Engagement erweitern

Die demografische Entwicklung bietet auch Chancen, so ist es „hochinteressant für diese Bevölkerungsgruppe, die auch anders alt wird als vorangegangene Generationen, (...) tatsächlich attraktive Beteiligungsmodelle zu entwickeln.“ (SPGK-I_016:20)

Die steigenden Herausforderungen des demografischen Wandels treffen auf eine große Gruppe von zukünftigen Rentner*innen, für die eine Vielfalt von Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen oder weiterentwickelt werden müssen.

Da sind sicherlich die Überlegungen, wie setzt man da an, wie entsteht so eine zivilgesellschaftliche Unterstützung ganz unterschiedlich. (SPGK-015:8)

Um das Potential der kommenden großen Gruppe der Rentner*innen zur Einbindung in zivilgesellschaftlichem Engagement zu nutzen, braucht es gute, vielfältige, ansprechende Formen und Konzepte.

3.3.7.3 Förderung von nachbarschaftlichen Netzwerken

Eine Möglichkeit den Herausforderungen der prognostizierten Entwicklungen zu begegnen ist eine Initiierung und Förderung von nachbarschaftlichen Netzwerken in kommunalen Settings. Die Quartiere und Dörfer als Bezugsrahmen für das alltägliche Leben und der Daseinsversorgung bieten sich an, um im Bereich des ehrenamtlichen Engagements Hilfsangebote und Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen. Damit diese entstehen und weiterbestehen können, braucht es Anstöße, Unterstützung und gute Beispiele.

Und dann bin ich wieder bei der Zivilgesellschaft oder bei diesem Unterstützen. Wie können wir vor Ort solche sorgenden Quartiere, Gemeinschaften initiieren? Das wäre die Aufgabe aus meiner Sicht für Seniorenpolitische Gesamtkonzepte. (SPGK-I_015:9)

Das ist insbesondere wichtig, da familiäre Strukturen sich verändern.

Aber wie gesagt, es ist ja keiner mehr da, der zu Hause pflegen kann. (SPGK-I_087:27)

Die zunehmend schwerer sicherzustellende medizinische Versorgung erfordert ein Entwickeln und Fördern von alternativen Versorgungs- und Zusammenlebens-Modellen.

Dann würde es zum Beispiel auch, gerade was ich auch sehe, die medizinische Versorgung. (.) Das wird nochmal eine große Herausforderung werden, wenn man da nicht gemeinsam guckt, was könnte man anbieten. Welche alternativen Projekte gäbe es, die wir stärken sollten. (SPGK-I_058:15)

Das Entwickeln und Fördern von nachbarschaftlichen Netzwerken vor Ort kann ein Mittel sein, um den sich verändernden Bedingungen zu begegnen, welche durch den Einsatz eines SPGK aufgegriffen und bearbeitet werden können.

3.3.7.4 Mehr Zufriedenheit und Imagewandel

Die umfassende und integrierte Bearbeitung kann die Zufriedenheit der Bürger*innen und das Ansehen der verwaltenden Institutionen stärken.

Weil die möglicherweise mehr zufriedene Bürger hätten. Also weniger Beschwerden. (.) Die Verwaltung hätte dann vielleicht auch ein anderes Image, ein anderes Ansehen. (SPGK-I_058:12)

Viele Teile der Gesellschaft wie Verwaltung, Versorgungsanbieter und Engagierte aus der Zivilgesellschaft können von einem SPGK profitieren.

Und davon profitieren natürlich alle Bereiche der Gesellschaft. Also davon profitiert Pflege, davon profitiert (...) die kommunale Selbstverwaltung, davon profitieren die Landkreise, weil sie aktive Akteure unterstützen. (SPGK-I_016:20)

Die Erfahrungen mit dem Einsatz von seniorenpolitischen Konzepten zeigt im Verlauf eine positive Veränderung der Stimmung in der Region sowie eine Motivationssteigerung.

Das ist schon eine Entwicklung, die auch vielleicht die Stimmung ein bisschen dreht und positiv beeinflusst und diese Regionen, die sich ja oft als benachteiligter sehen, dann auch wieder sozusagen anders motiviert, da unterwegs zu sein. (SPGK-L_007:48)

Von der Steigerung der Zufriedenheit der Bürger*innen und dem Ansehen der Verwaltung und Versorgung profitieren alle Teile der Gesellschaft.

3.3.7.5 Stärkung der Teilhabe

Die Notwendigkeit, die zum Teil vernachlässigte Zielgruppe der älteren Menschen stärker in den Blick zu nehmen und deren Teilhabe zu verbessern, gelingt besser über eine Gesamtstrategie.

Es gibt ein Agreement, wir müssen gemeinsam, alle Ministerien auch dafür sorgen, dass die Älteren hier mitgenommen werden und sie berücksichtigen und das kriegen Sie am besten über so eine Gesamtstrategie hin. (SPGK-L_007:79)

Das Einbeziehen und Berücksichtigen der Bedarfe der älteren Menschen wird sich langfristig positiv auf alle Gruppen auswirken, so auch die Angebotserhöhung.

Davon profitieren grundsätzlich erst einmal die älteren Menschen. Aber grundsätzlich profitieren natürlich alle davon. Wenn wir, wenn wir mehrere Angebote schaffen, dann betrifft das ja in der Regel alle Bevölkerungsgruppen (...) früher oder später. (SPGK-L_073:15)

Die Stärkung der Teilhabe über ein sektoren- und ressortübergreifendes Einbeziehen und Berücksichtigung der älteren Menschen und ihrer Bedürfnisse kann insbesondere durch den Einsatz eines SPGK geschehen. Letztendlich werden alle Teile der Gesellschaft davon profitieren.

3.3.7.6 Erleben von Selbstwirksamkeit

Bei der Beteiligung und Bearbeitung der Themen des SPGK ist es notwendig wahrnehmen zu können, dass Dinge sich zum Positiven verändern können.

Und dieser Gedanke muss, glaube ich, deutlich auch in so ein Verständnis hineinkommen, dass man Erfolgsfaktoren von den Dingen, die man tatsächlich bewegen kann, spürt. (SPGK-L_016:31)

Auch das Zusammengehörigkeitsgefühl kann durch die Bearbeitung eines SPGK gesteigert werden und bereits gemachte Erfahrung von Enttäuschung an der Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen hätte eine Chance sich zu verändern.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl, das Miteinander würde davon profitieren und damit auch der teilweise Frust an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen würde zurückgehen. (SPGK-L_038:30)

Es wird angegeben, dass dies dem Zuspruch zu Kräften aus dem rechten politischen Spektrum entgegenwirken würde.

... das Erstarken von Kräften im rechten Bereich würde sicherlich dann nicht zutreffen, da würden die sogenannten demokratischen Parteien davon profitieren. (SPGK-L_038:30)

Das Erleben von Selbstwirksamkeit im Zusammenhang mit Engagement und der Bearbeitung von Themen im SPGK kann das Vertrauen in die gesellschaftlich, demokratischen Prozessen erhöhen und die Identifikation mit diesen stärken.

3.3.7.7 Synergieeffekte schaffen und Ressourceneinsatz verbessern

Die sektoren- und ressortübergreifende Herangehensweise bei der Bearbeitung kann durch Erkennen von Zusammenhängen und der optimierten Bearbeitung Mittel und Kräfte einsparen.

Deswegen ist ein Seniorenpolitisches Gesamtkonzept wichtig, dass wir dann aus dieser rein punktuellen Betrachtungsweise von manchen Personen beziehungsweise Problemlagen her abgeleiteten Themen natürlich tiefer schrauben müssen. (SPGK-I_098:13)

Dies kann auch bedeuten, dass „... es dann Erkenntnisgewinn gibt für alle.“ (SPGK-I_008:21)
Nicht nur eine verzahnte Bearbeitung kann letztendlich Ressourcen einsparen, es gibt Ideen und Vorschläge zur Angebotsoptimierung.

Aber insgesamt, wenn man sagt, man richtet das Konzept dann heraus und sagt, ich biete thematisch das an den Pflegestützpunkten oder bei anderen Beratungsstellen, die wir haben, bei den Familienberatungen oder so. Man muss es ja bloß anbieten. [...] Das wir sagen: Ihr habt ja zentrale Orte im Ort oder zentrale Gebäude oder Anlaufstellen im Ort, die aus irgendeinem Grunde aufgesucht werden. [...], ich meine, das brauchen wir den meisten Bürgermeistern gar nicht sagen, das sollten aber schon Multifunktionsorte sein, dass man dann auch solche Sachen mit anbieten kann. (SPGK-I_033:40)

Die Notwendigkeit und Möglichkeit von Kostenersparnissen durch den Einsatz von präventiven Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung eines SPGK wird formuliert.

Und ich denke, das wird teuer. Ich denke, das wird sehr, sehr teuer, wenn man nicht jetzt präventiv und nachhaltig etwas macht. (SPGK-I_087:27)

Die Veränderung hin zu mehr Alters- und Familienfreundlichkeit kann letztendlich auch die Attraktivität der Orte steigern und somit Zuzüge und mehr Wirtschaftskraft bedeuten.

Es kann auch ein Wirtschaftsfaktor sein, zu sagen, wir sind ein Ort nicht nur familienfreundlich, damit wirbt jeder, wir sind altenfreundlich. (SPGK-I_032:35)

Die vernetzte Bearbeitung von Themen des SPGK bietet Vorteile der Ressourcenoptimierung. Eine Veränderung zu mehr Alters- und Familienfreundlichkeit kann sich als positiver Wirtschaftsfaktor auswirken.

3.3.7.8 Wahrnehmung der Verantwortung

Eine Veränderung des Mindsets auf den Ebenen von Verwaltung, Politik und im persönlichen Bereich hin zu mehr Verantwortung wird als notwendig aber auch als Chance eingeschätzt.

Wenn wir dann wieder überlegen, dass grundsätzlich in Bezug auf die Hauptverantwortung in der kommunal-gemeindlichen Ebene liegt, macht es auch wieder Sinn, dass [...], natürlich uns Gedanken

machen, wie in der Fläche das veränderte Leben zukünftig gestaltet werden müsste, um es gut und annehmbar darzustellen. (SPGK-I_098:10)

Dazu bedarf es einer potentialorientierten Sicht- und Herangehensweise.

Ich sage, Demografie ist eine Entwicklung, die jetzt kommt, die auch relativ sicher ist und die absehbar war. Und wir müssen sozusagen diese Herausforderung auch als Chance sehen und schauen, wie wir eben das Potenzial heben, ... (SPGK-I_007:70)

Ein proaktives Herangehen an die Herausforderungen mithilfe eines SPGK kann Sicherheit und Zuversicht erzeugen.

Also man wäre ohnmächtiger dem gegenüber, man fühlt sich dann wahrscheinlich ausgelieferter, wenn ich mir überraschen lasse, jetzt kommt Zuzug, jetzt die Binnenmigration, die Alten kommen oder ich bin davon überrascht, ich weiß gar nichts. (SPGK-I_032:36)

Die Berechnung der zu erwartenden Belastung durch Pflegebedarf den Chancen und Einsparungen von Präventionsmaßnahmen auf individueller Ebene gegenüberzustellen, kann den Fokus verändern.

Was wird denn daraus? Das sind Pflegefälle, die uns so zur Last fallen. Wenn wir, wir zäumen das Pferd immer von hinten auf. Wir müssen doch erst mal ausrechnen, was würde uns denn so etwas bringen? Welche Chancen und welche Einsparungen vielleicht auch für die Zukunft, wenn ich die Leute (...) alleine oder selbstständig halte, fit halte und so weiter. Da spare ich doch mir auch Geld. Warum rechne ich denn das nicht mal gegen? (SPGK-I_053:22)

Es braucht ein Umdenken, was die Eigenverantwortung angeht in Bezug auf die eigene Vorsorge und präventive Verhaltensweisen.

Also das denke ich, ist immer so die falsche Denkweise (...) der Leute, die jetzt in Arbeit sind und meinen (...), es geht alles an ihnen so vorüber. Wenn sie Glück haben, werden sie alt. (SPGK-I_053:22)

Wie aufgezeigt, kann die Initiierung und der kontinuierliche Einsatz eines SPGK viele Menschen und Zielgruppen „mitnehmen“, sie motivieren sich kürzer oder längerfristig in diesen Bereichen zu engagieren und einen gemeinsamen Lernprozess zu durchlaufen. Dies erzeugt eine Kompetenzerweiterung bei allen Beteiligten sowie mehr Vertrauen. Die Teilhabemöglichkeiten insbesondere für ältere Menschen können gesteigert werden sowie gleichsam die Generationengerechtigkeit insgesamt. Auf individueller und lokaler Ebene wird durch Beteiligung, wenn sie partizipativ und wertschätzend begleitet wird, die Erfahrung von mehr Selbstwirksamkeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Das frühzeitige und verzahnte Bearbeiten von Maßnahmen wird den Ressourceneinsatz optimieren und als gutes Beispiel für weitere Vorgehensweisen dieser Art dienen. Eine Veränderung hin zu mehr Generationengerechtigkeit ist attraktiv und wird sich langfristig wirtschaftlich positiv auswirken. Die Wahrnehmung größerer Verantwortung auf Politik- und Verwaltungsebene, als auch lokaler Netzwerke und im Persönlichen, bedeutet eine Chance zu mehr proaktiver potentialorientierter Herangehensweise. So ist die Erstellung, Weiterentwicklung und Umsetzung eines SPGK ein wirksames „Instrument“ zu der Bearbeitung der Themen.

3.3.8 Zusammenfassung der Ergebnisse – Teil 1: Qualitätskriterien für die (Weiter-)Entwicklung eines SPGK

Die entscheidenden Faktoren zur erfolgreichen (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung eines SPGKs können als „Qualitätskriterien“ in einer Tabelle übersichtlich dargestellt werden.

Tabelle 3: Qualitätskriterien für die (Weiter-)Entwicklung eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts

Strategische Vorgehensweise	mit Ausstattung von politischem Willen, Ressourcen, hoher Hierarchie-Ansiedlung, Benennung von Zuständigkeiten und erreichbaren Zielen
Prozessverständnis etablieren	um langfristige Veränderungen zu mehr Lebensqualität in einem kooperativen trans- und interdisziplinären Netzwerk gemeinsam zu entwickeln, Kooperationsmanagement einsetzen, wechselseitiges Lernen ermöglichen, Verantwortlichkeiten neu verhandeln
Methodische Vorgehensweise	mit fundiertem Einsatz von adäquaten Methoden, Ermittlung von Bedarfen, Erarbeitung von Zielen und Wirksamkeitsfaktoren mit Priorisieren und zyklischem Vorgehen gemäß „Public Health Action Cycle“ (PHAC) ¹ [32]
Partizipation von Beginn an	unter breiter Einbeziehung der Zielgruppen und ihres unterstützenden informellen und formellen Umfelds bei allen Schritten der Bearbeitung
Zielgruppengerechte und wertschätzende Kommunikation	als Mittel zur Bedarfsermittlung, Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen, zur Verständigung über Ziele und Wege, zur Herstellung von Transparenz
Entscheidungs-transparenz gewährleisten	durch Benennung der Entscheidungswege und Möglichkeiten der Einflussnahmen sowie Unterstützung der zivilgesellschaftlich Engagierten bei Einbringen von Anliegen und Anträgen
Aufgabe generationen-übergreifend verstehen	und „leiser“ Gruppe von Senior*innen mit demokratischen Mitteln (Senior*innenmitwirkungsgesetz, Landessenioren-beauftragte/r) eine bessere Stimme geben und Stärkung eines positiven Altersbildes
Verändertes Verwaltungshandeln	als Möglichkeit um Synergieeffekte zu erzielen, Ressourcen aufzudecken und Zuständigkeitskonflikte zu überwinden

1 „Der Public Health Action Cycle idealtypisches Vier-Phasen-Modell, das zur theoretischen Analyse sowie zur Planung, Umsetzung und Bewertung von Gesundheitsinterventionen auf allen gesellschaftlichen Ebenen einsetzbar ist. ... Wird das Ergebnis der Bewertung mit der ursprünglichen Problembestimmung in Beziehung gesetzt, so kommt es zu einer neuen Problembestimmung. Dann wiederholt sich der Zyklus und wird zur Lernspirale.“ [32]

Abbildung 3: Grafik Recording der Zukunftswerkstatt Bollewick „Vorsorge im Alter -
Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“ am 02.07.2024, gezeichnet von Gabriele Schlipf

3.4 Handlungsfelder

Im Rahmen der Interviewanalyse und der Auswertung der Zukunftswerkstätten wurden Handlungsfelder (bspw. Mobilität, Wohnen, Altersarmut, Einsamkeit, Ehrenamt) sowie die Thematisierung verschiedener Sachverhalte in Bezug auf lebensweltliche Herausforderungen von Senior*innen durch die Aussagen der Befragten identifiziert. Der Auswertungsprozess zur Identifikation von Handlungsfeldern erfolgte durch eine detaillierte Auseinandersetzung mit den gemachten Aussagen und Perspektiven der befragten Personen und den Äußerungen während der Zukunftswerkstätten, wobei insbesondere auf die Benennung und Beschreibung von Inhalten sowie deren Zusammenhängen geachtet wurde.

Die Analyseergebnisse zeigen, dass der Grad der Beschreibung und der Komplexität der dargestellten Inhalte stark von den jeweiligen Tätigkeitsfeldern der befragten Personen abhängt. Personen mit einem beruflichen oder ehrenamtlichen Hintergrund im Bereich der Seniorenarbeit neigten dazu, detailliertere und differenziertere Ausführungen zu geben, während andere Befragte allgemeiner und weniger spezifisch auf bestimmte Themen eingingen. Diese Unterschiede verdeutlichen, dass der Zugang zu und das Verständnis von relevanten Handlungsfeldern durch den jeweiligen Erfahrungshorizont geprägt wird.

Nachfolgend werden identifizierte Handlungsfelder aufgezeigt und zur Verdeutlichung werden Zitate aus verschiedenen Interviews und Werkstattdokumentationsausschnitte herangezogen.

In den erhobenen Daten lassen sich mehrere Oberthemen identifizieren, die für die lebensweltliche Situation von Senior*innen von zentraler Bedeutung sind. Dazu gehören unter anderem die Versorgung im Alter, soziale Teilhabe, Gesundheit und die Wohnsituation. Im Kontext dieser Themen werden verschiedene Probleme und Herausforderungen sowie die Verknüpfung und Wechselwirkungen zwischen den Themen sichtbar.

Mobilität, Gesundheit und Wohnen wurden als zentrale Bedürfnisse der älteren Bevölkerung in den Interviews benannt und zeigen die Notwendigkeit einer integrierten Betrachtung bei einer (Weiter-)Entwicklung Seniorenpolitischer Gesamtkonzepte.

Die drei Punkte sind klar, was die Leute nutzen. Das ist Mobilität, Gesundheit und Wohnen. (SPGK-I_038:84)

Einsamkeit ist ein Thema, das häufig in den Interviews als Herausforderung benannt wurde und welches eng verknüpft ist mit den Bereichen Mobilität, Begegnung und Teilhabe.

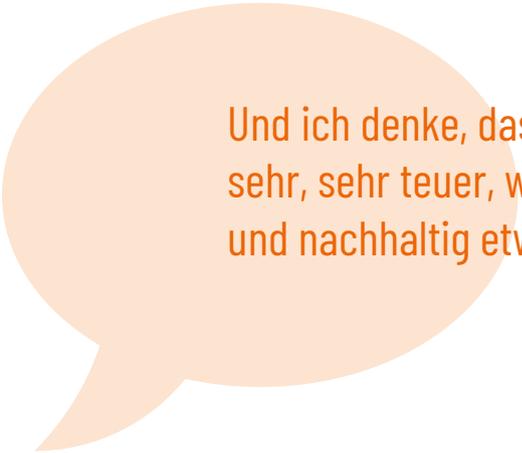
Das Thema Einsamkeit ist ein ganz großes und ein ganz wichtiges, gerade Einsamkeit im Alter. (SPGK-I_073:6)

Dabei wurde Mobilität als eine Art Schlüsselrolle bei der Förderung von Teilhabe und der Bekämpfung von Einsamkeit benannt.

Wir haben ja jetzt schon mit dem ein oder anderen Menschen gesprochen. Und alle weisen immer gerade in Bezug auf Teilhabe, Engagement, Miteinander, gegen Vereinsamung auch immer auf Mobilität hin. (SPGK-I_087:18)

Die ausgewählten Zitate zeigen die Breite und Komplexität und Verwobenheit von Problemen und Herausforderungen von Themen und Themenverknüpfungen in verschiedenen Hand-

lungsfeldern. Das weist auf die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Herangehensweise bei der (Weiter-)Entwicklung hin. Durch die Verknüpfung von Handlungsfeldern und die Berücksichtigung ihrer Wechselwirkungen können umfassende und effektive Strategien entwickelt werden, die die Lebensqualität von Senior*innen nachhaltig verbessern. So zeigt der Leitfaden des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Sport mit dem Titel „Nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren – Leitfaden für Landkreise, kreisfreie Städte & Städte, Ämter und Gemeinden zur Umsetzung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes“ [2] bereits verschiedene Handlungsfelder auf. Diese decken sich weitestgehend mit den Handlungsfeldern die in den Interviews und den Zukunftswerkstätten identifiziert worden sind.



Und ich denke, das wird teuer. Ich denke, das wird sehr, sehr teuer, wenn man nicht jetzt präventiv und nachhaltig etwas macht. (SPGK-I_087:27)

Im Folgenden werden genannte Herausforderungen in den identifizierten Handlungsfeldern Mobilität, Altersarmut und Einsamkeit, Wohnen, Ehrenamt usw. beispielhaft aufgezeigt, die sich in der Analyse der Daten zeigten.

Also wir haben, wir haben drei ganz große Hürden, (...) in der Pflegepolitik in Deutschland vor uns. Das ist zum einen (...) das Problem der Eigenanteile, die sind in den letzten Jahren so massiv gestiegen, das ist in der Presse ja auch immer bekannt, die steigen auch jedes Jahr ganz massiv, weil (...) der Pflegekassenanteil seit Jahren gleichbleibt. (SPGK-I_075:11)

Spezifische Bereiche, die bei der Erstellung eines SPKG und einer Weiterentwicklung nach Aussagen der Interviewten unbedingt mitbedacht werden sind:

Also Thema Mobilität, Thema Altersarmut, Thema Einsamkeit. Das sind so die drei Kernthemen, die uns jetzt betreffen. (SPGK-I_036:22)

Die Zitate zeigen, dass die Interviewten gesellschaftliche Herausforderungen die im Kontext des demografischen Wandels und der alternden Gesellschaft zunehmend an Relevanz gewinnen, erkennen und das gesamte Thema Seniorenpolitik eine Querschnittsaufgabe darstellt.

Die Daten enthalten viele Hinweise auf Forderungen der Befragten und Zukunftswerkstattenteilnehmenden. Der Fokus lag weniger auf der Konzeptentwicklung, sondern auf der Optimierung bestehender Strukturen zur Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen. Genannt wurden u. a. die Zugänglichkeit und Qualität sozialer und gesundheitlicher Dienste, die Sensibilisierung von Fachkräften für die Zielgruppe 60+ sowie eine bessere Vernetzung von Unterstützungsangeboten.

Ein weiterer wiederholt genannter Wunsch war die Anpassung öffentlicher Einrichtungen und Infrastrukturen an die Bedürfnisse älterer Menschen. Es wurde der Ruf nach barrierefreien Zugängen, verbesserter öffentlicher Mobilität und einem breiteren Angebot an altersgerechten Wohnungen laut. Dabei wurde ein häufiges Defizit in der Planung städtischer und ländlicher Infrastrukturen bemängelt, die oft nicht ausreichend auf die Anforderungen älterer Menschen abgestimmt sind.

Die Forderungen und Verbesserungsvorschläge in den Daten gingen häufig über eine bloße Erweiterung bestehender Konzepte hinaus und strebten tiefgreifende Veränderungen in der Wahrnehmung und Behandlung älterer Menschen in der Gesellschaft an. Es wurde gefordert, die aktive Beteiligung von Senior*innen an Entscheidungsprozessen zu verstärken, insbesondere bei der Gestaltung von Maßnahmen, die ihre Lebenswelt betreffen. Die Vorschläge betonten die Notwendigkeit, die Stimmen und Bedürfnisse der 60+ Generation stärker in gesellschaftliche und politische Prozesse zu integrieren.

Insgesamt lassen sich aus den Aussagen der Befragten wertvolle Impulse für die Entwicklung und Weiterentwicklung von SPGK ableiten. Dabei wird deutlich, dass der Fokus nicht auf der Schaffung vieler neuer Konzepte liegt, sondern auf der Verbesserung und Weiterentwicklung bestehender Strukturen und Prozesse, die in der aktuellen Praxis noch nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der älteren Generation ausgerichtet sind.

Die Differenzierung, Konkretisierung und Adressierung der Forderungen und Verbesserungsvorschläge variierten teils erheblich. Daher sind die hier dargestellten Ziele und Empfehlungen eher allgemein gehalten und nicht detailliert auf die Strukturebenen von Gebietskörperschaften und Verwaltungszuständigkeiten (Bund, Land, Kommune) ausgerichtet. Wie bereits erwähnt, erfordert die (Weiter-)Entwicklung von SPGK eine strategische Planung des Gesamtprozesses, die je nach Gebietskörperschaft und lokalen Gegebenheiten unterschiedlich und variabel ausfallen kann, unter Berücksichtigung von Methoden und Möglichkeiten breiter Partizipation.

3.4.1 Mobilität

Im Kontext der Thematisierung von Mobilität wurde deutlich, dass Einschränkungen in der Beweglichkeit und im Zugang zu Transportmitteln die Unabhängigkeit und Lebensqualität älterer Menschen stark beeinträchtigen können.

Mobilität für Nicht-Autofahrer*innen. Möglichkeit am gewohnten Ort wohnen zu bleiben
Bushaltestellen zu weit weg Busse fahren zu wenig. (SPGK-Z_165:7)

Also Thema Mobilität, Thema Altersarmut, Thema Einsamkeit. Das sind so die drei Kernthemen, die uns jetzt betreffen. (SPGK-L_036: 22)

In der Analyse von Interviews und in der Auswertung der Zukunftswerkstätten zeigte sich auch, dass ältere Menschen vor Barrieren und Herausforderungen stehen, die ihre Mobilität einschränken.

Und das ist alles zu weitläufig, Nahverkehr funktioniert auch nicht, Mobilität ist auch ganz wichtig für ältere Leute oder für Senioren. (SPGK-L_038:24)

Diese betreffen bspw. den Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Ältere Menschen haben demnach zum Teil Schwierigkeiten, den ÖPNV zu nutzen, da Haltestellen oft weit entfernt sind und die Verbindungen unzureichend sind.

Es fehlen Haltestellen (SPGK-Z_125:13)

Auch die Gestaltung des öffentlichen Raums, wie Ampelschaltungen und die Ungleichverteilung des Raums zwischen Autos, Radfahrern und Fußgängern, kann für ältere Menschen problematisch und herausfordernd sein.

Die Ampelzeiten sind zu kurz geschaltet → das Überqueren der Straße ist für die Senioren:innen teilweise ein gefährliches Unterfangen, wenn die Ampel zu schnell auf Rot umschaltet (SPGK-Z_125:12)

Auch Handläufe an Treppen und geeignete Bodenbeläge wurden als wichtige Faktoren im Bereich Mobilität geäußert. Weiterhin war die Entfernung zu Angeboten und Dienstleistungen ein wichtiges Thema im Handlungsfeld Mobilität. In ländlichen Gebieten müssen ältere Menschen oft weite Strecken zurücklegen, um grundlegende Dienstleistungen wie Lebensmittelgeschäfte und Gesundheitsversorgung zu erreichen.

Dann muss man natürlich auch schauen, wie ist die Versorgung vor Ort? Wie können zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten halten? Also weil das ja auch immer schwieriger wird, je nachdem, wenn Seniorin und Senioren womöglich in der Mobilität eingeschränkt sind. Wenn sie aber bis zum nächsten Supermarkt 25 Kilometer fahren müssen, dann bedeutet das per se, dass sie also so mobil sein müssen, dass sie noch ein Auto bewegen können oder ein Fahrrad. Aber 25 Kilometer mit dem Fahrrad ist auch schon sportlich. (SPGK-L_080:7)

In den Interviews und Zukunftswerkstätten wurde geäußert, dass es in ländlichen Regionen nur eingeschränkte Busverbindungen gibt, die oft auf den Schülerverkehr ausgerichtet sind.

Also das Thema, [...]. Mobilität wäre dann ein Thema. Es ist ein Flächenland (...). Also wenn Sie von früher, also es war schon lange her, dass ich da war, wenn Sie von [...] ins Kino wollten, sind Sie 18 Kilometer gefahren. (...) [...] ist auch ein Flächenland. Also Busverbindungen gibt es hier nur für den Schülerverkehr. Wie das hier bei Jugendlichen. Da können Sie morgens um acht in eine Richtung fahren und um 14 Uhr zurück und dann nochmal um 17 Uhr. (SPGK-L_059:34)

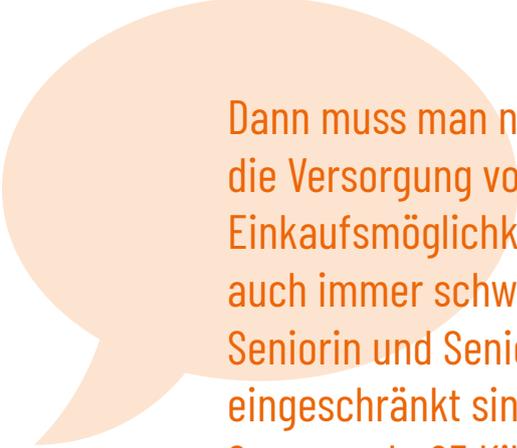
Um die Mobilität älterer Menschen zu verbessern, sind geeignete Rahmenbedingungen erforderlich, die von ggf. Gemeinden, Landkreisen, dem Land und dem Bund gesetzt werden müssen. Dazu gehören Maßnahmen zur Verbesserung der Pflege, des Zugangs zur Gesundheitsversorgung und der Mobilität.

Dazu braucht es natürlich auch Rahmenbedingungen, die von Gemeinden, von Landkreisen oder vom Land gesetzt werden. Also Pflege, Zugang zu Gesundheitsversorgung, Mobilität, was auch immer. Was jetzt weniger zivilgesellschaftlich organisiert, sondern eher staatlich oder kommunal organisiert wird. Und für ein gutes Leben im Alter müssen diese Dinge halt alle zusammenspielen. (SPGK-L_015:8)

Eingeschränkte Mobilität und unzureichender ÖPNV mindern die Lebensqualität älterer Menschen, Verbesserungen in Infrastruktur, Nahverkehr und Zugänglichkeit sind dringend nötig.

Ziel: Verbesserung der Mobilität älterer Menschen durch die Schaffung barrierefreier und bedarfsgerechter Rahmenbedingungen, die den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Dienstleistungen und sozialen Aktivitäten erleichtern und dadurch ihre Lebensqualität nachhaltig steigern.

Empfehlung: Um die Mobilität älterer Menschen zu fördern, sollten je nach jeweiliger Zuständigkeit Bund, Land, Landkreise und Kommunen gezielte Maßnahmen ergreifen. Ein barrierefreier Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit dichteren und flexibleren Verbindungen, insbesondere in ländlichen Regionen, ist essenziell. Gleichzeitig sollte die öffentliche Infrastruktur durch rutschfeste Bodenbeläge, Handläufe und optimierte Ampelschaltungen angepasst werden. Nahversorgung und soziale Angebote müssen näher an die Wohnorte älterer Menschen gebracht oder durch mobile Dienste ergänzt werden. Die Einbindung älterer Menschen in Planungsprozesse gewährleistet, dass ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden. Ergänzend könnten Anreize wie vergünstigte Mobilitätstickets oder alternative Mobilitätslösungen die Lebensqualität nachhaltig steigern und die gesellschaftliche Teilhabe dieser Zielgruppe stärken.



Dann muss man natürlich auch schauen, wie ist die Versorgung vor Ort? Wie können zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten halten? Also weil das ja auch immer schwieriger wird, je nachdem, wenn Seniorin und Senioren womöglich in der Mobilität eingeschränkt sind. Wenn sie aber bis zum nächsten Supermarkt 25 Kilometer fahren müssen, dann bedeutet das per se, dass sie also so mobil sein müssen, dass sie noch ein Auto bewegen können oder ein Fahrrad. Aber 25 Kilometer mit dem Fahrrad ist auch schon sportlich. (SPGK-I_080: 7)

3.4.2 Altersarmut

Das Thema „Armut im Alter“ wurde in Interviews als Handlungsfeld mit deutlicher gesellschaftlicher Relevanz benannt. Finanzielle Unsicherheit im Alter ist ein weit verbreitetes Problem, das viele ältere Menschen betrifft und ihre Lebensqualität mindert. Armut wurde in den Interviews als Thema beschrieben, das vor allem in der Zukunft noch an Gewicht gewinnen wird. Dies ist auf die Veränderungen der Rentenbeträge und die Zunahme der Lebenshaltungskosten zurückzuführen und auch darauf, dass viele ältere Menschen ihre Ansprüche auf finanzielle Unterstützung nicht wahrnehmen, was ihre Situation weiter verschärft.

Ja, das Thema Armut. Also wir haben zum Beispiel [...] Rentner, die sind ja auch Aufstocker, wenn sie unter einem Betrag fallen. (...) In der Nachbargemeinde [...], die ist genauso groß, da haben wir 280 Aufstocker und wir in [...] nur 42. Das kann nicht sein, sondern die melden sich einfach nicht. Die bekämen Zuschuss zur Wohnung oder zu sonst irgendwas. Aber da kommt man gar nicht an die Leute ran. (SPGK-I_059:40)

Ein weiteres Zitat hebt eine Verbindung verschiedener Handlungsfelder hervor und macht deutlich, dass die Themen komplex sind und teilweise miteinander verwoben sind:

Also Thema Mobilität, Thema Altersarmut, Thema Einsamkeit. Das sind so die drei Kernthemen, die uns jetzt betreffen. (SPGK-I_036:22)

Dies unterstreicht, dass Altersarmut neben Mobilität und Einsamkeit zu den zentralen Herausforderungen gehört und an Bedeutung zunehmen wird.

Und dann kam eben schon, auch politisch glaube ich, ja gesetzt durch den [...], aber auch sozusagen durch die Befassung auch mit dem Thema Armut [...], kam dann schon auch nochmal auf, dass wir jetzt eine Situation bekommen können in Zukunft, wo Altersarmut ein größeres Thema sein wird. Weil eben anders als bei den Bestandsrentnerinnen und -rentnern mit den langen Erwerbsbiografien, auch aufgrund der Historie hier, jetzt diejenigen auch stärker da sind als Neurentnerinnen und Neurentner, die schon Lücken aufweisen und dann auch in den Zeiten, in denen der Arbeitsmarkt angespannt war, da unterwegs waren, auch wo geringe Löhne gezahlt wurden und das sich auch in der Rente bemerkbar macht. (SPGK-I_007:32)

Die Interviewten sahen eine Notwendigkeit, bestehende finanzielle Hilfen zugänglicher zu machen, die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf das Thema zu erhöhen und langfristige Strategien zur Bekämpfung von Altersarmut zu entwickeln. Dabei ist wichtig, auch die Personen die von Altersarmut betroffen sind mit Angeboten zu erreichen. Zusammengefasst zeigt sich in den Interviewaussagen, dass Altersarmut ein wachsendes Problem darstellt, dass durch steigende Lebenshaltungskosten und unzureichende Rentenbeträge verschärft wird. Daher ist es wichtig, in einem SPGK Maßnahmen zu entwickeln, die Altersarmut vorbeugen und die finanzielle Sicherheit im Alter gewährleisten.

Ziel: Verringerung der Altersarmut durch gezielte Maßnahmen zur finanziellen Absicherung älterer Menschen, Förderung der Inanspruchnahme bestehender Unterstützungsangebote und Schaffung von Strukturen, die präventiv gegen zukünftige Altersarmut wirken.

Empfehlung: Bund, Land, Landkreise und Kommunen sollten je nach Zuständigkeit durch aktive Aufklärung, niedrigschwellige Zugangswege und stärkere Vernetzung sozialer Dienste die Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten fördern. Zugleich sind langfristige Strategien erforderlich, um steigende Lebenshaltungskosten und Lücken in Erwerbsbiografien präventiv zu begegnen und so Altersarmut nachhaltig zu reduzieren.

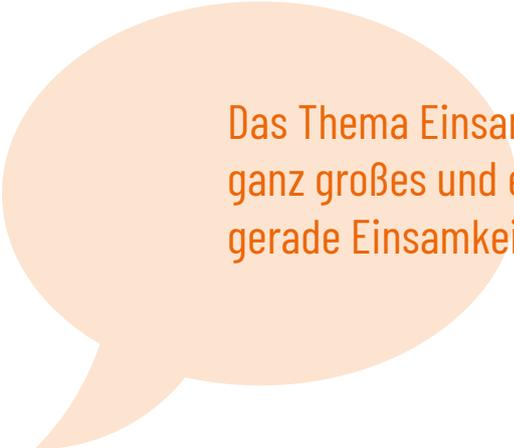
3.4.3 Einsamkeit

Einsamkeit ist ein weiteres Handlungsfeld, das von den Interviewten im Zusammenhang mit dem Alter und dessen Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden thematisiert wurde. Es werden gesundheitliche Auswirkungen von Einsamkeit, wie psychischen Störungen, Suchtverhalten, Schlafstörungen und gestörtem Essverhalten, in den Interviews thematisiert und darauf hingewiesen, dass diese zu ernsthaften gesundheitlichen Problemen führen:

Und wenn wir Einsamkeit im Alter haben, das weiß ich mittlerweile eben auch von [...] aus der [...], die sind ganz stark dann von gesundheitlichen Einschränkungen betroffen, weil mit der Einsamkeit gehen psychische Störungen einher, da geht Suchtverhalten mit einher, da gehen Schlafstörungen mit einher, da geht also ein gestörtes Essverhalten mit einher, also entweder

stark in Adipositas oder aber eben auch in die Magersucht. Also wir haben also große Probleme (...), die wir im Zusammenhang mit Seniorin und Senioren haben können. (SPGK-I_080:10)

Ein weiterer Aspekt der in Zusammenhang mit Einsamkeit im Alter von Interviewten angesprochen wurde, ist der Verlust von Partner*innen und Freund*innen. Das wiederum eine zunehmende eingeschränkte Mobilität verstärken kann und somit die Lebensqualität mindert. Die Interviewten sprachen auch Begleiterscheinungen des Alterns an, die die Lebenslage von älteren Menschen verändern können. So können mit zunehmendem Alter bspw. Krankheiten und Beschwerden auftreten und Einsamkeit verstärken.



Das Thema Einsamkeit ist ein ganz großes und ein ganz wichtiges, gerade Einsamkeit im Alter. (SPGK-I_073: 6)

Einsamkeit wurde insgesamt als ein großes, wichtiges und gesellschaftlich relevantes Thema von den Interviewten hervorgehoben, das besondere Aufmerksamkeit bei der Erstellung und Weiterentwicklung von SPGK erfordert.

... gerade im Alter als Begleiterscheinung ganz viele Krankheiten hinzukommen, das Beschwerden hinzukommen und, (...), die Lebenslage ändert sich natürlich, wenn man älter wird, (...) da geht es ja um die großen Begriffe Gesundheit und auch die der Pflege und hier müssen wir sehr, sehr viel tun und natürlich auch, ich hatte es ja gesagt, (...), das Thema Einsamkeit ist ein ganz großes und ein ganz wichtiges, gerade Einsamkeit im Alter. (SPGK-I_073:6)

Menschen, die einsam sind, haben oft Schwierigkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, deshalb muss sich laut der Befragten die mediale und gesellschaftliche Relevanz des Themas verändern, um das Bewusstsein für die negativen Auswirkungen zu schärfen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Einsamkeit zu entwickeln.

Und wir haben es einfach kombiniert mit dem Thema, das medial natürlich aber auch tatsächlich jetzt eine große Rolle, auch im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gespielt hat, Einsamkeit über verschiedene Bevölkerungsgruppen hinweg, aber auch bei den Älteren. Und da nochmal deutlich zu machen, wir wollen versuchen, Einsamkeit zu bekämpfen, weil die ja auch negative gesundheitliche Auswirkungen hat (...) für die Betroffenen. Und das auch nochmal stärker in den Fokus bringen und da zu schauen, was wir machen können auf [...]. (SPGK-I_007:33)

Einsamkeit im Alter wirkt sich negativ auf Gesundheit und Wohlbefinden aus, begründet durch Verluste im sozialen Umfeld, eingeschränkte Mobilität und altersbedingte Beschwerden. Das Thema erfordert daher Aufmerksamkeit und gezielte Maßnahmen, um Betroffene zu unterstützen.

Ziel: Reduzierung von Einsamkeit im Alter durch die Förderung sozialer Teilhabe, den Aufbau unterstützender Netzwerke und die Sensibilisierung der Gesellschaft für die negativen Auswirkungen von Einsamkeit auf Gesundheit und Wohlbefinden älterer Menschen.

Empfehlung: Je nach Zuständigkeit sollten Bund, Land, Landkreise und Kommunen gezielte Maßnahmen ergreifen, um die soziale Teilhabe älterer Menschen zu stärken und Einsamkeit zu reduzieren. Dazu gehören der Ausbau lokaler Begegnungsangebote, die Förderung generationenübergreifender Projekte und die Schaffung von Nachbarschaftsnetzwerken. Die gesellschaftliche Sensibilisierung für die Folgen von Einsamkeit sollte durch Aufklärungskampagnen und mediale Aufmerksamkeit verstärkt werden. Zudem ist es wichtig, präventive Gesundheits- und Unterstützungsangebote auszubauen, die speziell auf ältere Menschen ausgerichtet sind, um deren Isolation frühzeitig entgegenzuwirken und ihre Lebensqualität zu verbessern.

3.4.4 Wohnen

Ausgewählte Zitate und Ausschnitte aus der Werkstattdokumentation zeigen zentrale Herausforderungen und Bedürfnisse im Bereich seniorengerechtes Wohnen sowie die Bedeutung alternativer Wohnformen für ältere Menschen auf. Die Aussagen weisen darauf hin, dass es nicht nur schwierig ist, als Senior*in eine geeignete Wohnung zu finden, sondern dass auch ein Mangel an alternativen Wohnformen wie Senioren-Wohngemeinschaften (WG), Generationenwohnungen und altersgerechten Wohnungen besteht.

Sei es ja zum Thema Bauen und Wohnen, Seniorengerechtes Bauen und Wohnen, dass man vielleicht schaut, welche Alternativen, Wohnen kommt, was gibt es? (SPGK-I_058:18)

Von Interviewten wurde weiterhin betont, dass das Thema altersgerechtes Wohnen und alternative Wohnformen zum Teil noch entwickelt werden muss.

Und es ist wichtig, auch Wohnform ist ein ganz wichtiges Thema. Da sind wir leider noch (...) ja, stecken wir noch in den Kinderschuhen. Was (...) alternative Wohnformen angeht, Senioren-WGs (...) altersgerechte Wohnungen, Generationenwohnungen. Das habe ich schon gemerkt, dass wir diese Themen wirklich gezielter ansprechen müssen. (SPGK-I_073:21)

Die Notwendigkeit, Bauträger aktiv in die Planung einzubeziehen, um einen Anteil altersgerechter Wohnungen in neuen Bauprojekten zu sichern, wurde von Interviewten ebenfalls benannt.

Also viel wichtiger ist es ja zu überlegen, da ist ein Bauträger, der will meinetwegen Wohnungen bauen und dann sich mit dem Bauträger zusammensetzen und du solltest und müsstest und ein Anteil von altengerechten Wohnungen und so weiter und so fort. (SPGK-L_015:24)

Darüber hinaus wurde von Befragten die Bedeutung von gemeinschaftlichen Initiativen durch Interviewte hervorgehoben, bei denen ältere Menschen in Eigenregie Genossenschaften gründen, um gemeinschaftliches Wohnen in ihrem Heimatort zu ermöglichen.

Oder wenn man noch einen Schritt weiter geht, gibt es ja auch in unseren Beispielen, dass dann aus einer Ortsgemeinschaft heraus Ältere sich zusammentun und sagen, wir gründen eine Genossenschaft, weil wir hier gut weiterleben wollen in dem Ort und bauen uns selber unser gemeinschaftliches Wohnen. (SPGK-L_015:80)

Insgesamt rückten die gemachten Aussagen die Bedeutung eines integrativen und innovativen Ansatzes in den Fokus, um den Wohnbedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden.

Ziel: Förderung und Ausbau seniorengerechter und alternativer Wohnformen, einschließlich der Zusammenarbeit mit Bauträgern und der Unterstützung gemeinschaftlicher Initiativen, um den Wohnbedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden.

Empfehlung: Kommunen, Landkreise, Land und Bund sollten gezielt die Entwicklung und den Ausbau von seniorengerechten und alternativen Wohnformen fördern. Dazu gehört die enge Zusammenarbeit mit Bauträgern, um altersgerechte Wohnungen in neuen Bauprojekten zu integrieren. Zudem sollten kommunale Initiativen unterstützt werden, die gemeinschaftliches Wohnen ermöglichen, etwa durch die Förderung von Genossenschaften oder lokal orientierten Wohnprojekten. Weiterhin sollte der Dialog mit älteren Menschen gesucht werden, um ihre spezifischen Bedürfnisse in der Wohnraumgestaltung frühzeitig zu berücksichtigen und so passende, integrative Wohnlösungen zu entwickeln.

FORUM 60+

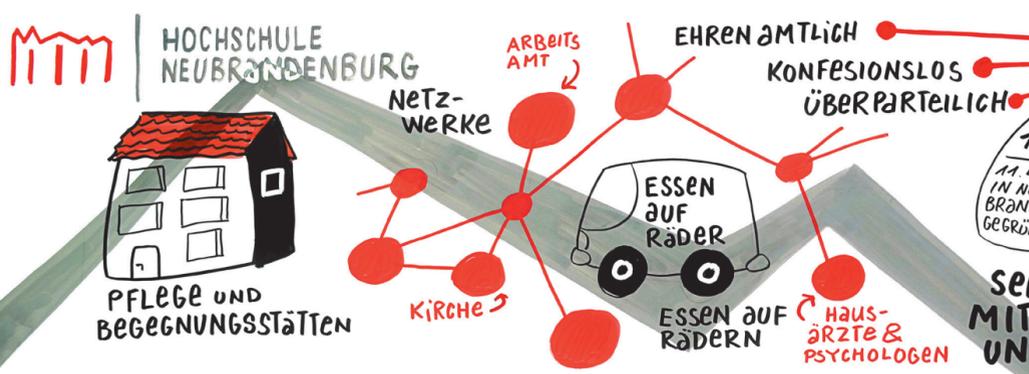


Abbildung 4: Grafik Recording der Zukunftswerkstatt Neubrandenburg „Informationsaustausch Forum 60+ zu Einsamkeit, Digitalisierung und ehrenamtlichem Engagement“ am 17.07.2024, gezeichnet von Gabriele Schlipf

3.4.5 Ehrenamt

Das Ehrenamt wurde als bedeutende gesellschaftliche Aufgaben von den Interviewten benannt. Beispielsweise der „Elli Bus²“, der zur Stärkung der Gemeinschaft beiträgt [33].

Elli-Bus: Haustür zu Haustür, Unterstützung beim Ein- und Aussteigen, auch menschlich, Taschen tragen, ins Haus bringen Anerkennung für die Verantwortung, die die Busfahrer übernehmen
Rechtzeitige Anmeldung wichtig (SPKG-Z_165:7)

Damit das Ehrenamt seine volle Wirkung entfalten kann, braucht es geeignete Räume und sollte gezielt gestärkt werden, betonen die Interviewten.

Raum für Treffen von Ehrenamtlichen (SPGK-Z_125:6)

Es ist wichtig, dass Angebot und Nachfrage im Bereich des Ehrenamts zusammenfinden, um die vielfältigen Aufgaben effektiv zu bewältigen und die Gemeinschaft nachhaltig zu unterstützen. Die Bedeutung des Ehrenamts wurde durch verschiedene Aussagen der Befragten unterstrichen. Eine Aussage betont, dass die Menschen, die ins Rentenalter kommen vermehrt fürs Ehrenamt gewonnen werden sollten.

Da müssen wir eben schauen, wie wir jetzt diejenigen, die in die Rentenjahrgänge nachrücken, da fürs Ehrenamt auch interessieren. Das ist sicher nochmal ein Thema. (SPGK-L_007:14)

Eine weitere Aussage sieht die Herausforderungen im Alter als Chance und das Potenzial das Ehrenamt zu heben und für die Gesellschaft zu nutzen.

Diese Herausforderung auch als Chance sehen und schauen, wie wir eben das Potenzial heben, für vieles im Ehrenamtlichen zum Beispiel, aber auch in Form der politischen Mitbestimmung und Ähnlichem, dass wir das versuchen auch dazu nutzen für unsere Gesellschaft. (SPGK-L_007:70)

Es wurde in den Interviews darauf hingewiesen, dass die Gründe für den Rückgang des Ehrenamts untersucht werden müssen, um gezielte Maßnahmen zur Stärkung zu entwickeln:

Wie Ehrenamt stärken? Oder wie können wir wieder die gesellschaftliche Initiative...? Und dann denke ich so, nee, wir müssen fragen, WARUM gibt es gerade kein Ehrenamt, oder warum sinken die Zahlen von der Beteiligung, wobei ich auch gar nicht weiß, ob das stimmt. Aber, und dann müsste man die einzelnen Faktoren, die diese Symptome auslösen, irgendwie bearbeiten. (SPGK-L_036:87)

Ein weiteres Zitat hebt die Rolle von lokalen Initiativen hervor, die das Engagement vor Ort fördern:

Und nicht umsonst sind eben auch diese Dorfkümmerrinnen und Dorfkümmerner so entstanden, auch über Pflege vor Ort, die einfach da jenseits von Zuständigkeiten und so einfach was organisieren und die Macherinnen und Macher sind für diese Dorfgemeinschaften und da sozusagen dockt dann Engagement an und dann gibt es wieder Leben da vor Ort. (SPGK-L_007:48)

2 „2016 schlossen sich im Elde-Quellgebiet 12 Gemeinden zusammen, um als dringendstes Handlungsfeld die **Mobilität in der Region zu verbessern**. ELLI fährt die Fahrgäste passgenau aus den Dörfern zu den Haltestellen der Magistralbusse. Von dort kommen sie mit dem regulären ÖPNV-Angebot weiter. Die Fahrgäste sind somit intermodal unterwegs, da sie beide Systeme für ihren Weg nutzen. Aber auch der interdörfliche Verkehr wird mit ELLI angeboten, das heißt die Bewohner können auch ihre Verwandten und Bekannten in den Nachbardörfern besuchen. Dabei wird der Personenverkehr innerhalb der Fläche je nach lokalem Bedarf als on-demand Verkehr oder als Linienverkehr mit Haltestellen angeboten.“ [33]

Die ausgewählten Zitate verdeutlichen, dass das Ehrenamt eine zentrale Rolle in der Gesellschaft spielt und durch gezielte Maßnahmen weiter gestärkt werden sollte, um seine vielfältigen Aufgaben effektiv zu erfüllen und die Gemeinschaft zu unterstützen.

Das Ehrenamt wurde deutlich in den Interviews und den Zukunftswerkstätten thematisiert und sollte daher in der Erstellung von SPGK und deren Weiterentwicklung Beachtung finden.

Ziel: Förderung des ehrenamtlichen Engagements, insbesondere unter den jüngeren Rentenjahrgängen, durch gezielte Anreize und die Schaffung von Bedingungen, die das Ehrenamt für eine breitere Bevölkerungsgruppe attraktiv machen.

Empfehlung: Bund, Land, Landkreise und Kommunen sollten je nach Zuständigkeit gezielte Maßnahmen entwickeln, um das Ehrenamt unter den jüngeren Rentenjahrgängen zu fördern. Dies kann durch Informationskampagnen geschehen, die die Bedeutung des Ehrenamts hervorheben und aufzeigen, welche positiven Auswirkungen es auf die eigene Lebensqualität und die Gemeinschaft hat. Zudem sollten flexiblere und ansprechendere Formen des Engagements geschaffen werden, die den Bedürfnissen dieser Zielgruppe entsprechen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Unterstützung von lokalen Initiativen, wie Dorfkümmerern, die ehrenamtliches Engagement vor Ort fördern und als Brücke zwischen älteren und jüngeren Generationen dienen können. So kann das Ehrenamt wieder mehr in das gesellschaftliche Leben integriert und die Beteiligung gesteigert werden.

3.4.6 Pflege

Das Thema Pflege wurde differenziert und vielschichtig von Interviewten und Teilnehmenden der Zukunftswerkstätten besprochen. Das ist ein Hinweis darauf, dass die Teilnehmenden die Komplexität die im Handlungsfeld Pflege berücksichtigt werden müssen erkennen und benennen.

Gerade im Alter als Begleiterscheinung ganz viele Krankheiten hinzukommen, das Beschwerden hinzukommen und, (...), die Lebenslage ändert sich natürlich, wenn man älter wird, (...) da geht es ja um die großen Begriffe Gesundheit und auch die der Pflege und hier müssen wir sehr, sehr viel tun. (SPGK-I_073:6)

Die Anpassung der Pflege an individuelle Bedarfe wird als eine große Herausforderung von Interviewten benannt. Es stellt sich zum Beispiel für Befragte die Frage, ob und wie es möglich ist, Pflegeleistungen so zu gestalten, dass sie den individuellen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen gerecht werden, was folgender Ausschnitt aus einer Werkstattdokumentation verdeutlicht.

Besucher*innen werden geholt und gebracht, Anzahl Nutzungstage variiert Aufenthalt vom Frühstück bis nach dem Kaffeetrinken Freundlichkeit und Offenheit im Haus, gute Atmosphäre Basteln, lesen, können sich auch mal hinlegen, Zeitspanne, bis Heimplatz frei wird Besuche und Austausch mit Kindergarten und Chor. (SPKG-Z_165:8)

Den Befragten ist klar, dass ein großes Problem und eine Herausforderung die massiv steigenden Kosten der Pflege sind und die Finanzierung der Pflege zunehmend schwieriger und teurer wird und es daher neuer Ansätze der Kostenbewältigung geben muss. Was folgende Zitate verdeutlichen:

Wenn man ein Konzept hätte, wenn man weiß, was man im Seniorenbereich machen will, dann weiß man als erst, wie man mit dem Bereich Pflege. (SPGK-I_093:18)

In zwei, drei Jahren oder so, dann wären bestimmte Probleme, denke ich mal, auf jeden Fall sichtbar. Also es würde einiges, einiges brodelt ja schon ein bisschen in der Fläche, was ich so erlebe. (...) Und es würde dann vielleicht nachher wirklich zur gesamten Katastrophe kommen. Sei es im Bereich Pflege zum Beispiel, dass Pflegepersonal fehlt. (SPGK-I_058:15)

Interviewte wiesen darauf hin, dass es notwendig sein wird, pflegende Angehörige und ehrenamtliches Engagement aus der Nachbarschaft stärker einzubinden. Diese informellen Pflegekräfte können eine entscheidende Rolle bei der Versorgung und Unterstützung Pflegebedürftiger spielen.

Ziel: Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege für ältere Menschen durch die Entwicklung umfassender SPGK-Konzepte und Umsetzungsstrategien, die sowohl die steigenden Gesundheits- und Pflegebedürfnisse berücksichtigen als auch den Zugang zu digitalen und ehrenamtlichen Engagementmöglichkeiten fördern.

Empfehlung: Je nach Zuständigkeit sollten Kommunen, Landkreise, Land und Bund umfassende Konzepte zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege für ältere Menschen entwickeln, die sowohl auf die steigenden Bedürfnisse im Bereich Gesundheit und Pflege eingehen als auch digitale Teilhabe und lebenslanges Lernen fördern. Dazu gehört die Schaffung flexibler und innovativer Pflegeangebote, die der demografischen Entwicklung gerecht werden, sowie die Förderung der Digitalisierung, um älteren Menschen den Zugang zu digitalen Gesundheitsdiensten und sozialen Angeboten zu erleichtern. Weiterhin sollte der Fachkräftemangel in der Pflege durch gezielte Programme zur Fachkräftegewinnung und -bindung sowie durch die Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen, die Pflege und Unterstützung vor Ort leisten, aktiv angegangen werden. Um die digitale Teilhabe zu fördern, sollten lokale Schulungen und Unterstützung im Bereich Digitalisierung für ältere Menschen angeboten werden.

3.4.7 Prävention

Prävention in den Bereichen Sicherheit, Gesundheit und Gewaltschutz sowie die Ängste und Sorgen der Menschen waren für Befragte von Bedeutung. Besonders durch Interviewte hervorgehoben wurden die gesellschaftlichen Zukunftsängste vor Armut, Einsamkeit, der Pflegesituation und Kriegen. Ein zentrales Thema, das in den Interviews immer wieder auftauchte, waren die Ängste vor zukünftigen Kriegen.

... als größte Zukunftssorge nochmal den Krieg jetzt auch dann aufgeführt haben in Ihren Antworten. Was deutlich macht, dass diese Ukraine-Krieg-Geschichte hier natürlich auch bei Älteren gerade Erinnerungen wachruft, die man glaubte, sozusagen hinter sich gelassen zu haben, gerade in Europa. Und dass das auch den Älteren Sorgen bereitet, neben den ganzen klassischen Sorgen, wie eben zum Beispiel die eigene Gesundheit, die dann an zweiter Stelle rangiert, die eben damals die größte Zukunftssorge war. (SPGK-L_007:12)

Gesunde Versorgung für alle Generationen wichtig (SPKG-Z_165:6)

Neben den Ängsten vor Kriegen waren auch die Sorgen um die eigene Gesundheit und die Pflegesituation im Alter von großer Bedeutung für die Befragten. Die Interviews zeigen, dass es ein wachsendes Bewusstsein dafür gibt, dass individuelle Maßnahmen zur Gesundheitsprävention notwendig sind.

Die Erkenntnis setzt sich langsam durch, dass man dafür auch etwas tun muss, individuell. Nicht nur in der Gesundheitsprävention, Fürsorge mit Bewegung, sondern eben auch baulich, ja, zum Teil. (SPGK-L_007:13)

Diese Aussagen verdeutlichen, dass es wichtig ist, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit und Gesundheit der Menschen zu gewährleisten und ihre Ängste und Sorgen zu adressieren. Dazu gehören nicht nur individuelle Gesundheitsvorsorge und bauliche Maßnahmen, sondern auch gesellschaftliche und politische Anstrengungen, um die Zukunftsängste der Menschen zu mindern. Die Aussage, dass individuelle Gesundheitsförderung und bauliche Anpassungen notwendig sind, unterstreicht die Bedeutung von Prävention und Unterstützung im Alter bezogen auf verschiedene Handlungsfelder.

Ziel: Durch präventive bauliche Anpassungen (z. B. barrierefreie Wohnungen) und Gesundheitsprogramme können Senioren dazu befähigt werden, so lange wie möglich selbstständig zu leben.

Empfehlung: Bund, Land, Landkreise und Kommunen sollten bauliche Anpassungen an den Bedürfnissen älterer Menschen verstärkt in den Fokus nehmen, um das Wohlbefinden und die Selbstständigkeit zu fördern. Insbesondere sind präventive Maßnahmen, wie bauliche Veränderungen zur Förderung der Beweglichkeit, zu berücksichtigen. Auch sollten die Zuständigen Struktureinheiten sich mit den Ängsten und Sorgen der Senior*innen auseinandersetzen und geeignete Maßnahmen entwickeln, diesen präventiv entgegen zu wirken.

3.4.8 Barrierefreiheit und Infrastruktur

Barrierefreie Zugänge, sowohl in öffentlichen Räume als auch in Wohnräumen wurden zusammen mit der Dringlichkeit, Infrastrukturen an die Mobilitätsbedürfnisse von Senior*innen anzupassen thematisiert.

Benennung und Konkretisierung der verschiedenen Arten der Barrieren, im Stadtraum, digital, Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Diensten, Beschriftungen,
Barrierefrei heißt auch genügend Hilfestellung für alle zu geben (Handläufe, Ampelphasen, Bushaltestellen, Schwellen absenken) (SPGK-Z_125:5)

Barrierefreiheit in öffentlichen und privaten Räumen ist essenziell, einschließlich baulicher Anpassungen wie Rampen, Handläufen und abgesenkten Schwellen. Wichtige Barrieren bestehen im Stadtraum, bei digitalen Diensten und öffentlichen Einrichtungen. Maßnahmen zum Abbau und eine klare Priorisierung sind dringend erforderlich, um Mobilität und Zugänglichkeit für Senior*innen sicherzustellen.

Ziel: Sicherstellen, dass sowohl der öffentliche Raum als auch private Wohnräume problemlos zugänglich und nutzbar sind, was insbesondere für die selbstständige Mobilität und Lebensqualität von großer Bedeutung ist.

Empfehlung: Es sollten verstärkt barrierefreie und altersgerechte Wohnungen sowie öffentliche Infrastrukturen entwickelt werden. Insbesondere das Thema barrierefreier Zugang zu öffentlichen Räumen, wie zum Beispiel die Umgestaltung von Straßen, die für Rollstuhlfahrer oder Rollator-Nutzende zugänglich sein müssen, erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Denkmalpflege, Stadtplanung und den Bedürfnissen älterer Menschen.

3.4.9 Digitalisierung

Die fortschreitende Digitalisierung in allen Lebensbereichen erfordert zielgruppengerechte Weiterbildungsformate und Angebote. Besonders ältere Personen profitieren von solchen Maßnahmen, da sie die vielfältigen Möglichkeiten und Vorteile der Digitalisierung besser nutzen können.

Wir müssen uns sozusagen fokussieren auf sozusagen Lebenslanges-Lernen mit Blick auf die digitale Teilhabe, weil die immer wichtiger im Alltag der Menschen werden wird und darauf die Angebote sozusagen konzentrieren. (SPGK-I_007:59)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Interviewten im Handlungsfeld Digitalisierung zahlreiche Chancen sahen, die durch passende Bildungsangebote und Unterstützungsmaßnahmen für alle Altersgruppen zugänglich gemacht werden sollten. So können ältere Menschen die Vorteile der digitalen Welt nutzen und gleichzeitig sicher und informiert bleiben.

Ich sage, Demografie ist eine Entwicklung, die jetzt kommt, die auch relativ sicher ist und die absehbar war. Und wir müssen sozusagen diese Herausforderung auch als Chance sehen und schauen, wie wir eben das Potenzial heben, ... (SPGK-I_007:70)

Ziel: Förderung von lebenslangem Lernen und digitaler Teilhabe für ältere Menschen, um ihre Integration in die zunehmend digitalisierte Gesellschaft zu sichern und ihr ehrenamtliches Engagement zu unterstützen.

Empfehlung: Bund, Land, Landkreise und Kommunen sollten je nach Zuständigkeit gezielt Programme zur Förderung von lebenslangem Lernen und digitaler Teilhabe für ältere Menschen entwickeln. Dies kann durch die Bereitstellung von Schulungen und Workshops zu digitalen Fähigkeiten geschehen, die auf die Bedürfnisse der älteren Generation zugeschnitten sind. Zusätzlich sollten lokale Initiativen und Projekte unterstützt werden, die es älteren Menschen ermöglichen, sich ehrenamtlich zu engagieren und so ihre soziale Teilhabe zu stärken. Um die Nachhaltigkeit dieser Angebote zu gewährleisten, sollten auch die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen sowie der Aufbau von Netzwerken zwischen lokalen Organisationen, Senioren und digitalen Experten intensiviert werden.

3.4.10 Teilhabe, Freizeit und Bildung, Begegnung

Um die gesellschaftliche Teilhabe zu fördern, waren erreichbare Aufenthaltsorte und Begegnungsräume notwendig. Dabei waren Orte, die nichtkommerzielle Begegnungen für unterschiedlich große Gruppen ermöglichen besonders wichtig, um sich zum Austausch und zur Durchführung vielfältiger Aktivitäten treffen zu können.

Freizeitgestaltung -> mehr Raum zum Treffen im Innenstadtbereich; bislang gibt es nur Aufenthaltsräume für kleinere Gruppen (SPGK-Z_125:12)

Kostenfreie Orte der Zusammenkunft (sowohl für kleine als auch große Gruppen) (SPGK-Z_125:14)

Wichtig waren auch generationsübergreifende Angebote, um den Austausch zwischen verschiedenen Altersgruppen zu fördern, wodurch gegenseitiges Verständnis, Respekt und sozialer Zusammenhalt gestärkt werden können.

Optimierungsbedarf wurde im Bereich der Bildungsangebote deutlich.

Das Thema Bildung ist ganz wichtig. Auch im Alter möchte man sich weiterbilden. Gerade privat. Das ist ganz wichtig. Und die Bildungsangebote, die wir haben, sind gut. Aber ich sage mal, es gibt Optimierungsbedarf. (SPGK-I_073:21)

Ziel: Schaffung von inklusiven und flexiblen Freizeit- und Bildungsangeboten für ältere Menschen, die sowohl kleine als auch größere Gruppen ansprechen, um deren soziale Teilhabe und Weiterbildung zu fördern. Dies umfasst die Bereitstellung kostenfreier und vielfältiger Räume für Treffen und die Optimierung der Bildungsangebote für ältere Menschen.

Empfehlung: Bund, Land, Landkreise und Kommunen sollten je nach Zuständigkeit die Schaffung und Förderung von kostenfreien, gut zugänglichen Treffpunkten für ältere Menschen im Innenstadtbereich vorantreiben, die sowohl kleinen als auch großen Gruppen Raum zur Begegnung und Austausch bieten. Diese „3. Orte“ sollten vielfältige Nutzungsmöglichkeiten beinhalten, etwa durch die Integration von Bildungsangeboten und Freizeitaktivitäten. Darüber hinaus sollte das Angebot an Bildungsmaßnahmen speziell auf die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst und kontinuierlich optimiert werden, um lebenslanges Lernen zu unterstützen. Die Einbindung von ehrenamtlich Engagierten, die lokale Angebote organisieren und durchführen, sollte dabei gefördert werden.

3.4.11 Altersbild

Das Altersbild in der Gesellschaft bedürfe einer Korrektur.

Wir haben ja in der Bundesrepublik [...] immer so ein ganz bestimmtes Bild von Seniorin und Senioren. Die werden, wenn man jetzt mal aufmerksam so die Bebilderung anschaut, meistens also immer als absolut hilflos dargestellt. Also immer nur im Rollstuhl, immer nur irgendwo (...) mit einem Rollator oder irgendwo völlig sinnentleert in der Ecke in irgendeiner Pflegeeinrichtung sitzen. (SPGK-I_080:24)

Altersbild hinterfragen (SPKG-Z_165:7)

Junge Menschen hätten ein verzerrtes und negatives Bild von älteren Personen:

Junge Menschen haben dementsprechend auch ein ganz, ein Bild teilweise von Seniorinnen und Senioren, das dringend der Korrektur bedarf. Weil die nämlich genau auf diese Bilder reflektieren: „Ach du großer Gott, also kommt da eine Oma an.“ (SPGK-I_080:25)

Das Altersbild sollte positiver und differenzierte gezeichnet werden.

Aber umso wichtiger ist so ein positives Altersbild auch nochmal zu vermitteln. Das kommt oft zu kurz, weil wir immer sehr in der Defizitbetrachtung hängenbleiben und sagen, das ist ein Riesenproblem. (SPGK-L_007:70)

Personen über 60 Jahre sind vielfältig und haben unterschiedliche Interessen und Bedarfe. Positive Altersbilder, potenzialorientierte Vorstellung, aber ein Stück weit hat sich das, glaube ich, auch verändert. (SPGK-L_032:11)

Das gesellschaftliche Altersbild ist oft negativ und defizitorientiert, geprägt von Stereotypen über Hinfälligkeit. Es bedarf einer Korrektur hin zu einer positiven und differenzierten Darstellung, die die Vielfalt, Potenziale und Interessen älterer Menschen hervorhebt.

Ziel: Die Förderung eines positiven und vielfältigen Altersbildes, das die unterschiedlichen Interessen und Potenziale älterer Menschen widerspiegelt, anstatt ausschließlich auf Defizite und stereotype Darstellungen zu fokussieren. Dies soll dazu beitragen, die Wahrnehmung von Senior*innen in der Gesellschaft zu verändern und ein differenziertes Bild von älteren Menschen zu vermitteln, das ihre Aktivität, ihre Lebensfreude und ihre gesellschaftliche Bedeutung betont.

Empfehlung: Je nach Zuständigkeit sollten Bund, Land, Landkreise und Kommunen Initiativen fördern, die positive Altersbilder und die Vielfalt älterer Menschen in den Mittelpunkt stellen. Dazu gehört, in öffentlichen und privaten Medien eine differenzierte Darstellung älterer Menschen zu fördern, die nicht nur ihre Bedürfnisse, sondern auch ihre aktiven und vielfältigen Lebensweisen zeigen. Es sollten Programme entwickelt werden, die älteren Menschen Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bieten, sei es durch Engagement in der Kultur, im Ehrenamt oder in sozialen Netzwerken. Zudem sollten landesweite Kampagnen starten, die den Wert der älteren Generation hervorheben und Stereotype über das Alter herausfordern. Die Zusammenarbeit mit Schulen und Bildungseinrichtungen, um ein modernes und respektvolles Bild des Alterns zu vermitteln, könnte ebenfalls ein wichtiger Schritt sein.

Altwerden heißt nicht nur, dass man gebrechlich ist und pflegebedürftig. Ältere Menschen wollen reisen, die wollen sich bilden, die wollen ehrenamtlich aktiv sein, die wollen sich noch einbringen, so in allen möglichen Bereichen, die wollen Sport machen, Freizeitbeschäftigung. Also das Altersbild auch viel flexibler und mobiler sein muss [...]. Es gibt so viel fitte, tolle ältere Menschen. (SPGK-I.029:18)

3.4.12 Verwaltungshandeln, politischer Wille und Zusammenarbeit

Das Verwaltungshandeln und der politische Wille waren zentrale Elemente für die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen in Bezug auf SPGK. Ohne intensives politisches Engagement und konkrete Umsetzungsmaßnahmen blieben viele Initiativen lediglich auf dem Papier und führen nicht zu den gewünschten Ergebnissen.

Das hat gezeigt, dass Ort [...] Senior*innenpolitik ernst nimmt. Zudem hat [...] eine Fröhlichkeit ausgestrahlt, welches aus meiner Wahrnehmung bei den Senior*innen sehr gut ankam. [...] zeigte sich seitens der Stadt engagiert, einige der besprochenen Themen anzugehen. (SPGK-Z.142:12)

Eine enge Abstimmung zwischen den verschiedenen Verwaltungseinheiten war essenziell, um eine ganzheitliche Betrachtung und Koordination für die Erstellung von SPGK und deren Weiterentwicklung zu gewährleisten. Dies erfordert eine umfassende Zusammenarbeit und Unterstützung durch die Verwaltungsführung sowie die Einbindung politischer Gremien und Fachausschüsse.

Handlungsempfehlungen zur Organisation und Zusammenarbeit der Beiräte und Vertretung der Senioren im Landkreis. (SPGK-I.033:82)

Die Verwaltung hätte dann vielleicht auch ein anderes Image, ein anderes Ansehen. Wenn sie das dann auch so schafft, öffentlichkeitswirksam das rüberzubringen. (SPGK-I.058:12)

Senior*innenvertretungen spielten eine wichtige Rolle bei der Beteiligung und Interessenvertretung älterer Menschen. Sie stellen sicher, dass die Bedürfnisse und Anliegen der Senior*innen in politischen und administrativen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

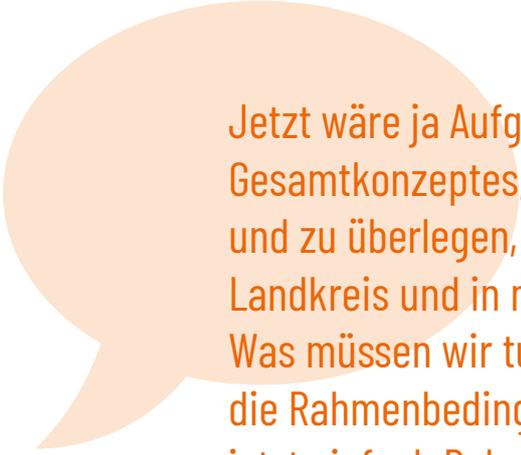
Und da das vielleicht sehr utopisch ist, würde ich immer dafür plädieren, dass man einmal monatlich diese anderen Akteure zusammenbringt. Dann baut man sich imaginär so eine Gemeindegewerkschaft, in dem man sagt, in dem Austausch zwischen dem Sozialarbeiter der Stadtteilbüros, der Leitung oder auch der Person aus dem Krankenhaus, dem Pflegestützpunkt, Stadtteilbüro habe ich schon genannt,

dem Pflegeheim und vielleicht auch noch jemand, der von der Wohnungsbaugesellschaft hinzukommt. Vielleicht sind die alle zusammen, könnte man so eine Art Gemeindepfleger, Gemeindegeschwester sein. Einmal im Monat und dann kümmert man sich umeinander. (SPGK-I_075:63)

Das Verwaltungshandeln fungiert als Schnittstelle und Handlungsinstanz, die für die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die Umsetzung der Maßnahmen verantwortlich ist. Dabei müssen die Rollen, Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche klar definiert sein, um eine effektive und effiziente Bearbeitung der Aufgaben zu gewährleisten.

Ziel: Die Sicherstellung einer effektiven und koordinierten Senior*innenpolitik durch verstärktes politisches Engagement und eine enge Zusammenarbeit der Verwaltungseinheiten. Dies soll durch eine klare Definition von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten erreicht werden, um die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen nachhaltig zu gewährleisten.

Empfehlung: Bund, Land, Landkreise und Kommunen sollten je nach Zuständigkeit eine koordinierte und partizipative Senior*innenpolitik fördern, die durch regelmäßige Zusammenarbeit zwischen Verwaltungseinheiten, politischen Gremien, Seniorinnenvertretungen und anderen relevanten Akteuren (wie z. B. Sozialarbeitern, Pflegeeinrichtungen, Stadtteilbüros) unterstützt wird. Dazu sollte ein klar definierter Verantwortungsbereich für alle Beteiligten etabliert werden, um die Umsetzung von Maßnahmen effizient zu gestalten. Die Verwaltung sollte zudem proaktiv und transparent kommunizieren, um das Vertrauen der älteren Bevölkerung zu gewinnen und eine kontinuierliche, bedarfsgerechte Weiterentwicklung von SPGK-Maßnahmen sicherzustellen. Dies könnte beispielsweise durch regelmäßige Treffen, die Schaffung eines Netzwerks zwischen den beteiligten Akteuren sowie die Förderung von Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden, um den politischen Willen und das Engagement sichtbar zu machen und positive Ergebnisse zu erzielen.



Jetzt wäre ja Aufgabe eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes, das zusammen zu denken und zu überlegen, erstens wo stehen wir im Landkreis und in meinen Landkreisgemeinden? Was müssen wir tun und was können wir tun, um die Rahmenbedingungen zu verbessern? Ich sage jetzt einfach Rahmenbedingungen zu dem Problem. Und wie können wir das erreichen? (SPGK-I_015:9)

3.4.13 Handlungsempfehlungen

Die identifizierten Handlungsfelder sind sowohl inhaltlich als auch strukturell miteinander verknüpft. Es ist daher wichtig, dass SPGK die verschiedenen Handlungsfelder und Querschnittsthemen detailliert aufschlüsseln. Dabei sollten sie die inhaltlichen Themen, aktuellen Herausforderungen sowie mögliche Maßnahmen und erreichbare Umsetzungsmöglichkeiten skizzieren und aufzeigen. Bei mehr als einem Handlungsfeld betreffenden Themen empfiehlt sich eine integrierte Bearbeitung.

SPGK stellen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar und die Handlungsfelder sind für alle gesellschaftlichen Gruppen von Bedeutung. Um eine effektive Umsetzung zu gewährleisten, ist es notwendig, die Bearbeitung der Handlungsfelder nach ihrer Priorität und Machbarkeit zu skalieren und zu priorisieren.

Es lassen sich durch die erhobenen Daten zusammenfassend folgende Handlungsempfehlungen für Akteur*innen von Politik, die Verwaltung und die Zivilgesellschaft zur Förderung altersgerechter Lebensbedingungen und gesellschaftlicher Teilhabe, der Stärkung des Ehrenamts und der digitalen Teilhabe sowie zur Optimierung von Pflege und Prävention ableiten. Diese beziehen sich sowohl auf die Bundes-, Landes-, Landkreis- und Kommunal Ebene. Die Umsetzung von Empfehlungen kann je nach örtlichen und strukturellen Gegebenheiten variieren und erfordern daher eine differenzierte Betrachtung, eine systematische Prozessplanung und -umsetzung, die sich an definierten und erreichbaren Zielen orientiert und den Einsatz von Ressourcen und Methoden lösungsorientiert einsetzt.

Förderung altersgerechter Lebensbedingungen und gesellschaftlicher Teilhabe

Politik: Es braucht die Entwicklung und Umsetzung umfassender Strategien für altersgerechtes Wohnen, barrierefreie Infrastruktur, alternative Wohn- und Pflegekonzepte sowie generationsübergreifende Angebote. Eine Verstärkung der Bildungs- und Präventionsmaßnahmen, um soziale Teilhabe, Sicherheit und Gesundheit zu gewährleisten sollte gefördert werden. Die Förderung eines positiven und vielfältigen Altersbildes durch gezielte Kampagnen und mediale Darstellung sollte unterstützt werden. Dafür müssen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Verwaltung: Der Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten, Stärkung von Begegnungsorten und wohnortnahen Dienstleistungen sowie Verbesserung der transdisziplinären Koordination und Planung für barrierefreie und sichere Lebensräume sollten gefördert werden. Individuelle und generationsübergreifende Bildungsangebote sollten gefördert werden.

Zivilgesellschaft: Die Unterstützung von Gemeinschaftsinitiativen, Ehrenamtsprojekten und Netzwerken, die ältere Menschen aktiv einbinden, um ihre soziale Teilhabe zu stärken und generationsübergreifende Begegnungen zu ermöglichen, sollten gefördert werden.

Stärkung des Ehrenamts und der digitalen Teilhabe

Politik: Politische Strukturen sollten die Sicherstellung geeigneter Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement, die Förderung der digitalen Bildung für ältere Menschen und die Entwicklung nachhaltiger Strategien zur Gewinnung von Freiwilligen, insbesondere aus den Rentnerjahrgänge, gewährleisten.

Verwaltung: Verwaltungsstrukturen sollten den Aufbau und die Unterstützung lokaler Netzwerke sowie zielgruppengerechte Informations- und Bildungsangebote im Bereich Digitalisierung und Ehrenamt ermöglichen und unterstützen. Die Schaffung geeigneter Infrastrukturen für Ehrenamtliche und Multiplikator*innen ist dafür grundlegend.

Zivilgesellschaft: Der Aufbau von Plattformen und Netzwerken, die Ehrenamtliche vernetzen und ihre Arbeit erleichtern, sollte unterstützt und ausgebaut werden. Dabei sollte die Förderung von digitalen Kompetenzen und der Weitergabe von Wissen durch ehrenamtliche Multiplikator*innen gestärkt werden.

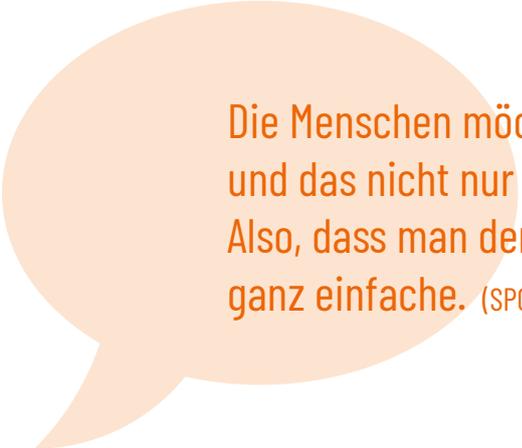
Optimierung von Pflege, Prävention und Verwaltungsprozessen

Politik: Die Entwicklung flexibler und nachhaltiger Pflegemodelle sowie einer sicheren Finanzierung der Pflege ist politisch sicherzustellen. Präventionsmaßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit und Gewaltschutz sollten gefördert werden. Partizipationsmöglichkeiten für ältere Menschen in politischen und gesellschaftlichen Prozessen sollte ausgebaut werden.

Verwaltung: Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte, die Integration von Pflegesozialplanung in die allgemeine Sozialplanung und Stärkung von Beratung und Zugänglichkeit von Pflege- und Präventionsangeboten sollten verstärkt werden.

Zivilgesellschaft: Die Förderung von Nachbarschaftshilfe, ehrenamtlichen Pflegeunterstützungen und Austauschplattformen für Pflegekapazitäten sollte ausgebaut werden. Sensibilisierungs- und Aufklärungsinitiativen, um gesellschaftliche Ängste wie Einsamkeit und Armut zu bekämpfen, sollten gefördert werden.

Diese Empfehlungen betonen die Notwendigkeit einer koordinierten Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, um die Lebensqualität älterer Menschen nachhaltig zu verbessern und eine inklusive Gesellschaft zu fördern.



Die Menschen möchten über Themen reden
und das nicht nur vor einer Wahl.
Also, dass man demokratische Mittel wirklich nutzt,
ganz einfache. (SPGK-I_029:18)

3.5 Stadt – ländlicher Raum

Bei der Analyse der Daten bezogen auf den geografischen Raum „Stadt“ und den „ländlichen Raum“ wird deutlich, dass die Interviewten und Teilnehmenden der Zukunftswerkstätten über unterschiedliches Wissen bezogen auf die Funktionsweisen von Gebietskörperschaften und die damit verbundenen Zuständigkeiten, Rahmen, Aufgaben und Pflichten aufweisen. Auch wird in der Analyse der Daten deutlich, dass die Interviewten gleichlautende Begrifflichkeiten unterschiedlich verwenden.

Daraus lässt sich schließen, dass es hilfreich ist, bei der (Weiter-)Entwicklung von SPGK neben einem prozesshaften Vorgehen und der inhaltlichen Ausrichtung verschiedener Handlungsfelder über die unterschiedlichen Funktionsweisen des politischen Systems zu informieren und dazugehörige Begriffe zu klären.

Städte und ländliche Räume lassen sich aufgrund ihrer strukturellen und räumlichen Verwobenheit nicht getrennt voneinander betrachten, wenn es um das gelingende Entwickeln und Weiterentwickeln von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten geht. Eine gezielte und differenzierte Betrachtung ist grundlegend, um die Gelingensfaktoren und Hemmnisse für die Erstellung solcher Konzepte zu identifizieren. Beide Struktureinheiten benötigen auf Prozessebene ähnliche Schritte für die Entwicklung und Weiterentwicklung von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten. Gleichzeitig verfügen sie jedoch über unterschiedliche Bedarfe und Rahmenbedingungen, beispielsweise in Form von Ressourcen. Dies erfordert eine gezielte strategische Herangehensweise, die sich an die jeweiligen Gegebenheiten, die Bedarfe der Zielgruppe und die strukturellen Umsetzungsmöglichkeiten vor Ort orientiert. Die Veränderungen aufgrund einer sich wandelnden Altersstruktur und Zusammensetzung der Bewohner*innen von Städten und ländlichen Räumen müssen nicht identisch sein. Städte und ländliche Räume verfügen über unterschiedliche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel bei der Erreichbarkeit von Angeboten. Die Versorgung mit Gesundheitsdiensten, Beratungsstellen, Freizeitmöglichkeiten und Teilhabeangeboten variiert stark zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Auch die Alterszusammensetzung der Bewohner*innen kann sehr unterschiedlich sein, was unterschiedliche Bedürfnisse und Prioritäten mit sich bringt. Die Verfüg-

barkeit und Art von Fördermitteln können je nach Region unterschiedlich sein. Ebenfalls ist die Barrierefreiheit, die Verfügbarkeit von Einfamilienhäusern oder Mehrfamilienhäusern und deren Anpassung an die Bedürfnisse älterer Menschen sehr unterschiedlich. Auch variieren die finanziellen Ressourcen, die für seniorenpolitische Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Ideen, Maßnahmen und Ziele von SPGK müssen daher an die Handlungsmöglichkeiten der jeweiligen Struktureinheit angepasst sein.

Die Perspektive und Verhältnismäßigkeit von Gelingensfaktoren und Hemmnisse bei der (Weiter-)Entwicklung von SPGK bezogen auf räumliche Gegebenheiten zwischen Städten und dem ländlichen Raum wurden nicht explizit im Untersuchungsinteresse formuliert und nicht konkret in den Expert*inneninterviews nachgefragt.

Die Analyse der Daten zeigte, dass Teilnehmende ihre Perspektive darauf dennoch einbrachten. Aus diesem Grund wurde das Thema mit in die Auswertung der Daten aufgenommen und ausgewählte Passagen darauf bezogen untersucht. Deutlich wurde dabei, dass unterschiedlich viel Wissen über die Funktionsweisen von Gebietskörperschaften und deren Zuständigkeiten bei Befragten vorliegen und Begriffe teils unterschiedlich verwenden wurden.

Bei der (Weiter-)Entwicklung von SPGK ist es daher wichtig, nicht nur prozessorientiert zu arbeiten, sondern auch über das politische System zu informieren und Begriffe zu klären. Die Seniorenpolitik in Städten und ländlichen Räumen steht vor ähnlichen Herausforderungen. Freiwillige Leistungen treten oft hinter Pflichtaufgaben zurück, weshalb klare Ansprechpartner*innen für Fördermöglichkeiten von Interviewten gefordert wurden. Eine durchdachte Strategie mit erreichbaren Zielen und umsetzbaren Maßnahmen war laut Befragten essenziell. Bestehende Strukturen sollten genutzt und deren Machbarkeit geprüft werden. In den analysierten Daten deutete sich an, dass Städte und auch der ländliche Raum ähnliche Prozessschritte benötigen trotz unterschiedlicher Bedarfe und Rahmenbedingungen wie etwa bei Ressourcen, Angeboten, Altersstrukturen, Fördermitteln und finanziellen Spielräumen. Diese Unterschiede erfordern eine gezielte Anpassung an lokale Gegebenheiten, Zielgruppenbedarfe und Umsetzungsbedingungen.

Ideen, Maßnahmen und Ziele von SPGK müssen daher an die Handlungsmöglichkeiten der jeweiligen Struktureinheit angepasst sein. Eine zielgruppengerechte Beteiligung älterer Menschen, die Nutzung bestehender Strukturen sowie die Förderung von Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen, Zivilgesellschaft und lokalen Akteur*innen sind entscheidend.

Die Daten zeigen, dass die Erstellung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte in Landkreisen und kreisfreien Städten unterschiedliche Ansätze erfordert. Hauptunterschiede liegen in der räumlichen Entfernung, Infrastruktur, Erreichbarkeit von Angeboten und finanziellen Rahmenbedingungen. Städte bieten oft mehr Angebote und bessere Infrastruktur, während ländliche Räume größere Distanzen und weniger Ressourcen aufweisen.

Zudem führt der Zuzug älterer Menschen in Städte aufgrund barriereärmerer Wohnräume und besserer Pflegeangebote zu Herausforderungen, wie hohen Mietkosten. Gleichzeitig beeinflussen die Alterung und Veränderungen der Besiedlungsräume die Planung der Daseinsvorsorge. Alternative Lösungen für die Erreichbarkeit und Vernetzung, besonders in der medizinischen Versorgung, sind notwendig.

Um differenzierte Aussagen über die Verbundenheit bezogen auf die Erstellung von seniorenpolitischer Gesamtkonzepte tätigen zu können, bedarf es weiterer Untersuchungen.

Dennoch lassen sich Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft formulieren.

Politik: Politische Ebenen sollten je nach Zuständigkeit sicherstellen, dass es klare und leicht zugängliche Ansprechpartner*innen gibt, die für Fragen zu Fördermöglichkeiten zuständig sind. Diese Personen sollten offiziell benannt und bekannt gemacht werden. Weiterhin sollten gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Senior*innenvertretungen sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten zu etablieren. Es sollten Initiativen und Programme unterstützt werden, die die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Disziplinen und Akteur*innen fördern. Dies kann durch Förderprogramme, gesetzliche Regelungen oder finanzielle Anreize geschehen.

Verwaltung: Die Verwaltungen der Bundes-, Landes-, Landkreis, und Kommunalebene sollte je nach Zuständigkeit Plattformen und Gelegenheiten schaffen, um den Austausch zwischen verschiedenen Akteur*innen der Ebenen sowohl von Städten, als auch ländlicher Räume zu fördern. Dies kann durch die Organisation von Netzwerktreffen, Workshops und regelmäßigen Dialogforen geschehen. Es sollte sichergestellt werden, dass Informationen und Angebote zielgruppengerecht kommuniziert werden. Dies bedeutet, dass die Kommunikation in einer verständlichen Sprache und über geeignete Kanäle erfolgen muss.

Auch sollten Programme und Initiativen unterstützt werden, die den Aufbau und die Stärkung von Gemeinschaften fördern.

Zivilgesellschaft: Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft sollten aktiv den Austausch und die Vernetzung zwischen verschiedenen Akteur*innen in Städten und dem ländlichen Raum fördern. Dies kann durch die Organisation von Veranstaltungen, Netzwerktreffen und gemeinsamen Projekten geschehen. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sollten sicherstellen, dass ihre Angebote und Informationen zielgruppengerecht kommuniziert werden und Initiativen und Projekte unterstützen, die den Aufbau und die Stärkung von Gemeinschaften sowohl in der Stadt, als auch in ländlichen Räumen fördern.

Abbildung 5: Grafik Recording der Ergebnisdiskussion „Qualitätskriterien und Handlungsempfehlungen“ mit Studienleitungen und Arbeitsgruppe Klinische Pflege am 11.12.2024, gezeichnet von Gabriele Schlipf

4 ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE – TEIL 2

4.1 Beantwortung der Forschungsfragen

Ob, wie und wodurch gelingt es, die Erstellung eines SPGK kooperativ zu gestalten?

Die kooperative Erstellung eines SPGK gelingt durch ein gezieltes Kooperationsmanagement, welches die Beteiligten in n Austausch von Kenntnissen über Arbeitsweisen und -inhalte fördert, Ressortzuständigkeiten klärt, Mehrfachbearbeitungen reduziert und eine nachhaltige Übernahme von Verantwortung sicherstellt.

Wer ist legitimiert mitzuarbeiten und welche Formen von legitimierten Entscheidungsverfahren gibt es im Untersuchungsgebiet?

Legitimiert zur Mitarbeit sind insbesondere Senior*innen sowie Vertreter*innen relevanter gesellschaftlicher Gruppen, die ihre Bedürfnisse und Perspektiven repräsentieren. Die aktive Beteiligung dieser Gruppen sollte in Entscheidungsprozessen gefördert werden, um die Bedürfnisse und Anliegen in politischen und administrativen Prozessen zu berücksichtigen. Im Untersuchungsgebiet MV sind die Mitwirkungsrechte von Seniorinnen und Senioren im Seniorenmitwirkungsgesetz MV (SenMitwG M-V) verankert [34]. Dieses Gesetz zielt darauf ab, ihre aktive Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu fördern. Seniorenbeiräte agieren als Partner von Politik und Verwaltung, indem sie die Kommunalpolitik in seniorenpolitischen Fragen beraten und Vorschläge unterbreiten. Sie arbeiten partei- sowie verbandsunabhängig und sind weltanschaulich neutral [35].

Welche Rolle und Entscheidungskompetenzen haben die Kommunen?

Kommunen spielen eine zentrale Rolle bei Erstellung und Weiterentwicklung SPGK. Ihre Hauptaufgaben und Entscheidungskompetenzen liegen in der Prozessplanung, dem strategischen Vorgehen und dem gezielten Einsatz von Methoden, sowie die Sicherstellung der Partizipation von relevanten Gruppen und einer geeigneten Kommunikation über Ziele, Vorgehensweisen, Erfolge und Aktivitäten im gesamten Prozess und bezogen auf die verschiedenen Handlungsfelder.

Die Kommunen sollten die Rolle des „Ermöglichers“ im Prozess der Erstellung und Weiterentwicklung eines SPGK übernehmen, um die Zielerreichung und aktive Mitwirkung aller Beteiligten zu fördern. Ermöglichen bedeutet unterstützend zu agieren, Ressourcen zu koordinieren und sicher zu stellen, dass Hindernisse beseitigt werden und ein kooperativer, ergebnisorientierter Prozess stattfinden kann.

Kann der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und oder die Stadt Schwerin eine Aktivierung basisdemokratischer und zivilgesellschaftlicher Instrumente in die eigene Arbeit integrieren und die Förderung subsidiärer Entscheidungsstrukturen mit entwickeln um damit transparente Strukturen in öffentlichen Verwaltungen unterstützen?

Ja. Die Durchführung von bspw. moderierten Werkstätten zu bestimmten Themen können zur Aktivierung basisdemokratischer und zivilgesellschaftlicher Instrumente beitragen und die Ergebnisse können in die eigene Arbeit integriert werden. Werkstätten oder ähnliche Instrumente wie Bürger*innenforen, fortlaufende themenbezogene intersektorale Arbeitsgruppen, Bürger*innenhaushalte, Koordinierungsgremien und/oder Online-Plattformen können unterstützend sein, um Strukturen, Entscheidungswege und -logiken transparent zu machen. Darüber hinaus ist eine zielgruppengerechte und wertschätzende Kommunikation über Ziele, Vorgehensweisen, Erfolge und Aktivitäten im gesamten Prozess der Erstellung, Umsetzung und Weiterentwicklung eines SPGK ein überaus wichtiger Bestandteil damit Transparenz gewährleistet wird.

Wie funktioniert/gelingt die Begleitung und Mobilisierung von Gemeinden und relevanten Akteur*innen in den Gemeinden?

Die Begleitung und Mobilisierung von Gemeinden und relevanten Akteur*innen funktioniert durch ein strategisches Vorgehen und dem fachlich fundierten Einsatz von Methoden und dem Einbezug relevanter Gruppen in Entscheidungsprozesse. Methoden und Formate wie Umfragen, direktes Gespräch, Werkstätten und Austauschformate, Hinzuziehen von Expert*innen, themenbezogene Arbeitsgruppen und Bekanntmachen guter Beispiele können Personen und Institutionen zum Mitmachen anregen. Eine Anwendung von möglichst verschiedenen Methoden ist hilfreich, da es immer persönliche Präferenzen gibt. Auch innovative Formate können attraktiv sein und zur Mitarbeit einladen. Die Bereitstellung von Ressourcen und Informationen zur Nutzung von Fördermöglichkeiten trägt ebenfalls zur Aktivierung von Gemeinden und Akteur*innen bei.

Die zielgruppengerechte und wertschätzende Kommunikation über Ziele, Vorgehensweisen, Erfolge und Aktivitäten im gesamten Prozess der Erstellung, Umsetzung und Weiterentwicklung eines SPGK sind ein überaus wichtiger Bestandteil und Erfolgsfaktor. Die zuvor besprochene Einbeziehung von Zielgruppen und deren Unterstützenden gelingt nur durch entsprechende Ansprache. Vielfach gewünschte Transparenz kann nur durch aufrichtige Kommunikation hergestellt werden.

Ist es besser eine Betrachtung einer Gesamtregion oder die Aufteilung in Teilregionen vorzunehmen, um Probleme und Herausforderungen zu identifizieren und konkretisieren sowie gezielt formelle und informelle Akteur*innen zu finden?

Ob die Betrachtung einer Gesamtregion oder die Aufteilung in Teilregionen bei der Erstellung eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes bevorzugt werden sollte, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Beide Herangehensweisen haben Vorteile, eine Kombination aus beiden scheint sinnvoll.

Die Betrachtung einer Gesamtregion macht möglich übergeordnete, strukturelle Herausforderungen zu identifizieren, die alle Regionen betreffen. Diese könnten in gesetzliche Rahmenbedingungen oder allgemein gültige Förderprogramme berücksichtigt werden. Es könnten Maßnahmen entwickelt werden, die landesweit und darüber hinaus Wirksamkeit entfalten.

Die Betrachtung von Teilregionen fördert die kleinteilige Betrachtung der unterschiedlichen demographischen und infrastrukturellen Herausforderungen. Eine detaillierte Analyse und das Erkennen lokaler Besonderheiten ermöglicht auf die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Region abgestimmt zu agieren.

Insgesamt empfiehlt sich ein zirkuläres Vorgehen, bei dem zunächst das Gesamtbild betrachtet wird, um dann gezielt in Teilregionen detaillierte Maßnahmen zu entwickeln und diese in Beziehung zu den übergeordneten Strukturen zu setzen. Ein mehrstufiger Prozess zwischen den Verantwortungsbereichen von ggf. Bund, Land und Kommune ist dafür grundlegend.

Wie gelingt es, eine hohe und andauernde Motivation aller am Prozess Beteiligten aufrecht zu erhalten?

Um die Motivation aller am Prozess Beteiligten langfristig aufrechtzuerhalten, ist eine klare Vision entscheidend, die den Nutzen und die Bedeutung des Prozesses verdeutlicht. Kooperativ definierte und erreichbare Ziele unterstützen dabei, das Engagement für die Sache aufrecht zu erhalten, ebenso wie eine zielgruppengerechte Partizipation. Informationen über Entscheidungswege und Kongruenz im Entscheidungsverhalten kombiniert mit Unterstützung für Möglichkeiten zur Einflussnahme der zivilgesellschaftlich Engagierten sichern die Zustimmung bei teilweise langatmigen Entwicklungs- und Umsetzungsprozessen. Eine transparente und wohlwollende Kommunikation und eine positive, respektvolle Arbeitsatmosphäre schaffen Vertrauen und erleichtern die Zusammenarbeit über längere Zeiträume.

Die Beantwortung der Forschungsfragen basiert auf der Analyse der erhobenen Daten. Aus dieser Analyse lassen sich thematisch verschiedene Gelingensfaktoren und Hemmnisse ableiten, die bei der (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte eine zentrale Rolle spielen.

Es konnte herausgearbeitet werden, dass der Erfolg der (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts maßgeblich von einer strategischen, methodischen und partizipativen Herangehensweise abhängt. Es wird deutlich, dass es dafür eine Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Senior*innen sowie ein durchdachtes Kooperationsmanagement entscheidend sind, um den

Herausforderungen des demografischen Wandels nachhaltig zu begegnen. Ein SPGK kann nur dann erfolgreich sein, wenn es als gemeinschaftlicher, langfristiger und dynamischer Prozess verstanden wird, der die dauerhafte Motivation aller Beteiligten über erreichbare Ziele und eine respektvolle und transparente Kommunikation setzt. Folgende Gelingensfaktoren und Hemmnisse für die (Weiter-)Entwicklung von SPGK leiteten wir aus der Analyse ab.

4.2 Gelingensfaktoren und Hemmnisse

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht zu den relevanten Themen, die sich bei der (Weiter-)Entwicklung eines SPGK ergeben und skizziert entsprechend dazu Gelingensfaktoren und Hemmnisse. Wie im Verlauf des Berichtes aufgezeigt werden konnte, variieren die Faktoren je nach örtlichen und strukturellen Gegebenheiten und erfordern daher eine differenzierte Betrachtung sowie eine systematische Prozessplanung und -umsetzung.

Tabelle 4: Übersicht Gelingensfaktoren und Hemmnisse bei der (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung senienpolitischer Gesamtkonzepte, eigene Darstellung

Thema	Gelingensfaktoren	Hemmnisse
Prozessverständnis	Erstellung und Weiterentwicklung als (längerfristigen) Prozess verstehen und gestalten mit kontinuierlicher Evaluation und Zieloptimierung = Strategische Herangehensweise	Mangel an Ressourcen, politischem Willen und Verantwortung, fehlende Umsetzungsorientierung, fehlende Weiterentwicklung und unklare Prozesse
Methodeneinsatz	Strategisches Vorgehen unter gezieltem und fachlichem Einsatz von Methoden und Ermittlung von Bedarfen sowie Erarbeitung von Wirksamkeitsfaktoren	Mangel an Wissen, Methoden und Entschiedenheit über strategisches Vorgehen
Partizipation	Zielgruppengerechte Partizipation und Kommunikation gewährleisten	Barrieren bei Zugängen und Beteiligungsformaten, Kommunikationsdefizite und unzureichende Interessenvertretung verschiedener Bevölkerungsgruppen
Einbeziehen von gesamtgesellschaftlicher Perspektive	Transdisziplinäre und gesamtgesellschaftliche Zielausrichtung	einseitige Perspektive

Thema	Gelingensfaktoren	Hemmnisse
Entscheidungen/ Zuständigkeit	Klare Zuständigkeiten und Rahmenbedingungen für Mitwirkung, Entscheidungswege und -logiken transparent machen	Desinteresse und Zielkonflikte bei thematischer und organisatorischer Komplexität/Verflechtung
Kooperationsmanagement	Klärung und Sichtbarmachen von Ressortzuständigkeiten, Arbeitsweisen, Verantwortungsbereichen und -zuweisungen Abbau von Mehrfachbearbeitungen, Übernahme von Verantwortung	Fehlendes Wissen zur jeweiligen Arbeitsweise und Zuständigkeiten von Institutionen und Strukturen Koordinationsmängel (fehlender Austausch, Doppelstrukturen) und fehlende Verantwortungsübernahme, nicht geregelte Zuständigkeiten
Zivilgesellschaftliche Beteiligung schaffen und sichern	Bildung nachhaltiger Netzwerke (breit beteiligen), Engagement und Interessenvertretung stärken	Engagement- und Struktur-mangel vor Ort
Öffentlichkeitswirksamkeit und -kommunikation	Zügig Verbesserungen schaffen, dazu Sichtbarkeit und Kommunikation	Erfolglosigkeit und Unsichtbarkeit bei Maßnahmen
Ressourcen	Sicherstellung von Ressourcen und Nutzung von Fördermöglichkeiten	Ineffektiver Einsatz finanzieller Ressourcen
Lebensrealitäten von Senior*innen	Sich auseinandersetzen mit den Lebensrealitäten der Senior*innen, proaktives Herangehen an die Herausforderungen	Ignoranz, Vernachlässigung der Bedürfnisse und Lebenslagen von Senior*innen
Gestaltung der Zusammenarbeit	Verbindlichkeit und Verständlichkeit schaffen	Vertrauensverlust

Die Entwicklung und Weiterentwicklung von Prozessen erfordern eine langfristige, strategische Herangehensweise mit kontinuierlicher Evaluation und Anpassung. Wesentliche Herausforderungen sind dabei der Mangel an Ressourcen, politischem Willen sowie klaren Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Um eine effektive Zusammenarbeit zu gewährleisten, müssen Partizipation, Transparenz und die Einbeziehung verschiedener Perspektiven gestärkt werden, wobei auch die Lebensrealitäten von Senior*innen in den Mittelpunkt gerückt werden sollten.

Diese Erkenntnisse bilden die Grundlage für die weiteren Überlegungen im folgenden Kapitel „Fazit und Ausblick“.

5 FAZIT UND AUSBLICK

Die Beantwortung der Forschungsfragen mit Benennung der Gelingensfaktoren und Hemmnissen konnte durch die erhobenen Daten und deren Auswertung gut erfolgen. Darüber hinaus wurden Kriterien abgeleitet, die den Prozess der (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung eines SPGK entscheidend in der Qualität beeinflussen. Wird dieser als breit angelegtes und fundiertes Programm mit Unterlegung von Fachexpertise und Umsetzungswillen gestaltet, eröffnet dies Chancen und Möglichkeiten, den kommenden demografischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Weiterhin wurden Empfehlungen bezogen auf verschiedene Handlungsfelder abgeleitet.

Der Blick in die anderen Bundesländer zeigte zum einen, dass diese den Weg der Steuerung von Senior*innenpolitik über Gesamtkonzepte und Leitlinien schon seit geraumer Zeit erfolgreich beschreiten, auch mit Fortschreibungen und Evaluationen. In großen Teilen decken sich unsere Ergebnisse und Empfehlungen mit diesen Veröffentlichungen. So konnte insbesondere die Evaluation der Bayrischen Konzepte [19], was die strategische und methodische Steuerung angeht, die methodische und strukturelle Vorgehensweise sowie die kommunikative Stärke des Brandenburger Weges, die Stärkung der quartiersbezogenen Aktionsräume [28, 29] und Zieldefinition und Maßnahmensteuerung nach Wirksamkeitskriterien in Berlin [26] durch die bereits gemachten (langjährigen) Erfahrungen bestätigt werden.

Die Sicherung der Beteiligung bei formalen Entscheidungsprozessen von Senior*innen über ein Mitwirkungsgesetz kann ein weiterer wichtiger Baustein sein ebenso wie die Einrichtung einer/s Landesseniorenbeauftragtem/r als zentralen Kristallisations- und Kommunikationspunkt in der sektoren- und ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Zudem können diese beiden Möglichkeiten ernsthaften Willen signalisieren zum konsequenten Berücksichtigen und Einbinden der Senior*innen.

In der praktischen Umsetzung sind die aufgezeigten Prozessschritte, Kriterien, Gelingensfaktoren und Hemmnisse sowie die abgeleiteten Handlungsempfehlungen als idealtypisch zu verstehen. Sie sind aus empirischen Daten abgeleitet und somit nicht zwingend in allen Kontexten in der praktischen Anwendung vollständig oder jederzeit unmittelbar umsetzbar. Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung und nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität insbesondere älterer Menschen liegt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auf verschiedenen Ebenen. Diese Herausforderung kann nicht ausschließlich durch staatliche Strukturen bewältigt werden, da der demographische Wandel tiefgreifende Veränderungen erfordert, in die alle gesellschaftlichen Akteur*innen einbezogen werden müssen.

Jedoch wird die erfolgreiche Gestaltung und Umsetzung eines SPGK nur geschehen können, wenn eine größere Anzahl und Kombination der Gelingensfaktoren berücksichtigt wird. Kurze projekthafte Laufzeiten, wechselnde Ansprechpersonen und ein Mangel an Ressourcen wird die Nachhaltigkeit und Strahlkraft beschränken.

Kleine lokale Aktivitäten zu fördern, vor allem jene, die von den Bürgerinnen und Bürgern selbst angestoßen werden, sind hilfreich und unterstützen das Gelingen. Hier bedarf es mehr

Bereitstellung von Wissen und Unterstützung, auch was formale Vorgehensweisen angeht. So manche Förderungsvoraussetzung und Antragsprozedere müssen auf Anwendbarkeit für kleine engagierte Gruppen und Vereine angepasst werden. Gerade der Informationsaustausch und die Vernetzung in Quartieren und Kommunen, die gegenseitige Unterstützung und Nachbarschaftshilfe, das Schaffen von lokalen Netzwerken kann neben der praktischen (gegenseitigen) Hilfestellung Erfahrungen von Selbstwirksamkeit ermöglichen und ein lokales Selbstbewusstsein schaffen.

Ein gut gemachtes SPGK kann nachhaltige Lösungen auf komplexe und verwobene gesellschaftliche Herausforderungen vor Ort bewirken, aktive Mitwirkung von Bürger*innen steigern und erlebbare Gestaltungspotenziale heben. Somit trägt ein gelingendes SPGK zur Stärkung der Demokratie bei und braucht allein schon deshalb deutlich mehr Aufmerksamkeit in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung. Die seniorenpolitischen Themen und Herausforderungen sind gesamtgesellschaftlich relevant und benötigen entsprechend gezielte, strategische Planungsprozesse und die Kompetenz und Kenntnisse, um das abgestimmte Ableiten von Maßnahmen und Benennen von erreichbaren Zielen transdisziplinär zu ermöglichen. SPGK sind nicht trivial, wie die vorliegende Forschung zeigt. SPGK sind komplexe, verwobene und vielschichtige Themenkomplexe, die von allen Beteiligten Zeit, Ambiguitätstoleranz und dem Umgang mit Vielfalt abverlangen.

Der Zusammenhang von SPGK und Stärkung der Demokratie lässt sich mit Blick Steffen Maus [36] Werk „Das metrische Wir. Die Gesellschaft in Zeiten der Quantifizierung“ und der darin beschriebenen Begriffe der Input- und Output-Demokratie beschreiben. Die Input-Demokratie zielt demnach darauf ab, durch Partizipation und Mitbestimmung die Legitimation politischer Entscheidungen zu sichern. Ein SPGK trägt hierzu bei, indem es Bürger*innen in die Planung und Gestaltung einbindet und ihre Bedürfnisse berücksichtigt. Gleichzeitig stärkt ein gelingendes SPGK die Output-Demokratie, da es durch effektive Problemlösungen und strategische Maßnahmen sichtbare Erfolge erzielt, die zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen. Ein gut gestaltetes SPGK könnte zum Labor der Partizipation [37] werden, in dem Bürger*innen nicht nur Informationen erhalten, sondern aktiv in die Planung und Gestaltung von Lösungen für ihre Region einbezogen werden. Diese aktive Mitgestaltung entspricht auch dem Prinzip des Community Organizing [38]. Saul Alinsky gilt als Vater des Community Organizing in seinem bekanntesten Werk „Rules for Radicals“, legt er Strategien und Prinzipien für die Organisation von Gemeinschaften zur politischen und sozialen Veränderung dar [39]. Alinsky betonte die Bedeutung der Selbstorganisation von Gemeinschaften und die Notwendigkeit, Machtverhältnisse herauszufordern, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen [39]. Beim Community Organizing geht es darum, Gemeinschaften zu mobilisieren und dabei zu unterstützen ihre eigenen Probleme zu erkennen und zu lösen – immer im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensqualität vor Ort. Durch den Fokus auf lokale Gegebenheiten und die besondere Berücksichtigung regionaler Besonderheiten schafft ein SPGK eine Grundlage für die Output-Demokratie, da es konkrete, umsetzbare Lösungen für Probleme entwickelt. In einem gut organisierten Community-Organizing-Prozess sind diese Lösungen oft direkt mit den Bedürfnissen und Wünschen der Gemeinschaft verbunden, was den Erfolg von Maßnahmen und

Projekten sicherstellt. So wird die Output-Demokratie gestärkt, da sichtbare Erfolge erzielt und die Lebensqualität verbessert werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein gut durchdachtes SPGK ein Instrument ist, das sowohl die Input-Demokratie durch die Förderung der Bürger*innenbeteiligung als auch die Output-Demokratie durch die Umsetzung effektiver, gemeinschaftlich getragener Lösungen stärkt. Dabei sollte es sowohl die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung als auch die vielfältigen gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Gegebenheiten berücksichtigen.

Darüber hinaus fördert ein SPGK im Sinne des „Community Organizing“ die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteur*innen, was zu einem stärkeren Grad der Zusammengehörigkeit führt. Diese Synergieeffekte aus einer starken zivilgesellschaftlichen Einbindung und einer effektiven politischen Umsetzung machen das SPGK zu einem effektiven Modell für die Stärkung der Demokratie und die Verbesserung der Lebensbedingungen älterer Menschen.

Ein nachhaltiger Paradigmenwechsel, der auf einer breiten, gesamtgesellschaftlichen Verantwortung basiert, erfordert es, dass alle gesellschaftlichen Ebenen – von der Kommune über die Landesebene bis hin zur nationalen Politik – aktiv eingebunden werden. Der demografische Wandel fordert hier eine enge Kooperation zwischen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und den betroffenen Bürger*innen, um Lösungen zu entwickeln, die nicht nur effektiv, sondern auch langfristig tragfähig sind.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Umsetzung eines SPGK nicht nur zur Lösung spezifischer sozialer Probleme beiträgt, sondern auch einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leistet. Es bietet die Chance, den demografischen Herausforderungen auf eine Weise zu begegnen, die sowohl die Lebensqualität älterer Menschen verbessert als auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Daher wird es zukünftig entscheidend sein, das SPGK als Instrument der sozialen und politischen Gestaltung weiter zu fördern und in unterschiedlichen Kontexten zu erproben.

Literatur

1. Landeshauptstadt Schwerin (2016). Älter werden in Schwerin, Ratgeber für Senioren und Angehörige – 2016. In, Schwerin https://www.schwerin.de/broschuerenarchiv/aelter_werden_in_schwerin.pdf. Zugegriffen: 02.01.2025
2. Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern (2019). Nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren. In, Schwerin, S. 2 <https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/download?id=1614625>. Zugegriffen: 02.01.2025
3. Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024). Kreisfreie Städte und Landkreise nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2023. In, Schwerin <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/04-kreise.html>. Zugegriffen: 13.03.2024
4. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2024). Statistische Berichte. Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. In, Schwerin <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A133K/A133K%202023%2000.xlsx>. Zugegriffen: 18.01.2025
5. Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (2019). Neue Prognose: Einwohnerzahl sinkt – aber schwächer als erwartet (Pressemitteilung 204/19). In, Schwerin https://www.regierung-mv.de/static/Regierungsportal/Ministerium%20f%C3%BCr%20Energie%2C%20Infrastruktur%20und%20Digitalisierung/Dateien/Downloads/V204-19_5.%20Bev%C3%B6lkerungsprognose.pdf. Zugegriffen: 18.01.2025
6. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind. In, Berlin https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/PDF/Demografische_Lage_online.pdf. Zugegriffen: 18.01.2025
7. Kleinig G (1995). Lehrbuch Entdeckende Sozialforschung. Band 1 Von der Hermeneutik zur qualitativen Heuristik. Beltz, Hamburg, S. 351 ff., 243 ff., 267, 273 ff.
8. Mayring P (2022). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (13. Aufl.). Beltz, Weinheim und Basel, S. 119
9. Dresing T, Pehl T (2018). Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende (8. Aufl.). Marburg
10. World Health Organization (WHO) (o. J.). Global Network for Age-friendly Cities and Communities: Age-friendly Environments ECHO Learning Programme (AFE-ECHO). In, Geneva <https://extranet.who.int/agefriendlyworld/>. Zugegriffen: 18.09.2024
11. Kleinig G (1994). Qualitativ-heuristische Sozialforschung: Schriften zur Theorie und Praxis. Fechner, Hamburg, S. 33
12. Steinke I (2000). Gütekriterien qualitativer Forschung. In: Flick U, Kardorff Ev, Steinke I (Hrsg.) Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Rowohlt Taschenbuch, Hamburg, S. 319–331

13. Bundestag Deutscher (1994). Stenographischer Bericht 236. Sitzung. In, Bonn <https://dserver.bundestag.de/btp/12/12236.pdf#P.20740>. Zugegriffen: 24.01.2025
14. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)(2020). Achter Altersbericht – Ältere Menschen und Digitalisierung. In, Berlin <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/159916/9f488c2a406ccc42cb1a694944230c96/achter-altersbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>. Zugegriffen: 01.01.2025
15. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)(2025). Neunter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. In, Berlin <https://www.neunter-altersbericht.de/>. Zugegriffen: 20.01.2025
16. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg (2007). Alt werden im Land Brandenburg – Leitlinien zur Seniorenpolitik der Landesregierung. In, Potsdam https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w4/drs/ab_4100/4135.pdf. Zugegriffen: 28.03.2024
17. Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie Brandenburg (2018). Fortschreiben. Verbessern. Fördern. Die Umsetzung neuer Leitlinien der Seniorenpolitik 2017. In, Potsdam https://msgiv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Borschuere_Umsetzung_neuer_Leitlinien_der_Seniorenpolitik_2017.pdf. Zugegriffen: 19.12.2024
18. Landtag Brandenburg (2024). Aktiv, mobil und engagiert: Eine Gesellschaft des langen Lebens gestalten. Die Fortschreibung der Seniorenpolitischen Leitlinien der Landesregierung. In, Potsdam https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_9400/9457.pdf. Zugegriffen: 18.09.2024
19. Kremer-Preiß U, Bahr M (2017). Seniorenpolitische Gesamtkonzepte, Erfahrungen und praktische Beispiele für die Umsetzung – eine Arbeitshilfe. In, München [https://www.bestellen.bayern.de/application/eshop_app000009?SID=478498158&ACTIONxSESSxSHO WPIC\(BILDxKEY:%2710010656%27,BILDxCLASS:%27Artikel%27,BILDxTYPE:%27PDF%27](https://www.bestellen.bayern.de/application/eshop_app000009?SID=478498158&ACTIONxSESSxSHO WPIC(BILDxKEY:%2710010656%27,BILDxCLASS:%27Artikel%27,BILDxTYPE:%27PDF%27). Zugegriffen: 16.09.2024
20. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung Familie und Frauen (2010). Kommunale Seniorenpolitik, Eckpunkte und Empfehlungen für Landkreise und kreisfreie Städte, Leitfaden für kreisangehörige Städte und Gemeinden. In, München https://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_inet/senioren/3.6.2.2_broschure_leitfaden_fur_die_kommunale_seniorenpolitik_in_bayern.pdf. Zugegriffen: 16.09.2024
21. Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (2022). Aktiv und selbstbestimmt – Seniorenpolitik in Bayern, Bilanz und Leitlinien der Bayerischen Seniorenpolitik. In, München <https://www.demografie-portal.de/DE/Publikationen/2023/aktiv-und-selbstbestimmt-seniorenpolitik-in-bayern.html>. Zugegriffen: 29.01.2025
22. Senatsverwaltung für Integration Arbeit und Soziales (2016). Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz (BerlSenG). In: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin <https://www.berlin.de/sen/soziales/service/berliner-sozialrecht/kategorie/rechtsvorschriften/berlseng-573405.php>. Zugegriffen: 20.01.2025

23. Senatsverwaltung für Integration Arbeit und Soziales (2021). Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz, Abschlussbericht der Evaluation. In, Berlin https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/seniorinnen-und-senioren/211217_abschlussbericht_evaluation-berliner-seniorenmitwirkungsgesetz_barrierefrei.pdf. Zugegriffen: 18.09.2024
24. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales (2013). Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik. In, Berlin https://www.demografie-portal.de/DE/Publikationen/2013/leitlinien-der-berliner-seniorenpolitik.pdf?__blob=publicationFile&v=1. Zugegriffen: 19.12.2024
25. Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA)(2024). Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik, Zugehörigkeit und Teilhabe der Generation 60plus in Berlin. In, Berlin https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/seniorinnen-und-senioren/leitlinien-der-seniorenpolitik/leitlinien-der-seniorenpolitik-2024_digitales-pdf.pdf. Zugegriffen: 18.09.2024
26. Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA)(2024). Maßnahmenkatalog zu den Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik, Zugehörigkeit und Teilhabe der Generation 60plus in Berlin. In, Berlin <https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/seniorinnen-und-senioren/leitlinien-der-seniorenpolitik/monitoring-der-berliner-leitlinien-zur-seniorenpolitik/>. Zugegriffen: 18.09.2024
27. Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke Hamburg (2021). Mischen Sie mit! Steigen Sie ein! Die Generation 60+ ist gefragt. Das Hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz (HmbSenMitwG). In, Hamburg <https://www.hamburg.de/resource/blob/51210/6b7cfd3bab253bf45c444a25a0e3d4da/das-hamburgische-seniorenmitwirkungsgesetz-data.pdf>. Zugegriffen: 19.12.2024
28. Freie und Hansestadt Hamburg (2023). Globalrichtlinie zur bezirklichen Offenen Seniorinnen- und Seniorenarbeit in der Freien und Hansestadt Hamburg. In, Hamburg <https://www.hamburg.de/resource/blob/51204/7c4ceeddb6d099227fc56cf1d660ef51/globalrichtlinie-bezirkliche-seniorenarbeit-data.pdf>. Zugegriffen: 10.04.2024
29. Ministerium für Generationen, Frauen, Familien und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (2010). Gemeinsam in einer Gesellschaft des langen Lebens, Seniorenpolitische Leitlinien des Landes Nordrhein-Westfalen bis 2025. In, Düsseldorf https://www.dueren.de/assets/userfiles/pdf_bereich_lebenundwohnen/Seniorinnen_Seniorenpolitische_Leitlinien_bis_2025.pdf. Zugegriffen: 23.12.2024
30. Anselmann V, Erjauz B, Zinner J (2024). Wie altersfreundlich ist Ihre Gemeinde?“ – Entwicklung eines Messinstruments zur Erfassung von Altersfreundlichkeit in ländlichen Regionen – eine Delphi-Studie. In: Pflege & Gesellschaft, 29(1), S. 21–41. <http://dx.doi.org/10.3262/PUG2401021>. Zugegriffen: 21.01.2025
31. Körber-Stiftung (o. J.). Homepage – Projekte. In, Hamburg <https://koerber-stiftung.de/projekte/>. Zugegriffen: 09.01.2025
32. Hartung S, Rosenbrock R (2022). Public Health Action Cycle / Gesundheitspolitischer Aktionszyklus. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)(Hrsg.). <https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-i099-2.0>. Zugegriffen: 22.01.2025

33. Kompetenzzentrum ländliche Mobilität (KOMOB)(2025). ELLI – Dorfbus im ländlichen Raum. In, Wismar <http://komob.de/projekte/elli/>. Zugegriffen: 14.01.2025
34. Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2015). Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern (Seniorenmitwirkungsgesetz M-V – SenMitwG M-V) vom 26. Juli 2010. Stand: letzte berücksichtigte Änderung: § 11 neu eingefügt, bisheriger § 11 wird § 12 und geändert durch Gesetz vom 13. November 2015 (GVBl. M-V S. 463). In, Schwerin <https://www.landesseniorenbeirat-mv.de/mitwirkungsgesetz.html>. Zugegriffen: 01.01.2025
35. Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e. V. (o. J.). Empfehlungen des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern e. V. zur Arbeit von Kreis-, Stadt-, Amts- und Gemeindesenorenbeiräten in Mecklenburg-Vorpommern In, Schwerin https://www.landesseniorenbeirat-mv.de/fileadmin/user_upload/Satzung/Empfehlungen_an_St%C3%A4dte_und_Gemeinden.pdf. Zugegriffen: 14.01.2025
36. Mau S (2019). Das metrische Wir. Die Gesellschaft in Zeiten der Quantifizierung. Suhrkamp Verlag, Berlin
37. Mau S (2024). Ungleich vereint. Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich (4. Aufl.). Suhrkamp Verlag, Berlin
38. Wendt P-U (2024). Lehrbuch Soziale Arbeit im Gemeinwesen. Beltz Juventa, Weinheim und Basel
39. Alinsky S D (1971). Rules for radicals: A pragmatic primer for realistic radicals. Vintage Books, New York

